# KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 192 Juli / August 2017 3,– €

# Kurdistan Report | Ausgabe 192 Juli/August 2017




An eine politische Lösung ist nicht zu denken. Die Repression gegen die Bevölkerung und politischen Vertreter*innen hält an wie auch die Zerstörung der Grabstätten.




Die Vertreibung der Bewohner*innen aus den nordkurdischen Ortschaften hält weiter an. Das Altstadtviertel Sûr von Amed wird zurzeit dem Erdboden gleichgemacht.




Aktuelle Kampagne für das Leben Abdullah Öcalans. Die vollkommene Isolation Öcalans hält weiter an. Keine Meldung über seine Lebenssituation dringt nach außen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

angesichts der sich überschlagenden Ereignisse und des sich fast stündlich ändernden Kräftegleichgewichts im Mittleren Osten hat die Redewendung, »den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen«, vor allem dieser Tage für Menschen, die sich mit den Entwicklungen in Kurdistan auseinandersetzen, besondere Gültigkeit. Allein die jüngsten Versuche des türkischen Militärs, in die Meder-Verteidigungsgebiete vorzustoßen, der Abschuss eines syrischen Flugzeugs durch das US-Militär nahe Raqqa, die Panik Erdoğans im Zuge der Katar-Krise oder die erneute Thematisierung eines Unabhängigkeitsreferendums in Südkurdistan sind Beleg dafür … Das Chaos im Mittleren Osten birgt die Gefahr, sich mit Einzelheiten aufzuhalten und das Ganze aus dem Blick zu verlieren. Drei Beispiele veranschaulichen die Grundwidersprüche und Interessengegensätze in Kurdistan, aber auch global, besonders.

Vor circa drei Monaten kamen in Hamburg über 1000 Menschen aus verschiedenen Ländern und Zusammenhängen bei der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III: Die demokratische Moderne entfalten – Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen« zusammen und diskutierten trotz behaupteter Alternativlosigkeit den Aufbau einer freien und gleichberechtigen Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung und Nationalstaaten. Zentraler Bezugspunkt und reale Alternative war dabei die Revolution in Nordsyrien, die auch die verschiedensten Menschen in Europa zusammenbrachte und praktisch beweist, wozu eine organisierte Gesellschaft in der Lage ist. Immer wieder wurde dargelegt, dass das revolutionäre Projekt in Rojava täglich Angriffen – ob physisch oder ideologisch – ausgesetzt ist und Solidarität vor allem bedeutet, entsprechende solidarische Bewegungen aufzubauen.

Die deutsche Bundesregierung hat ihre Einstellung zu den Errungenschaften in Rojava am 17. Juni in Berlin demonstriert. Polizisten griffen brutal eine Demonstration der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) mit dem Motto »Solidarität mit Rojava und Şengal – Gegen die Kriminalisierung der PYD, YPG und YPJ« an. Zuvor hatte der deutsche Außenminister gedroht, der PKK in Deutschland keinen Spielraum zu lassen und ihre Geldströme trockenzulegen. Die Kräfte im Mittleren Osten, die für Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung einstehen, werden hier mit denselben Argumenten wie in der Türkei kriminalisiert und offensiv bekämpft.

Wenige Monate nach der o. g. Konferenz kommt in derselben Stadt nun die Gegenseite zusammen, um zu beraten, wie sie die Welt anhand ihrer antidemokratischen, unökologischen, frauen-, menschenfeindlichen Parameter noch mehr ausbeuten, aufteilen und beherrschen können. Die G20 der »Götter ohne Masken und nackten Könige«, wie der Denker des demokratischen Konföderalismus Öcalan die Herrschenden in der Ära des Kapitalismus beschreibt, werden dabei von einem breiten Gegenbündnis empfangen.

Im Kern der ganzen Auseinandersetzungen und Konflikte in Kurdistan und global steht ein Kampf zweier Gesellschaftssysteme. Wollen wir auf der richtigen Seite Stellung beziehen, müssen wir die »demokratische Moderne entfalten« – hier, in Kurdistan und überall.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

# Zeit der turbulenten Veränderungen

Songül Karabulut, Kurdistan Nationalkongress KNK

Der Besuch von US-Präsident Trump in Riad und Israel, die Katar-Krise, die fortschreitende Offensive in Raqqa, die Angriffe des Islamischen Staates (IS) in Teheran, der Abzug der Bundeswehr aus Incirlik, die Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendums in Nordirak, die Festnahme eines CHP-Abgeordneten in der Türkei, die wachsende Distanz zwischen EU und USA und vieles mehr sind die Weichensteller der aktuellen politischen Entwicklungen.

All diese Entwicklungen zeigen, dass wir noch weit davon entfernt sind, anhand der Puzzleteile schon ein Bild erkennen zu können, wie die neue Weltordnung aussehen wird. Vielmehr ähnelt die Situation einem Zauberwürfel, dem alle sechs Seiten nach Farben zu ordnen versucht werden, diese aber immer wieder aufs Neue zerstört und gemischt werden, weil die anderen Seiten durcheinandergeraten, während die eine nach einer Farbe geordnet wird.

Während zuerst der sunnitische Block durch die Stärkung der schiitischen Kraft (z. B. in Irak) geschwächt wurde, registrieren wir nun eine entgegengesetzte Entwicklung. Mit der sunnitischen Kraft soll nun das schiitische Lager gebremst werden. Dieser Kurswechsel wurde mit dem Amtsantritt Donald Trumps geplant und mit seinem Riad-Besuch im Mai in Gang gesetzt. Trump setzte dort an, wo G. W. Bush aufgehört hatte, und zwar Iran in der Achse des Bösen zu verorten und in Riad in Anwesenheit von Vertretern von mehr als fünfzig muslimischen Staaten zum Hauptverantwortlichen für Terror zu erklären. Sein Riad-Besuch war für Trump zudem ein sehr gelungenes Geschäft, denn unter Schwerttänzen wurden 380 Milliarden schwere Waffengeschäfte abgeschlossen. Eine weitere bedeutsame Entwicklung in diesem Zusammenhang ist Trumps Ankündigung einer 34 000 Mann starken Armee, die in Syrien und Irak im Antiterrorkampf eingesetzt werden soll. So etwas wie eine arabische NATO-Truppe.

Nur zwei Wochen später, am 5. Juni, trat »unerwartet« die Katar-Krise auf den Plan. Unter Führung Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate stellten Bahrain, Ägypten und Libyen alle Beziehungen zu Katar ein. Saudi-Arabien verhängte ein Embargo, alle fünf Staaten warfen Katar vor, es untergrabe aufgrund seiner Unterstützung für terroristische islamistische Gruppen Stabilität und Sicherheit. Nur einige Tage später folgten die Malediven, Mauretanien, Mauritius, Niger diesem Beschluss und kappten ebenfalls ihre Beziehungen. Senegal rief sogar seinen Botschafter aus Doha zurück. Katar ist einer der wichtigsten Unterstützerstaaten der dschihadistischen Gruppen. Es ist zu erwarten, dass durch diese Krise zwischen Katar und Saudi-Arabien die in Syrien gegen das Regime kämpfenden bewaffneten islamistischen Gruppen aneinandergeraten und sich zersplittern.

Wieder einmal war es die Türkei, die Partei ergriff für Katar – wie seinerzeit für die Muslimbrüder in Ägypten, die mit einem Militärputsch Präsident Al-Sisis abgesetzt worden waren. Die Türkei und Katar haben vieles gemeinsam. Folglich bergen die Sanktionen gegen Katar auch eine Botschaft an die Türkei, das weiß sie auch. Bei der Unterstützung dschihadistischer Gruppen kooperierte sie lange mit Katar. Folglich ist sie besorgt, Katar könne einknicken und Geheimnisse der gemeinsamen schmutzigen Kooperation preisgeben.

Ankara verstärkte als Antwort auf die Sanktionen seine Lebensmittelexporte nach Katar und erklärte zudem, die seit 2016 in Katar bestehende türkische Militärbasis innerhalb zweier Monate von 90 auf 250 Soldaten aufstocken zu wollen. Es ist auch bekannt, dass Katar der Türkei immer wie ein Rettungsring zu Hilfe eilte, sobald sich dort eine Wirtschaftskrise im Gefolge des Abzugs ausländischer Investitionen anzubahnen drohte. Das Investitionsvolumen Katars in der Türkei beläuft sich auf mehr als zwanzig Milliarden US-Dollar.

Auch in der Berichterstattung ist eine Hundertachtziggradwende zu erkennen. So meldete der englischsprachige Nachrichtersender Sky News, dass Katar hinter der Ermordung des tunesischen Linksoppositionellen Chokri Belaïd vom 6. Februar 2013 stehe und diesen Mord finanziert habe. Die Krise um Katar wird sich unmittelbar auch auf die Krise in der Region

auswirken. Sie wird wie bereits gesagt die bewaffneten Kräfte in Syrien spalten und schwächen, zugleich aber auch die Rolle der Türkei und Irans in der Region noch weiter einengen.

Die IS-Angriffe in Teheran signalisieren auch, dass die ohnehin vorhandene Aggression gegen Iran stärker auf die Agenda rücken wird. Zum einen, da Iran seine Interessen in Irak und Syrien gesichert wissen will und sich daher allen voran in diesen, aber auch allen anderen Krisengebieten in der MENA-Region (»Middle East & North Africa«) engagiert. Sowohl die USA als auch Israel betrachten das im eigenen Interesse als Gefahr, was Trump zu seiner Nahostreise in die beiden als Erzfeinde Irans geltenden Staaten Israel und Saudi-Arabien bewogen hat.

Während die Befreiungsoffensive in Mûsil (Mosul, Nordirak) nach langer Stagnation erneut mit der erklärten Offensive gegen die Altstadt aufgeflammt ist, sind bei der Offensive um Raqqa (Nordsyrien) große Erfolge zu verzeichnen. Tagtägliche Appelle Erdoğans an die USA, bei der Befreiung Raqqas anstatt auf die kurdischen Kräfte lieber auf die Türkei zu setzen, blieben erfolglos. Nachdem alle Drohungen und Anreize nichts gefruchtet hatten, musste sich Erdoğan Mitte Juni damit abfinden: »Trotz meiner Ermahnungen während meiner USA-Reise haben sie darauf beharrt, die Operation in Raqqa gemeinsam mit der PYD/PKK durchzuführen. Ich verstehe jetzt, da sie mit ihnen Hand in Hand, Arm in Arm gehen, dass sie diese nicht als terroristische Organisationen ansehen und gemeinsam mit diesen Terrororganisationen Raqqa einnehmen. Uns bleibt nur übrig, ihnen alles Gute zu wünschen.« Raqqa ist von strategischer Bedeutung, weil es die »Hauptstadt« des IS ist, und seine Befreiung wird dem IS folglich den Todesstoß versetzen. Das wird daher eine neue Lagebewertung mit sich bringen und die Rolle der Kurden bzw. der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) aufwerten. Die Tatsache, dass die Kurden in Zusammenarbeit mit der internationalen Koalition einen erfolgreichen Kampf gegen den IS führen, darf nicht verschleiern, dass sie parallel dazu gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung eigene Strukturen der Demokratischen Selbstverwaltungen aufbauen und sich institutionalisieren.

Das Modell der Demokratischen Selbstverwaltung ist längst kein auf Kurden zu begrenzendes Projekt. Auch arabische Städte entscheiden sich nach ihrer militärischen Befreiung dazu, sich nach dem Modell von Rojava zu organisieren. Der Umstand, dass sich die Kurden nicht ausschließlich auf die taktische Zusammenarbeit mit internationalen Mächten wie den USA und Russland verlassen, sondern ihren eigentlichen Schwerpunkt auf die lokalen Bündnisse mit der Bevölkerung legen, stellt ihre Stärke dar und ist zugleich die effektivste Präventivmaßnahme gegen Vereinnahmung und Instrumentalisierung.

Die Entwicklungen in Nordsyrien setzen nicht nur die Türkei, sondern auch Nordirak unter Druck. Obwohl die Amtszeit des Präsidenten der Regionalregierung Kurdistan (KRG) Mesûd Barzanî seit zwei Jahren abgelaufen ist, Südkurdistan in einer Wirtschaftskrise steckt, so dass die Gehälter nicht ausgezahlt werden können, und das Land politisch polarisiert ist, kündigte Barzanî für September eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Autonomen Region an. Erst danach, im November, sollen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Dieser Entwicklung war die Flaggenkrise in Kerkûk vorausgegangen. Der Beschluss über das Unabhängigkeitsreferendum wurde mehrheitlich von kleinen Parteien unterstützt. Die Patriotische Union Kurdistan (YNK) stellt für ihre Unterstützung die Bedingung, dass vor dem Referendum das seit zwei Jahren von Barzanî de facto geschlossene Parlament eröffnet wird. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) ihrerseits bekundete, dass es das demokratische Recht des kurdischen Volkes sei, seine Zukunft zu bestimmen. Allerdings sollte, so der KCK-Kovorsitzende Cemil Bayık, so eine wichtige Entscheidung nicht aus Gründen der innen- und außenpolitischen Krise getroffen werden. Priorität habe die Demokratisierung, und die gegenwärtige innen- und außenpolitische Situation sei für ein solches Referendum ungünstig.

Sowohl das Ziel als auch der Ablauf des Referendums ist noch immer unklar. Die irakische Verfassung sieht kein Referendum in den strittigen Gebieten wie Kerkûk, Xaneqîn, Maxmur und Şengal (Sindschar) vor, weil sie an die Zentralregierung in Bagdad gebunden sind. Also wäre ein Referendum nur in Hewlêr (Erbil), Silêmanî und Dohuk möglich. Unabhängigkeit nach Barzanîs Vorstellung bedeutet einen kleinen kurdischen Nationalstaat. Wo genau die Grenzen gezogen werden sollen, ist genauso ungeklärt. Welche Probleme soll das Referendum lösen? Es scheint, dass Barzani seine Machtposition über die langersehnten Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden stärken will. Irak, USA, Iran, die Türkei und auch Deutschland haben sich gegen das Referendum ausgesprochen.

Die Entwicklungen um Şengal sind weiterhin unbestimmt. Mal gibt es Angriffe des IS, mal versucht die Türkei mithilfe der PDK eine Belagerung. Daher hat Nordirak selbst noch viele Baustellen, und ohne sie abzuarbeiten, wird jeder Versuch, die Unabhängigkeitsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, die Abhängigkeit noch weiter vertiefen. Ein zusätzlicher Grund für die Eile Herrn Barzanîs ist die Krise, in der die AKP steckt. Bislang hatte die Beziehung der PDK zur AKP strategische Bedeutung und gegen erhebliche Kritik von innen wie außen beharrte sie darauf. Nun sieht auch sie ein, dass es ihr mehr schaden als nutzen wird. Die aktuelle Katar-Krise hat ein weiteres Mal deutlich gemacht, dass die Türkei aufgrund ihres Alleingangs isoliert ist. Zudem sieht Barzanî, dass die Befreiung Raqqas wie auch Mûsils kurz bevorsteht. Die Befreiung

der IS-Hochburgen wird regional wie international eine Ära neuer politischer Debatten eröffnen. In Irak wird die Befreiung Mûsils zur Stärkung des Regimes in Bagdad beitragen, in Nordsyrien der Sieg in Raqqa die Frage nach einer politischen Neuordnung für Syrien mit sich bringen. Barzanî will mit dem Referendum im Voraus seine Macht abgrenzen.

In solch einer kritischen Zeit ist es in gesamtkurdischen und gesamtregionalen Interesse nicht angesagt, mit vorhandenen Grenzen zu spielen, sondern Wege für eine politische Lösung zu finden. Auch wenn die KRG einen föderalen Status in Irak hat, so wird das Referendum über den »kleinen kurdischen Nationalstaat« Konsequenzen für die Kurden in der Türkei und Iran haben. Zudem wird es das Baath-Regime in Syrien gegen die Kurden aufhetzen. Obwohl die Kurden in der Türkei, Iran und Syrien eine Lösung innerhalb der bestehenden Grenzen sehen, will Barzanî sich mit dem Referendum dem entgegenstellen. Weder die Türkei noch Iran würden einer Grenzveränderung in Irak einfach zusehen. Die kurdenfeindliche Politik sowohl Ankaras als auch Teherans gegen die Kurden im eigenen Land ist bekannt. Barzanîs Referendumsvorhaben würde also die Kurden vor allem in der Türkei und Iran in eine kritische Lage bringen, d. h. Krieg. Denn so oder so würden alle Kurden hinter ihren Landsleuten in Irak stehen, sobald die Türkei oder Iran der KRG den Krieg erklärten. Seit den IS-Angriffen 2014 haben alle kurdischen Parteien, die über bewaffnete Kräfte verfügen, allen voran die PKK, gegen die IS-Invasion in der KRG gekämpft.

Um Barzanîs gefährlicher Politik entgegenzuwirken, bedarf es einer gesamtkurdischen Diskussion. Aus diesem Grund hat der Kurdistan Nationalkongress (KNK) in den letzten Wochen Gespräche mit allen politischen Parteien und der Zivilgesellschaft aufgenommen und eine innerkurdische Beratungssitzung einberufen. Bislang haben sich sowohl YNK, Gorran, PKK, PDK als auch islamische Parteien positiv dazu geäußert. Auf dieser Konferenz sollen die Kurden allgemein interessierende Themen behandelt werden, aber auch die spezifische politische Situation in allen vier Teilen Kurdistans soll aufgegriffen werden.

Die nationale Beratungskonferenz soll über die Herausforderungen und Chancen für die Kurden und die Notwendigkeit einer Politik der nationalen Einheit beraten. Es geht darum, eine politische Kultur zu etablieren, in der bei alle betreffenden Themen gemeinsame Entscheidungen getroffen werden und nicht über die Köpfe hinweg Parteiinteressen Vorrang haben. Nur mithilfe der Demokratisierung der Politik wird es möglich sein, innerkurdische Differenzen zu überwinden. Dass diese Bemühungen durch Einmischung von außen erschwert werden, wissen die Kurden nur zu gut.

Die Türkei spielt bei der Lösungslosigkeit der kurdischen Frage weiterhin eine zentrale Rolle. Sie gehört weiterhin zu den Schlüsselstaaten, die mit ihrer Politik die Entwicklungen stark beeinflussen und polarisierend die Krise vertiefen. Zwar hat Erdoğan – wenn auch rechtswidrig – seine Macht durch das Verfassungsreferendum offiziell gefestigt. Er hat die unerträgliche Last des Faschismus auf die gesamte Bevölkerung und die Opposition ausgeweitet. Mit anhaltender Repression, Inhaftierung, Einschüchterung soll die Ohnmacht vertieft werden. Nachdem heute mithilfe des Votums der Republikanischen Volkspartei (CHP) ein Dutzend kurdische Abgeordnete in den türkischen Gefängnissen sitzen, traf nun am 14. Juni der Bumerang die CHP selbst. Der CHP-Vize und -Abgeordnete Enis Berberoğlu wurde wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu 25 Jahren Haft verurteilt. Grundlage für den Schuldspruch war, dass der ehemalige Journalist Unterlagen über eine Waffenlieferung des türkischen Geheimdienstes MIT an die islamistischen Gruppen in Syrien veröffentlicht hat. Auf das Urteil hin hat der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu einen Protestmarsch von Ankara nach Istanbul begonnen. Dieser Marsch des Vorsitzenden der größten Oppositionspartei beweist nur eines, nämlich dass in der Türkei die Grundlage für parlamentarische Arbeit entzogen worden ist.

Nicht Ankara, sondern Berlin: Kurz vor Beendigung der Demonstration »Solidarität mit Rojava und Şengal – Gegen die Kriminalisierung der PYD, YPG und YPJ« gegen das am 2. März vom Bundesinnenministerium erlassene »Fahnenverbot« griffen Polizeikräfte mit Knüppeln die Protestierenden an und verletzten einige Teilnehmer erheblich. Foto: Mehmet Zahit Ekinci

Dass die Türkei in ihrer Außenpolitik eine Hundertachtziggradwende vollziehen musste, ist noch nicht lange her. Nachdem

sie ihre Syrienpolitik gegen die Wand gefahren und sich mit ihrer kurdenfeindlichen Politik immer mehr aus der internationalen Koalition hinausmanövriert hatte, war eine Wende nicht mehr zu umgehen. So kam es dazu, dass sie von einem an den Westen angelehnten sunnitischen in das von Russland gestützte schiitische Lager gewandert ist. Das verbreitert die Kluft zu ihrer bisherigen westlich angelehnten strategischen Außenpolitik immer mehr. Die Reise Erdoğans in die USA war ein glatter Reinfall. Er hat sich für die Befreiungsoffensive in Raqqa regelrecht angebiedert, damit die QSD ja nicht beteiligt werden – ohne Erfolg. Was übrig geblieben ist, sind die brutalen Bilder von seinen Leibwächtern in Aktion gegen Demonstranten. Die USA haben kein Auge zugedrückt, wie es Erdoğan von seinen europäischen Bündnispartnern, vor allem von Deutschland kennt, sondern verfolgen die Straftaten. So wurden die Personen, die brutal vorgegangen sind, identifiziert und es wurde Haftbefehl erlassen.

Nach dem politischen Putsch Erdoğans und dem Referendum gibt es viel vereinzelten und individuellen Widerstand. Zu erwähnen wären der seit über hundert Tagen andauernde Hungerstreik der beiden Akademiker gegen ihre Entlassung oder der alte Mann, der 90 Tage im Hungerstreik war, damit ihm der Leichnam seines ermordeten Sohnes ausgehändigt wird. Wir haben es mit einem Staat zu tun, der dem Vater die sterblichen Überreste seines Sohnes nach landesweiten Protesten per Post zustellen ließ. Es ist nur beschämend und Zeugnis seiner Menschenfeindlichkeit.

Die Türkei steht im Krieg gegen ihre Bevölkerung. Die Grundlage für den politischen Kampf ist momentan nicht gegeben und das Regime wird auch nicht über einen ausgemergelten politischen Kampf aufzuhalten sein. Daher sehen wir, dass die kurdische Befreiungsbewegung auf effektive militärische Gegenschläge setzt und den türkischen Staat schwächt. Das Regime steuert seinem Ende zu, innen- wie außenpolitisch. Der Untergang Erdoğans wird nicht nur mit dem Kampf im Inland, sondern vielmehr über die außenpolitischen Entwicklungen zu beschleunigen sein. Erdoğan bildet heute ein Bollwerk gegen die demokratischen Entwicklungen in der Region. Sein Scheitern wird ein immenses Demokratiepotential freisetzen und die Entwicklungen in der Region werden einen anderen Verlauf nehmen. Vor diesem Hintergrund ist der Kampf der Kurden und der demokratischen Opposition gegen Erdoğan der Demokratiekampf der Region.

Dass wir es mit einer globalen Systemkrise zu tun haben und dass sich der dritte Weltkrieg, der sich vornehmlich im Nahen und Mittleren Osten abspielt, zunehmend auch auf die Weltpolitik auswirkt, wird immer deutlicher.

Mit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten geraten längst überholte Bündnisse ins Wanken. Die Äußerung der Bundeskanzlerin Merkel im bayerischen Bierzelt, die USA seien kein verlässlicher Partner mehr, ist ein Wendepunkt für die deutsche und mit ihr europäische Politik. Der »Brexit« ist ebenfalls als Auswirkung der Systemkrise zu verstehen und der diplomatische Eklat zwischen Außenminister Gabriel und Netanjahu als ein Wendepunkt in der deutschen Außenpolitik.

Obwohl die weltweite politische Umwälzung auch die BRD erreicht hat, ist ihre Ausrichtung sehr unklar. Es hat den Anschein, als sei die gegenwärtige Linie eine Mischung zwischen Status quo und Veränderung. Vor diesem Hintergrund ist sie nicht in der Lage, den Zeitgeist zu erkennen und zu handeln. Wie sonst kann ihre fehlerhafte Politik gegenüber den Kurden erklärt werden?

Die deutsche Politik schreibt Erdoğan ab, hält aber am alten kemalistischen türkischen Staat fest. Hinsichtlich der Türkei, Irans, Iraks und Syriens wird sie weniger erfolgreich sein, da sie auf die nationalstaatliche Partnerschaft setzt. Nichtstaatliche Protagonisten werden weder gesehen noch berücksichtigt. Die Kurden als nichtstaatliche Kraft weisen die Stärke eines Nationalstaates auf. Während die Nationalstaaten, am Beispiel Türkei, Syrien, Irak und Iran ablesbar, in tiefen Krisen auseinanderfallen, erstarkt das Modell von Autonomien der Kurden in den meisten dieser Gebiete. Die Querelen um den türkischen NATO-Stützpunkt Incirlik belasten seit Längerem die Beziehungen zu Deutschland. Nach einem letzten Vermittlungsversuch von Außenminister Gabriel wurde der Abzug der deutschen Luftaufklärung beschlossen, binnen drei Monaten sollen die Bundeswehrsoldaten nach Jordanien verlegt werden. Während die Krise mit Erdoğan nicht mehr zu bereinigen ist, halten die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen ungehindert an.

Wer die Kurden als Objekt betrachtet, sie weiterhin kriminalisiert und als Instrument des Handels mit Nationalstaaten auffasst, kann in keinster Weise an einer demokratisierten Türkei und einem demokratisierten Mittleren Osten interessiert sein.

Deutschland praktiziert einen politischen Spagat, der nicht mehr lange zu halten sein wird. Wer sich nicht grundsätzlich von alten Gewohnheiten lossagt und auf die Veränderungen einlässt, wird nicht in der Lage sein, die Herausforderungen zu meistern.

Die Menschen wollen selbstbestimmt leben, nur Projekte haben Zukunft, die dieses Bedürfnis einschließen und berücksichtigen, alles andere wird die ohnehin herrschende Krise nur noch verschärfen. ♦

Erdoğan und seine Komplizen

# Sehenden Auges ins Verderben

Veysi Sarısözen, Journalist

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel klopfte seinerzeit oft an die Tür der Türkei, saß zusammengekauert auf dem großen goldenen Thron und kultivierte die Freundschaft zu Tayyip Erdoğan. In letzter Zeit kommt sie nicht mehr in die Türkei. Was ist der Grund für ihr »Fernbleiben«? Ich denke, Deutschland steht unter dem Druck der Öffentlichkeit. Der deutsche Staat, die oppositionellen Parteien und Kreise innerhalb der CDU und in ihrem Umfeld scheinen trotz der ganzen Interessenpartnerschaft den Glauben an Erdoğan verloren zu haben. Die Krise um Incirlik wie die Unterstellung der Agententätigkeit des Journalisten Deniz Yücel scheinen als letzte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben. Was passiert in der Türkei? Diese Frage scheint gegenwärtig etwas verfehlt zu sein.

Denn unsere erste Frage müsste lauten: Was passiert in Deutschland? Mir stellt sie sich aufgrund des Statements des deutschen Außenministers Gabriel in der Bild am Sonntag vom 4. Juni, kurz vor seinem Türkei-Besuch: »Die PKK ist auch bei uns eine verbotene Organisation, weil sie in Waffen- und Drogenhandel und Schutzgelderpressung tief verwickelt war. Es ist also durchaus auch in unserem Interesse, deren Finanzströme trocken zu legen und ihr auf deutschem Boden keine Spielräume zu lassen. Das ist ein Punkt, den die Türkei zurecht anspricht.« Es hieß, er gehe zum »letzten« Gespräch, um die Incirlik-Krise zu lösen. Er spielte am Verhandlungstisch den Trumpf aus, der PKK die »Finanzströme trocken zu legen und ihr auf deutschem Boden keine Spielräume zu lassen«. In dem Handel »Gib mir die Besuchserlaubnis für meine Soldaten und ich vernichte deinen Hauptfeind« hat der deutsche Außenminister den »PKK-Trumpf« ziemlich »billig« abgelegt. »Die Vernichtung der PKK gegen die Besuchserlaubnis« wirkte auf mich wie ein ziemlich lächerlicher Handel.

Denn das wird ein Deal, der den deutschen Staat in Schwierigkeiten bringen wird. Das PKK-Verbot in Deutschland wurde am 26. November 1993 verhängt. Und in diesem knappen Vierteljahrhundert ließ sich nicht die kleinste »Terror«-Aktivität der PKK gegen den deutschen Staat oder seine Staatsbürger beobachten. Und den vom deutschen Verfassungsschutz veröffentlichten Statistiken zufolge hat die PKK trotz Verbot ihren Einfluss und ihre Mitgliederzahl ausgebaut.

In dieser Situation hat der deutsche Staat entweder in seinem »Kampf« gegen die »Terrororganisation« PKK eine ziemliche Niederlage erlitten, oder er hat keine Gefahr darin gesehen, ihr auf seinem Territorium »Spielraum« zu lassen, da er wusste, dass es nicht der Realität entsprach, sie in die »Liste der Terrororganisationen« aufzunehmen.

Der türkische Staat behauptet, Letzteres sei der Fall. Doch es ist offensichtlich, dass die Regierung Merkel über genug Erfahrung verfügt, um zu erklären: »Wir versuchen seit einem Vierteljahrhundert, der PKK auf deutschem Boden keinen Spielraum zu lassen, aber da wir das nicht bewerkstelligen konnten, hat unser Außenminister nun für die Zukunft Erfolg versprochen.« Kein Staat in Europa würde eine solche Niederlage einräumen wollen. Und vorerst würde auch keiner sagen: »Wir wissen, dass die PKK keine Terrororganisation ist, deshalb drücken wir ihrer Existenz gegenüber ein Auge zu, wenn auch nicht offiziell, aber de facto.«

### ... ein »an beiden Enden verdreckter Stock«

Es ist, wie es ein türkischer Ausdruck umschreibt, ein »an beiden Enden verdreckter Stock« ... Am einen Ende steht geschrieben »Wir haben die PKK nicht besiegen können«, am anderen Ende »Wir wissen, dass sie keine terroristische Organisation ist, darum lassen wir ihr in unserem Land Bewegungsfreiheit«. Ich persönlich denke, dass beide Notizen richtig sind. Lasst uns noch einmal zum Anfang zurückkehren.

Welches Ergebnis hatte der Handel des deutschen Außenministers mit Erdoğan? Ein vollständiges Fiasko. Die türkische Regierung hat mit großer Gelassenheit Deutschland hinauskomplimentiert: »Macht, was ihr wollt.« Und nun wird die Incirlik-Krise höchstwahrscheinlich mit dem Abzug der deut-

schen Soldaten aus dem Stützpunkt enden. Erdoğan scheint das Versprechen »kein Spielraum für die PKK« nicht geschluckt zu haben. Die Schmach dieses schmutzigen Deals fällt der Regierung Merkel zu. Allein diese aktuelle konkrete Entwicklung spiegelt sehr gut wider, was in der Türkei passiert. Wenn auch nicht der türkische Staat, so doch die türkische Regierung und die Clique um Erdoğan lösen sich schnell vom Westen. Ihr denkt doch wohl nicht, dass die Incirlik-Krise wegen des Besuchsverbots für deutsche Abgeordnete ausgebrochen ist? Sie ist eine der unausweichlichen Folgen des Krieges in Syrien. Die in den »Tiefen« des Staates eingenistete »eurasische« Clique schleift die Türkei statt in das NATO-Bündnis zur russisch-chinesisch-iranischen Achse. Dabei ist die »große Angst« Erdoğans, von den »globalen Kräften« früher oder später bestraft zu werden, ein subjektiver treibender Faktor. So ist er, der seit geraumer Zeit die Wirtschaftskrisenmedizin von »Katar« erhielt, nun mit einer großen »Gefahr« konfrontiert, die diese Präferenz mit sich brachte. Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich in Begleitung von Trumps »Säbelrasseln« gegen Katar in Bewegung gesetzt. Thema ist die Unterstützung Katars für die »Muslimbruderschaft«. Die wird bekanntlich von den Saudis, den Golfstaaten und Ägypten als »Terrororganisation« definiert. Und die ganze Welt ist informiert über die engen Beziehungen Erdoğans zu den Muslimbrüdern.

## Republik Türkei als »trojanische Pferd Russlands«

Der türkische Staat fiel auf den »verfrühten arabischen Frühling« wie ein dummer Pflaumenbaum herein, öffnete all seine Blüten, die dann mit dem folgenden Frost des Islamischen Staates (IS) ruiniert worden sind. (Der Pflaumenbaum ist ein früh im Jahr blühender Baum, daher wird er naiver, dummer Baum genannt, weil die Blüte durch die dann oft folgende Kälte ruiniert wird.)

Als hingegen die solche Kälte gewöhnte Rojava-Revolution bewiesen hatte, dass sie die erste Alternative gegen den IS-Terror im Mittleren Osten ist, verlor Erdoğan alle seine Ansprüche in Syrien und dem ganzen Mittleren Osten. Das bedeutete gleichzeitig auch den Zusammenbruch der »südöstlichen Flanke«. Nun versetzen Sie sich mal in die Lage der Staaten, die die »Spitze« der NATO bilden. Was würden Sie von einem NA-




Kundgebung vor dem OLG Hamburg –Weg mit dem PKK-Verbot. Foto: ANF

TO-Mitgliedsstaat halten, der die NATO im Mittleren Osten in eine unvorstellbare Krise stürzte, sich damit nicht begnügte und bei Putin die Mitgliedschaft in einem Militärbündnis gegen die NATO namens »Schanghai 5« beantragte und, noch schlimmer, russische Flugabwehrraketen vom Typ S-400 kaufen wollte, die gegen die NATO-Stützpunkte, Incirlik mit eingeschlossen, entwickelt worden waren?

Die USA und ihre Verbündeten, die immer wieder Vorkehrungsmaßnahmen gegen die »Nuklear«-Waffen Nordkoreas treffen, betrachten die Türkei nun als das »trojanische Pferd Russlands« in der NATO. Nun versetzen Sie sich mal in die Lage Erdoğans. Was würden Sie an seiner Stelle unternehmen, unter Einbeziehung des oben Geschriebenen?

Wenn ich an seiner Stelle wäre und einen Kopf wie Necip Fazıl hätte, der aus antizionistischen und antiwestlichen Ideologiegespinsten gestrickt wäre, würde ich genau all das auch machen, was Erdoğan macht.

Zuerst hat er der revolutionärsten und demokratischsten Kraft des Landes, der kurdischen politischen Bewegung, den »Krieg erklärt«. Als seine Partei bei der Wahl vom 7. Juni 2015 die Mehrheit verlor, warf er all seine »Lösungsschritte« auf den Müll und brach den Krieg vom Zaun. Unter Kriegsbedingungen gewann er die Wahl am 1. November 2015, indem er die Gesellschaft terrorisierte. Nicht genug damit, anschließend etablierte er mit einer »Putsch«-Provokation analog zum Berliner Reichstagsbrand von 1933 das Ausnahmezustandsregime, das der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP) Kılıçdaroğlu zu Recht als »Putsch der AKP« charakterisiert.

So wie die Türkei mit der Provokation des »Polizistenmordes in Ceylanpınar« die Wahl vom 1. November 2015 angetreten hatte, so ging sie mit der »Putschprovokation« vom 15. Juli 2016 in das vom »Ein-Mann«-Regime aufgezwungene Referendum. Alle Welt weiß, dass Erdoğan seine Macht mit illegalen Methoden sichert. Und er weiß auch, dass diese »orientalischen Spielchen« bekannt sind. Wären Sie an seiner Stelle, dann würden Sie leicht verstehen, dass Ihnen keine andere Option außer dem Faschismus bleibt. Alles wird so, wie es sein muss. Noch ist nicht bekannt, wie das »Ende« aussehen wird. Staaten sind für moralische Werte unempfänglich. Der Handel wird weiter andauern. Ich erwarte Folgendes: Die Möglichkeiten Erdoğans für einen »Kompromiss« mit dem Westen sind verbraucht. Sobald er sich einigt, wird er zusammenbrechen. Selbst wenn er das nicht weiß, seine Berater wissen, dass dieses Ende schicksalhaft ist. Aus diesem Grund erklärt diese Clique, dass es auf dem Weg des »Ein-Mann«-Systems keinen Stopp gibt, sondern immer weitergehen muss. Ich finde, sie liegen richtig. Ich erinnere mich an den Roman des österreichischen jüdischen Schriftstellers Stefan Zweig »Der Amokläufer«. Erdoğan und seine Gehilfen sind die Amokläufer, die »auf das Fahrrad gestiegen« sind. »Wenn sie stehen bleiben, werden sie fallen und sterben, wenn sie weiterfahren, werden sie sterben, ohne den Bestimmungsort erreicht zu haben.« Wie heißt es an den Pforten türkischer Friedhöfe: »Jeder wird den Tod schmecken.« ♦

## Das PKK-Verbot und die Kleiderordnung

Deutschland – Seri G. ist eine 75-jährige Kurdin. Sie lebt seit 23 Jahren in Bremen und lässt keine Demonstration für die Rechte ihres Volkes aus. Überall ist sie dabei. Und immer, trotz ihres hohen Alters, vorneweg. Und sie ist ihrer Kultur treu. Sie trägt die traditionelle Bekleidung der kurdischen Frau. Ihr Kleid leuchtet weithin. Sie ist deshalb bekannt und wird liebevoll von allen Xaltika Sorê, die rote Tante genannt. Auch am 12. November 2016 auf einer Demonstration in Köln gegen das Regime Erdoğans war sie dabei und wie immer mit ihrem Kleid bekleidet. Doch diesmal nahm die Polizei Anstoß daran und beschuldigte sie, sie trüge verbotene Symbole. Xaltika Sorê berichtet rückblickend, die Polizei habe ihr regelrecht das Kleid vom Leib gerissen, sie habe in Unterwäsche dagestanden. Das war völlig überzogen, denn das Kleid hatte lediglich die Farben rot, gelb, grün. Mit Sicherheitsnadeln waren Sticker mit verschiedenen Symbolen daran befestigt. Kein Grund, gleich das ganze Kleid zu zerreißen. Statt einer Entschuldigung, die sie erwartet habe, verurteilte das örtliche Gericht in Köln sie gestern zu einer Geldstrafe von 300 Euro. Seri G. kündigte an, sie werde Widerspruch gegen das Urteil einlegen. Doch solange das PKK-Verbot andauert, werden deen absurde Folgen wohl auch nicht enden.

ANF, 13.06.2017, ISKU



## Über die Beziehungen zwischen Türkei und Europäischer Union

# In der politischen Sackgasse

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union als höchstem sowie umfangreichstem Einheitsprojekt souveräner Staaten haben eine lange Historie. Die Wurzeln können auf die seit Mitte des 19. Jahrhunderts zwecks »Westorientierung« aufgebauten Beziehungen des Osmanischen Reiches mit den damaligen zentralen europäischen Staaten, England, Frankreich und Preußen (Deutschland), zurückgeführt werden. So hatte auch die auf dem Erbe des Osmanischen Reiches gegründete Republik das »Erreichen des westlichen Zivilisationsstandards« zum wichtigsten Element ihres offiziellen Diskurses deklariert. Mit dem Eintritt in den Europarat 1949 und in die NATO 1952 unternahm sie die ersten wichtigen Schritte im Hinblick auf die Partizipation im »Westblock«. Doch der relevanteste Schritt bei der Anbindung an den Westen ist die Phase der Annäherung an die Europäische Union. Die mit dem Ankara-Abkommen von 1963 eingeleitete Phase macht seit über fünfzig Jahren einen wesentlichen Aspekt der Außenpolitik der Türkei aus. So wie die Europäische Union über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zunächst zur Europäischen Währungsgemeinschaft und anschließend zu einer staatenübergreifenden Organisationsstruktur mit gemeinsamer Währung und aufgehobenen Grenzen geworden ist, so haben auch ihre Beziehungen zur Türkei verschiedene Stadien durchlaufen. Als kritische Momente darin können der offizielle Aufnahmeantrag 1987, die Aufnahme in die Zollunion 1996 als konkreter Schritt einer Zusammenkunft und der Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahre 2004 benannt werden. Die letzten zwölf Jahre verhandelt die Türkei als Beitrittskandidatin mit der Europäischen Union. Die seit 2005 geführten Beitrittsverhandlungen haben keinen wesentlichen Fortschritt gezeigt und sind de facto eingefroren. So hatte das Europaparlament mit großer Mehrheit am 24. November 2016 ein Einfrieren der Beitrittsverhandlungen gefordert. Die parlamentarische Versammlung des Europarates beschloss im April 2017, die Türkei wieder unter volle Beobachtung zu stellen. Dies ist ein weiteres Beispiel für den Stand der Beziehungen zum Westen.

Trotz aller Schwankungen in den Beziehungen der Türkei, im Besonderen mit der Europäischen Union, im Allgemeinen mit dem Westen, muss man akzeptieren, dass sie sich in einer Hinsicht stabil verhält: Verhandlungen basierend auf ihrer geopolitischen Lage; zeitweise macht eine Politik der Erpressung sogar den grundlegenden Aspekt dieser Beziehungen aus. Diese Verhandlungspolitik, die vom Argument »führender Militärstützpunkt des Westens gegen die ehemalige Sowjetunion« bis hin zur »Vertretung des moderaten Islam« reicht, ist mit den Kriegen und Auseinandersetzungen in der arabischen Welt – dabei insbesondere in Syrien – weitgehend entlarvt worden. Es scheint nicht möglich, dass die Türkei, die entsprechend ihrer antikurdischen Haltung mit den souveränen Staaten in der Region zusammenarbeitet, die Beziehungen zum Westen und zu internationalen Kräften zum jetzigen Zeitpunkt in gewohnter Weise fortsetzen kann.

Wenn wir den Hintergrund betrachten, sehen wir, dass die seit 2005 herrschende, scheinbar positive Stimmung in den Beziehungen mit der EU mit der zunehmenden Repressionspolitik der AKP ab 2009 abgekühlt und seit 2013 zunehmend umgeschlagen ist. In dieser Phase hatte die Türkei versucht, sich den im Zuge des »arabischen Frühlings« mit einem Regimewechsel konfrontierten Staaten als Modell zu präsentieren und so der internationalen Staatengemeinschaft und dem Westen gegenüber eine neue Verhandlungsposition zu gewinnen. Mit dem Machtverlust der von ihr unterstützten Muslimbruderschaft nach 2013 in Ägypten und der Erfolglosigkeit gegenüber dem Assad-Regime in Syrien zeigten sich die Grenzen ihrer Motivation eines Vorbildmodells. Doch anstatt den Fehler zu korrigieren, hat die AKP-Regierung eine Politik eingeleitet, die noch folgenreichere Resultate nach sich zieht. Die sich daran anschließende Unterstützung der AKP für islamistisch-dschihadistische Gruppen in Syrien sowie die dschihadistischen Angriffe in Europa sind zu einem zentralen Aspekt der stetig zunehmenden Probleme geworden. Die einzige »Erfolgs«-Geschichte, die die AKP-Regierung, somit die Türkei, nach 2013 international präsentieren konnte, war die »Lösungsphase«, die man im Hinblick auf die kurdische Frage

zu entwickeln versuchte. Doch auch sie wurde im Zuge der Wahlen 2015 aufgrund einer direkten Intervention R. Tayyip Erdoğans zunächst ad acta gelegt und mit den Kriegspraktiken gänzlich aufgegeben. Heute zeigt sich noch deutlicher, dass die Politik der Türkei in den vergangenen zwei Jahren von Krieg geprägt ist, der sich im Inland in Form massiver Zerstörung kurdischer Lebenswelten und in Syrien als aktive Unterstützung islamistisch-dschihadistischer Gruppen gegen die kurdischen Errungenschaften darstellt. Parallel wurde schrittweise ein auf Repression basierendes diktatorisches Ein-Mann-Regime Erdoğans etabliert.

> Wenn wir den Hintergrund betrachten, sehen wir, dass die seit 2005 herrschende, scheinbar positive Stimmung in den Beziehungen mit der EU mit der zunehmenden Repressionspolitik der AKP ab 2009 abgekühlt und seit 2013 zunehmend umgeschlagen ist. In dieser Phase hatte die Türkei versucht, sich den im Zuge des »arabischen Frühlings« mit einem Regimewechsel konfrontierten Staaten als Modell zu präsentieren und so der internationalen Staatengemeinschaft und dem Westen gegenüber eine neue Verhandlungsposition zu gewinnen.

Der Bericht der Vereinten Nationen vom März 2017 über »die Menschenrechtslage im Südosten der Türkei von Juni 2015 bis Dezember 2016« sowie der Beschluss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die Türkei wieder unter Beobachtung zu stellen, bestätigen diese Situation. In dem vom Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) verfassten Bericht heißt es, dass die Türkei mit ihrer politischen Praxis »den internationalen Verpflichtungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte« nicht nachkomme. Laut Parlamentarischer Versammlung des Europarates sind ernsthafte Rückschritte in der Arbeitsweise demokratischer Institutionen zu verzeichnen. Ihr Beschluss, einen Staat, dessen Beobachtung zuvor beendet worden war, wieder unter volle Observation zu stellen, ist der erste seiner Art.

Mit dem massiven Flüchtlingsstrom über die Türkei nach Europa sollte Ende 2015 ein neuer Moment in den stagnierenden Beziehungen zur EU geschaffen werden. Da die Drohungen der Verantwortungsträger in der Türkei, allen voran Erdoğans, »die Grenzen zu öffnen und die Flüchtlinge aus Syrien massenhaft Richtung Europa zu kanalisieren«, nicht nur als solche verblieben, sondern praktiziert wurden, wurde im März 2016 der Flüchtlingspakt mit der Europäischen Union unterzeichnet. Das Abkommen, das den Stopp der Flüchtlingsbewegung durch die Türkei erwirken sollte und im Gegenzug finanzielle Hilfen und Visafreiheit für die Staatsbürger der Türkei versprach, ist das letzte und offensichtlichste Beispiel für die sich auf Verhandlung bzw. Erpressung stützende Außenpolitik des türkischen Staates. Allerdings konnten in der Frage der vereinbarten Visafreiheit keine Fortschritte verzeichnet werden, da die Türkei den Forderungen der EU nicht nachkam, die Antiterrorgesetze zu entschärfen. Der nach dem Putschversuch vom Juli 2016 verhängte Ausnahmezustand und die im Zuge dessen praktizierte antidemokratische und repressive Politik sowie die Schritte hin zur Etablierung eines Ein-Mann-Regimes von Erdoğan haben für die nächste Zukunft die Möglichkeiten positiver Entwicklungen zwischen der Türkei und der EU begrenzt. Die wiederholten Erklärungen Erdoğans, die Todesstrafe wieder einzuführen, der Ausnahmezustand und korrelierende Praktiken, die ernsthafte Kritik sämtlicher europäischen Institutionen, allen voran der Venedig-Kommission, und das fragwürdige Referendum vom April offenbaren einen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU.

An diesem Punkt hat die Europäische Union erstmals offiziell die Möglichkeit einer Alternative zur Vollmitgliedschaft zur Sprache gebracht. Johannes Hahn, EU-Kommissar für Erweiterungsverhandlungen, forderte in einer Erklärung nach dem Referendum die Mitgliedsstaaten auf, die Beziehungen zur Türkei zu überdenken, die Maßnahmen zur Etablierung des Präsidialsystems nach dem Referendum würden die EU beunruhigen. Er teile die Sorge des Europarates und wertete das Ergebnis des Referendums als »gefährlichen Rückschritt«. Die Kommission werde nach einem entsprechenden Auftrag durch die Mitgliedsstaaten agieren. Es könne dann eine Phase der Neustrukturierung der Beziehungen zwischen Brüssel und Ankara beginnen. Hahn: »Die aktuelle Situation kann nicht fortgeführt werden.« Es müsse über eine neue Struktur gesprochen werden, welche die Spannungen zwischen beiden Seiten reduziere und die Zusammenarbeit wachsen lasse.

Hier tritt die Aktualisierung des zwischen der Türkei und der EU geschlossenen Vertrages zur Zollunion von 1995 in den Vordergrund. Ende 2016 hat die Europäische Kommission den Europarat um einen entsprechenden Auftrag ersucht. Im Beschluss des Europaparlaments vom November 2016, in dem die Aussetzung der Verhandlungen mit der Türkei gefordert wurde, wird zudem im Falle einer Wiedereinführung der

Todesstrafe von einem Abbruch der Verhandlungen gesprochen. Hinsichtlich der für die Türkei wichtigen Aktualisierung der Zollunion wird betont, dass deren Aussetzung ernsthafte wirtschaftliche Folgen für sie haben werde. Auch der Außenpolitische Ausschuss des Europaparlaments forderte im Januar 2016 in seinem Statement die Kommission auf, politische Kriterien für Menschen- und Grundrechte in die aktualisierte Fassung des Zollunionsvertrages einzubringen. Da dessen aktualisierte Version dem Europaparlament zur Abstimmung vorgelegt wird, kann davon ausgegangen werden, dass sie an Menschenrechts- und Demokratiekriterien gebunden sein wird. Die Aktualisierung der Zollunion nach bewährtem Schema scheint daher schwierig. Lediglich eine umfassende Überarbeitung kann auf die Tagesordnung. Die Erklärung des Erweiterungskommissars Hahn – so wird es auch von der internationalen Presse interpretiert – bringt den »Willen Brüssels zum Ausdruck, erstmals den Beitrittsprozess zu beenden und eine Neuauflage der Zollunion« zu vereinbaren. Erdoğan und die AKP-Regierung sind dazu auch bereit. Das bedeutet die Aufgabe der seit mehr als einem halben Jahrhundert praktizierten Politik.

Auch wenn die offizielle und offene Aussprache Zeit in Anspruch nehmen wird, zeigt der aktuelle Stand in den Beziehungen mit der Europäischen Union, dass ein solcher Verlauf unumgänglich ist. Möglicherweise spielen die EU-Staaten im Hinblick auf eine endgültige Entscheidung aufgrund der innenpolitischen Agenda – z. B. der Wahlen in Deutschland – auf Zeit. Es kann jedoch sein, dass sie sich wie im Fall des Flüchtlingsabkommens der Verhandlungs- und Erpressungspolitik fügen. So behauptete Erdoğan nach dem NATO-Gipfel im Mai 2017 in Brüssel, sich mit der Europäischen Union auf einen einjährigen Zeitplan geeinigt zu haben. EU-Quellen haben das nicht bestätigt. Es besteht jedoch die Möglichkeit einer gegenseitigen Deeskalationsphase. Auch hierbei wird der Rahmen der Erwartungen an die Türkei von dem Beschluss des Europaparlaments im Dezember 2016 und dem Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarats von April 2017 determiniert.

Vor allem Bericht und Beschluss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats formulieren klare Forderungen. Hierzu zählen in erster Linie die Aufhebung des Ausnahmezustands sowie die Freilassung der inhaftierten Abgeordneten und Journalisten. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats fordert zudem, die ernsthaften Bedenken im Hinblick auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auszuräumen. Mit ihrem Beschluss unterstreicht sie die Notwendigkeit, sich an faire Verfahren zu halten, umgehende Vorkehrungen für die Garantie von Meinungs- und Pressefreiheit zu treffen und Änderungsvorschläge der Venedig-Kommission für Verfassungsänderungen umzusetzen.

Die Einschränkung der Türkei gegenüber Institutionen wie dem Europaparlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die in den Beziehungen zu Europa wegweisend ist, hat sich auch partiell auf die Beziehungen mit der NATO als langjähriger Vertrauenspartnerin projiziert. Die Verweigerung der Besuche deutscher Parlamentsabgeordneter auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik hat die Spannungen zwischen der Türkei und Deutschland auf NATO-Ebene transferiert. Westliche Medien berichteten, dass Deutschland mit Unterstützung einiger europäischer Staaten, u. a. Frankreichs, die Ausrichtung des NATO-Gipfels 2018 in der Türkei verhindert habe. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Beziehungen zu westlichen Institutionen, allen voran der Europäischen Union und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, einen Tiefpunkt erreicht haben. Auch die Chancen, die militärische Position in den internationalen Beziehungen als Verhandlungstrumpf zu nutzen, sind geringer denn je.

Doch an diesem Punkt darf nicht vergessen werden, dass die aktuelle Regierung der Türkei, die schrittweise ihr diktatorisches System etabliert, zahlreiche Risiken in Kauf nehmen wird, um wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die jüngsten Luftangriffe auf Rojava und Şengal (Sindschar) demonstrieren, dass die Erdoğan-AKP-Regierung auch einen Krieg gegen die kurdischen Errungenschaften in Syrien ins Auge fasst. Diese Regierung ist in zahlreichen Bereichen, von der Wirtschaft bis hin zu internationalen Beziehungen, eingeengt und ringt um Legitimation. Auf diese Weise erhofft sie sich Mitspracherecht in Syrien und damit neue Verhandlungschancen. Das stellt nicht nur für die Türkei und die Region, sondern auch für Europa eine ernsthafte Bedrohung dar. Das Chaos, in dem die Türkei steckt – so hat es sich mit der Fluchtwelle gezeigt –, projiziert sich unmittelbar auf Europa. Das kann nur durch eine stabile, auf Demokratie und Menschenrechten basierende Politik Europas gegenüber der Türkei abgewendet werden. Erster Schritt hierbei ist es, sich den demokratischen und friedlichen Kräften in der Türkei und der Region, allen voran den Kurden, zuzuwenden und auch die Türkei dazu zu animieren. Eine erneute Öffnung für eine Politik des Kalküls und der Erpressung wird, wie sowohl die Flucht- als auch die sich von Syrien nach Europa ausgeweitete dschihadistische Terrorwelle gezeigt hat, nicht zielführend sein. Es gilt zu erinnern, dass die Europäische Union – gegründet, damit sich die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs nicht wiederholen – es sich nicht leisten kann, den gleichen Fehler ein zweites Mal zu begehen. ♦

Der Status quo im Mittleren Osten und die Dynamiken der Veränderung

# Die Kurden, ernsthafte politische Akteure im Mittleren Osten

Rıza Altun, Exekutivratsmitglied der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Mai 2017

Im Mittleren Osten findet ein sehr komplizierter Kampf statt. Dessen Ergebnis wird zweifellos Veränderung bedeuten. An erster Stelle der grundlegenden Dynamiken, welche die Region zur Veränderung zwingen, kommen die lokalen Akteure; die Völker, Glaubensrichtungen, Frauen sowie revolutionäre und demokratische Kräfte. Die zweite Dynamik stellen die internationalen Kräfte dar. Erstere kämpfen dafür, alle unrechtmäßigen und undemokratischen Zwänge, die der alte Status quo mit sich brachte, zu überwinden und eine demokratische und freie Zukunft aufzubauen. Zweitere versuchen die alte Ordnung im Mittleren Osten, die nicht mehr ihren Interessen dient, sondern zunehmend schadet, zu überwinden. Diese Situation macht diese beiden Kräfte nicht automatisch zu Verbündeten. Doch sie schafft Grundlagen für die Entwicklung von Beziehungen zwischen den beiden Kräften, die jeweils verschiedene Ziele verfolgen. Ohne Zweifel verkörpern die Status-quo-Kräfte – als dritte Kategorie – eines der Hauptelemente dieses Kampfes, wie auch die Gebiete, in denen der Kampf geführt wird. Sie versuchen auf der einen Seite, tiefgreifende Veränderungen aufzuhalten, und auf der anderen Seite, die unvermeidliche Transformation zu ihrem Vorteil zu nutzen.

## Im Mittleren Osten gibt es für kein Problem eine einfache und alleinige Antwort

Die internationalen Kräfte versuchen zu den Kräften, die bislang den Status quo sicherten, enge Verbindungen aufrechtzuerhalten, weil sie bislang von ihm profitierten. Sie sind in ihrem Streben nach einer neuen Ordnung aber auch dazu gezwungen, das Veränderungspotential der lokalen Kräfte zu nutzen. Ähnliches gilt für die Kräfte, die für den Status quo eintraten. Damit keine wirklich tiefgreifenden Veränderungen mit der Transformation in der Region einhergehen, halten sie es für nötig, sowohl mit den internationalen als auch den lokalen Akteuren Beziehungen zu pflegen. Kommen noch die ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze und Widersprüche zwischen den internationalen Akteuren, den Status-quo- und den lokalen Kräften hinzu, breitet sich ein komplexes Netz aus Beziehungen und Widersprüchen aus. Der Kampf im Mittleren Osten wird in diesem komplexen Geflecht geführt, in dem jeder mit jedem Beziehungen und Widersprüche hat. Aus diesem Grund gibt es im Mittleren Osten auf keine Frage eine einfache Antwort. Nichts ist in diesem Chaos absolut oder dauerhaft. Diese allgemeine Bewertung ist ein Resultat, das sich aus den Erfahrungen und Entwicklungen ziehen lässt, die sich im Mittleren Osten seit sechs Jahren ereignen. Es ist absehbar, dass die kommenden Entwicklungen hauptsächlich entlang der beschriebenen Linien verlaufen werden. Bis dato sind alle am Krieg im Mittleren Osten beteiligten Seiten bei der Bewahrung ihrer wesentlichen Partner und ihrer strategischen Linie sowie dem Schließen taktischer Bündnisse mit anderen Kräften vorangekommen. Strategische Entscheidungen oder interne Transformationen der in diesem Kampf Beteiligten haben sich in Form verschiedener Vorstöße und Initiativen in der Region widergespiegelt. In solchen Situationen hat jeder seine Kraft, Position, Ziele und Bündnisse geprüft und seinen Weg fortgesetzt.

Im Hinblick auf den Kampf im Mittleren Osten hat es in letzter Zeit einige bedeutende Entwicklungen gegeben, die sich direkt auf die Region auswirken können. Zuerst die Wahl des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Trump in den USA. Analysen vor und nach der Wahl, dass Trump sich mehr auf innere Probleme fokussieren, die Außenpolitik in den Hintergrund rücken und nicht viel im Mittleren Osten intervenieren werde, waren realitätsfern und unrealistisch. Denn es ist abwegig, dass die außenpolitisch geschwächten und aus dem Mittleren Osten abrückenden USA ihre gegenwärtige Position im Weltsystem bewahren könnten. Deshalb ist eine den Erwartungen widersprechende Situation entstanden; die USA haben sowohl global als auch im Mittleren Osten begonnen, eine im Vergleich zu früher aktivere Außenpolitik zu verfolgen. Wir werden im Rahmen der Grenzen unserer Position die neue politische Tendenz der USA im Mittleren Osten sowie mögliche Auswirkungen auf die Region bewerten.

## Die Mittelostpolitik Trumps und der in die Zange genommene Iran

Dass Trump direkt nach Amtsantritt den Iran sowohl für die Region als auch für die ganze Welt als Bedrohung charakterisierte und parallel dazu erst mit der israelischen Führung, dann mit den Präsidenten sunnitisch-arabischer Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien telefonierte, hatte seine Bedeutung. Der Besuch des CIA-Direktors Pompeo in Ankara ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Dabei handelt es sich um den Aufbau eines politischen Szenarios, das die Sicherheit Israels und der Golfstaaten gewährleistet und den Einfluss des Iran in der Region einschränkt. Die Begrenzung des iranischen Einflusses vor allem auf Syrien, den Irak, den Jemen und den gesamten Mittleren Osten ist indirekt gleichbedeutend mit der Eindämmung des russischen Einflusses. Diese Politik Trumps entspricht einer neuen Situation, in der die Mittelostpolitik Obamas überwunden wird. Dessen Politik hatte mehr vorgesehen, den Iran einzudämmen, zu zähmen und zu kontrollieren. Mit diesem Ziel wurden die Mittel, um dieses Ziel durchzusetzen, auf politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck und Sanktionen reduziert. Die Trump-Regierung hingegen, wenn sie es auch nicht sehr offen artikuliert, zielt darauf ab, den Einfluss des Iran auf die Region zu neutralisieren und das gegenwärtige Regime zu verändern. Das bringt natürlicherweise auch die Option aufs Tapet, Gewalt anzuwenden. Die Bombardierung des Militärflugplatzes asch-Scha´irat in Syrien durch die USA und die Bombardierung eines angeblichen Hamas-Stützpunktes in Damaskus durch Israel wurden auf der Basis dieser neuen US-Politik durchgeführt.

Die Politik der USA und ihrer Verbündeten gegen den Iran fußt auf drei Pfeilern, die gleichzeitig organisiert werden als auch Anwendung finden. Der erste Pfeiler: Der iranische Einfluss auf die Staaten und die politisch-gesellschaftlichen Kräfte in der Region soll gebrochen werden. Hier ist es das Ziel, den Einfluss des Iran auf das Territorium des Iran zu beschränken. Das bringt die US-Politik gegenüber Syrien, dem Irak, dem Jemen und dem Libanon auf die Agenda. Die USA versuchen in Syrien auf der einen Seite im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) auf der größtmöglichen Fläche militärische Kontrolle zu gewinnen und den Herrschaftsbereich des Regimes und seiner Verbündeten zu begrenzen, auf der anderen Seite versuchen sie auf ein neues dezentrales System zu drängen, in dem am Ende des politischen Prozesses der Einfluss des Regimes so gering wie möglich ist.

Diese Politik sieht in der Praxis die Entfernung der iranischen und der Hizbullah-Kräfte aus Syrien und den Ausschluss des Iran vom politischen Prozess vor. Eine ähnliche Politik und Herangehensweise findet auch im Irak Anwendung. Die USA trachten hier danach, unter dem Ausnutzen aller Widersprüche, von den Machtkämpfen bis zu den ethnisch-religiösen Konflikten, den Einfluss des Iran zu begrenzen und die eigene Kontrolle auszudehnen.

Mit der Mossul-Operation und den Diskussionen und Widersprüchen um die Al-Haschd-asch-Scha'bi-Milizen materialisiert sich dieser Kampf. Die Bemühungen der USA, die schiitische, gleichzeitig auch arabisch-nationalistische Achse mit den sunnitischen Arabern und den Kurden zu verbinden, gehen einher mit dem Ziel, den Einfluss des Iran zu neutralisieren. Auf dieser Basis wird die Mossul-Operation durchgeführt, und ob sie Erfolg haben wird oder nicht, das Kräftegleichgewicht im Irak wird ernstlich beeinflusst werden. Die USA unterstützen im Jemen die Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens gegen die schiitischen Huthis und versuchen im Libanon den Einfluss der Hizbollah zu brechen. Das sind die Bausteine ihrer grundlegenden Politik für den Mittleren Osten.

Der zweite Pfeiler ihrer Politik gegen den Iran ist es, den »schiitischen Halbmond« mit einer »arabischen Koalition« oder einem »arabischen Gürtel« einzukreisen, gebildet aus Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und den Golfstaaten. Israel ist eine der Hauptkräfte dieser Koalition. Es ist der Wunsch sowohl der USA, Saudi-Arabiens und der Golfstaaten als auch des türkischen Staates, dass die Türkei Teil dieser Koalition wird. Doch an diesem Punkt bestehen ernsthafte Konflikte zwischen den USA und der Türkei. Wir werden sie getrennt behandeln. Diese Koalition wird ihrer Verantwortung in den verschiedenen Bereichen und Etappen besagter Politik gerecht werden wie auch Geldgeber sein.

Das dritte und wichtigste Standbein dieser Politik bezweckt die Organisierung, Vereinigung und Aktivierung der heimischen regimefeindlichen Opposition im Iran. An dem Punkt wird der kurdischen, der belutschischen und der arabischen Opposition die Hauptrolle zugesprochen und insbesondere der Mobilisierung der kurdischen Gesellschaft große Bedeutung beigemessen.

## Die problematische Iran- und Syrienpolitik Russlands

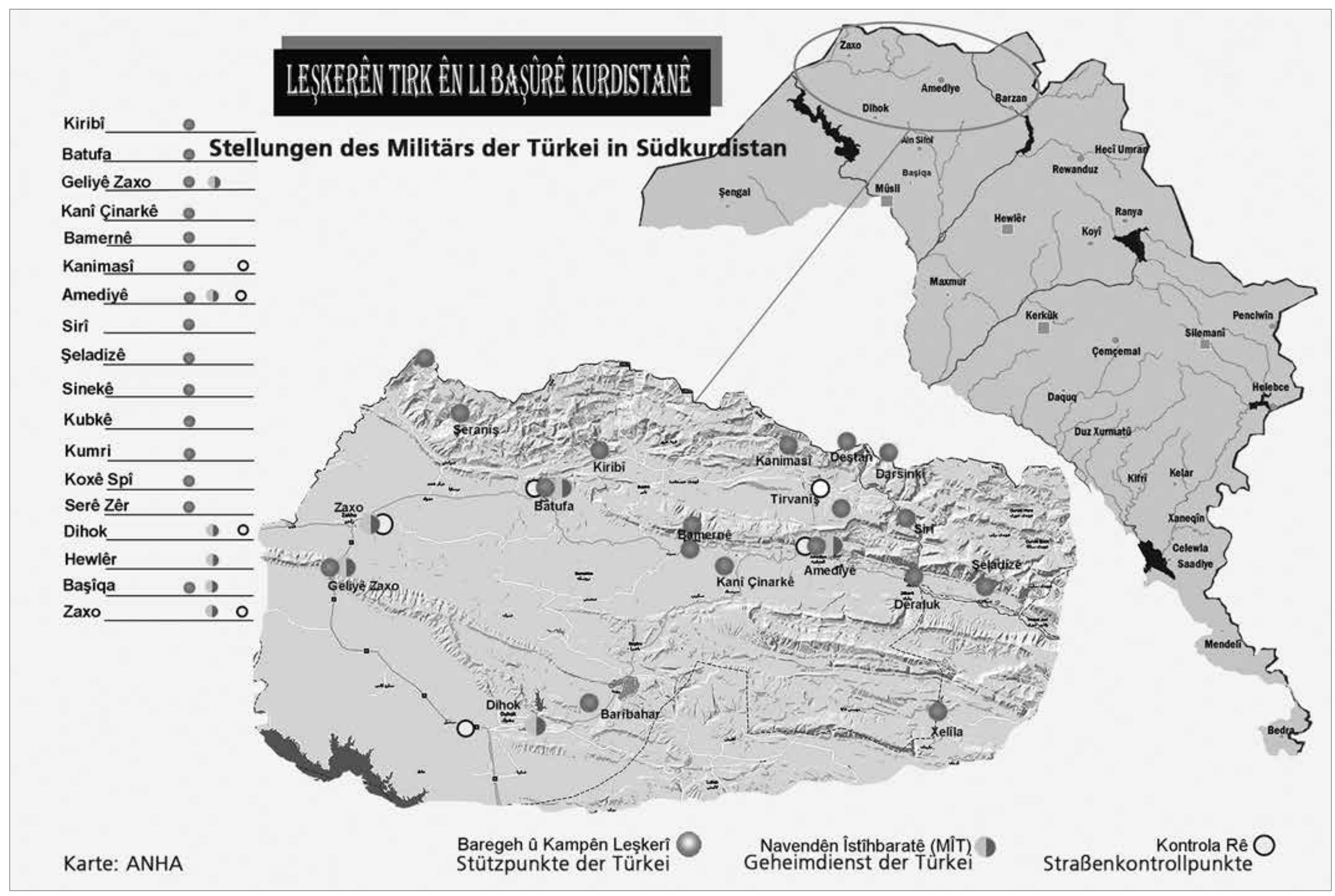
Zweifellos handelt es sich dabei um Politik und um ein Projekt. Es ist fraglich, ob es so laufen wird und ob die beabsichtigten Ergebnisse erzielt werden. Denn es ist unvermeidlich, dass die Kräfte und Verbündeten, die Ziel dieser Politik und dieses Projekts sind, mit eigener Politik und eigenen Projekten dagegen aufwarten. Ebenfalls werden die spezifische Politik und die Ziele der gegnerischen Kräfte, die diese unabhängig vom Ganzen umsetzen wollen, die Situation noch weiter verkomplizieren. Doch sind die Grundzüge der laufenden und kommenden Politik für jetzt und die nahe Zukunft absehbar.

Russland ist de facto eher als Weltmacht denn mit einem Projekt Teil des Kampfes im Mittleren Osten geworden. Aus die-

sem Grund verhält es sich in der Region äußerst pragmatisch. Es versucht dort seine Vorherrschaft auszubauen, indem es die Ängste derjenigen anspricht, die sich von der Politik der USA und ihrer Verbündeten bedroht fühlen. Deshalb benutzt es die Türkei sowohl gegen die USA, die Kurden, den Iran als auch gegen Syrien, ähnlich agiert es über die Kurden gegen die Türkei. In diesem Sinne sind die Iran- und die Syrienpolitik Russlands problematisch. Doch die Kraft und der politische Bewegungsraum Russlands in der Region sind begrenzt. So hat es nicht das Potential, mit den USA zu konkurrieren. Deshalb kann diese Politik Russland vielleicht für den Moment einigen Gewinn bescheren, macht es aber langfristig unzuverlässig. Aber allein schon mit dieser Art und Weise wird Russland mit seiner Mittelostpolitik weiterhin einflussreich sein.

## Dreierlei Kurden

Eine der sich in der Mittelostpolitik immer wieder auf die Region auswirkenden Entwicklungen rührt aus der kurdischen Kraft her. Die Kurden beweisen jeden Tag mehr, dass sie die grundlegende Dynamik zur Transformation und Demokratisierung des Mittleren Ostens sind. Hier muss ich von einer grenzüberschreitenden kurdischen Kraft sprechen. Ich meine damit nicht nur die Grenzen, die das Land der Kurden trennen, sondern die Grenzen im Mittleren Osten und an anderen Orten. Ich muss hier den Begriff »Kurden« erklären. In der Realität gibt es kein homogenes »Kurdentum«, wie es von außen vielleicht den Anschein hat. Ich muss dabei von mindestens drei verschiedenen Arten »Kurden« sprechen und die Rolle jeder einzelnen bei den Entwicklungen ansprechen. Die erste sind die Kurden, die ihr eigenes Schicksal mit den in der Region lebenden anderen Volksgruppen vereint und in das Zentrum ihres Kampfes die Demokratie, Freiheit, Gleichheit und die Befreiung der Frau gestellt haben. Sie werden von den Kräften in allen Teilen Kurdistans vertreten, die sich auf das Paradigma des Vorsitzenden Apo beziehen. Die zweite Art bildet das im Verlauf der Geschichte kollaborierende Kurdentum. Das hatte sich nicht mit den Freiheitsproblemen der Kurden auseinandergesetzt, sondern damit, auf dem Fundament der mit endlosen Mühen und Opfern hervorgebrachten Erfahrungen der Kurden seine Macht zu errichten. Während es auf der einen Seite über die Interessen der hegemonialen Kräfte in Kurdistan wacht, spielt es auf der anderen Seite die Rolle lokaler Agenten der Kolonisatoren. In dieser Hinsicht hat es niemals sein eigenes Schicksal mit dem seines Volkes vereint, sondern im Gegenteil immer mit den Kolonisatoren geteilt. Heute verkörpern die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) und Barzanî dessen Hauptvertreter. Die dritte Kategorie Kurden hingegen besteht



aus Kräften und Kreisen, die eine breite Palette von Nationalisten bis hin zu Sozialisten umfassen und im Allgemeinen patriotische Gefühle hegen.

Diejenigen Kurden, die in der Region bislang eigentlich kämpfen und Freund und Feind sagen lassen »die Kurden sind einer der Hauptakteure in der Mittelostpolitik«, sind die in allen Teilen Kurdistans, vor allem in Nordsyrien und Nordkurdistan in der Linie des Vorsitzenden Apo Widerstand Leistenden.

Die kollaborierenden und verräterischen Kurden standen von Anfang an nicht an der Seite der anderen Kurden. Sie gingen immer Arm in Arm mit dem Feind. Ihre einzige Bindung an das Kurdentum sind ihre von Zeit zu Zeit getragene kurdische Nationalkleidung und ihre kurdische Sprache. Doch das verwenden sie nicht im Dienste der Kurden und des Kurdentums, sondern auf eine dem Feind dienliche Art und Weise. Die Oberhäupter der PDK posieren oft in ihrer kurdischen Nationaltracht in Amed (Diyarbakır) und Ankara zusammen mit den faschistischen AKP-Oberhäuptern. Doch sie gebrauchen diese Kleidung nur, um ihre Kollaboration und ihren Verrat zu verhüllen. In ihrem Fernsehen übersetzten sie die feindlichen türkischsprachigen Beleidigungen der Kurden ins Kurdische.

Ohne diese Differenzierung ist es nicht möglich, die Situation und die Rolle der Kurden in der Region richtig zu bewerten. Denn ein Teil der »Kurden« steht nicht auf der kurdischen Seite, sondern auf der des Feindes. Der eigentliche große Kampf, ist der innere Kampf unter den Kurden. Dieser Kampf wird entscheiden, ob die Kurden mit den anderen Völkern frei, gleichberechtigt und geschwisterlich zusammenleben oder im Strudel der Kollaboration untergehen werden. Der Angriff auf Şengal (Sindschar) und Qereçox, die Raqqa-Operation und der mögliche Angriff der Türkei und der PDK auf die Meder-Verteidigungsgebiete müssen auf dieser Grundlage bewertet werden.

Die Rojava-Revolution, der Kampf gegen den IS und die Rettung der Bevölkerung Şengals vor Massakern sind Entwicklungen, die die Kurden zu ernsthaften politischen Akteuren im Mittleren Osten machen. So, wie sie die Realität des freien Kurden offenbarten, so wurden auch das Versagen und der Verfall der kollaboratorischen und verräterischen Kurden zur Schau gestellt. Die wichtigste Folge dieser Entwicklungen war der Bruch des Monopols der PDK, die Kurden auf internationaler Ebene allein zu vertreten. Das bedeutet für die PDK so etwas wie einen Todesstoß. Denn sie hat sich niemals auf die Kraft der kurdischen Gesellschaft gestützt. Im Gegenteil hat sie sich immer über Kredite und Möglichkeiten am Leben erhalten, die ihr von außen im Namen der Kurden zukamen. Sie hat die Existenz einer weiteren Kategorie von Kurden außer ihrer eigenen als größte Bedrohung verstanden. Deshalb hat sie mit den Kolonialkräften kollaboriert und in allen Teilen Kurdistans gegen kurdische Kräfte gekämpft. Diese hat sie so entweder liquidiert oder ihrer Kontrolle unterworfen. Diejenigen, die sie nicht kontrollieren konnte, waren ihrer immerwährenden Feindschaft sicher. Die patriotisch-revolutionären Kräfte der Kurden behaupteten sich selbst in dem Maße, wie sie gegen die PDK-Linie kämpften. Wer nicht gegen die PDK kämpfte, konnte sich nicht halten.

### Von der PDK einen Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage zu erwarten, ist Ignoranz

Die Rojava-Revolution und der Widerstand von Şengal konnten sich trotz PDK behaupten und das PDK-Monopol auf internationaler Ebene brechen. Die einzige Möglichkeit der PDK, um dieses Monopol wiederzugewinnen, ist die Liquidation der Kräfte hinter der Rojava-Revolution und des Widerstands von Şengal. Weil die PDK dafür allein nicht stark genug ist, hat sie eine Zusammenarbeit mit der AKP-MHP-Koalition begonnen. Ob der Angriff auf Şengal und Minbic am 3. März oder die Angriffe auf Qereçox und Şengal – beides wurde auf Basis des Bündnisses zwischen AKP, MHP und PDK durchgeführt mit dem Ziel, die revolutionären Entwicklungen zu liquidieren. Ziel dieser Angriffe war eigentlich gewesen, die Raqqa-Operation ins Leere laufen zu lassen. Denn deren erfolgreicher Abschluss durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) wird wichtige Ergebnisse haben. Zuallererst wird es der Föderation Nordsyrien zunehmend den Weg zur Legitimität ebnen. Ebenfalls wird eine erfolgreiche Raqqa-Operation den Willen der Türkei ernsthaft brechen. Das wird nicht nur der kurdischen Bewegung in Nordkurdistan, sondern allen revolutionär-demokratischen Kräften in der Türkei eine Quelle der Kraft und Moral sein. Eine solche Entwicklung kann sogar den Weg dafür ebnen, dass die Türkei ihre kurdenfeindliche Politik reflektiert. Die PDK hat am meisten davor Angst, dass die kurdische Frage in Nordkurdistan auf politischem und demokratischem Wege gelöst wird. In solch einer Situation wird sie aufgrund ihrer PKK-Feindschaft ihre Position verlieren. Deshalb bedeutet es eine große Ignoranz, von der PDK zu erwarten, dass sie in irgendeinem Teil Kurdistans an einer Lösung der kurdischen Frage interessiert wäre und einen Beitrag dazu leisten würde. Das hieße, die Realität der PDK komplett zu verkennen und misszuverstehen. Ohne die Realität der PDK zu verstehen, kann nicht ein Schritt in Kurdistan unternommen werden.

Eine weitere Bedeutung der Raqqa-Operation ist zudem, dass durch ihren Erfolg die zunehmend institutionalisierte Föderation Nordsyrien sowohl für Nordkurdistan als auch für andere Orte im Mittleren Osten ein Modell darstellen wird. Das ist auch einer der Gründe, warum die davon negativ beeinflussten Kräfte bei jeder sich bietenden Gelegenheit Rojava und Şengal angreifen. ♦

Die Auswirkungen der letzten Raqqa-Offensive

# Allseits durchkreuzte Pläne

Selahattin Erdem

Die Demokratischen Kräfte Syriens (arab.: QSD) haben unter dem Namen »Die große Schlacht« eine neue Offensive auf Raqqa begonnen. Als Ziel wurde die Befreiung des Stadtzentrums vom Islamischen Staat (IS) formuliert. Diese Offensive wird zur letzten großen Raqqa-Operation erklärt. So sollen die IS-Banden aus ihrer selbst ernannten »Hauptstadt« vertrieben werden. Wenn diese Offensive erfolgreich endet, naht auch das Ende des IS-Faschismus. Zumindest wird er nicht mehr über die gegenwärtige Stärke verfügen und vielleicht auch nicht mehr unter seinem Namen aktiv sein können.

Den Erklärungen des QSD-Hauptquartiers zufolge hat die Offensive erfolgreich begonnen. Am ersten Tag sei eine Vielzahl umliegender Dörfer befreit worden, zehn IS-Kämpfer hätten sich ergeben und dem IS sei ein wirksamer Schlag versetzt worden. Nach den ersten zehn Tagen wurde der Presse verkündet, dass vier Stadtteile Raqqas befreit und 312 IS-Kämpfer getötet worden seien. Das QSD-Hauptquartier, das die Raqqa-Operation leitet, erklärte, die Offensive komme wie geplant voran und die Einheiten rückten erfolgreich ins Stadtinnere vor. Es wird klar, dass sich die Legende vom IS dem Ende nähert.

Ohne Zweifel wird es etliche politische und militärische Folgen haben, wenn Raqqa mit dieser Offensive der QSD erfolgreich befreit und dem IS somit an seinem Hauptsitz eine Niederlage beigebracht wird. So wie das politische und militärische Kräftegleichgewicht in Syrien eine gravierende Veränderung erleben wird, so wird sich das auch in Irak und im ganzen Mittleren Osten widerspiegeln. Das ist so bedeutend und klar, dass schon jetzt wichtige Diskussionen und Bemühungen um neue Beziehungen aufgenommen wurden.

Zunächst muss von neuen militärischen Ereignissen an der Grenze Syrien-Irak-Jordanien gesprochen werden. Der iranische Staat muss wohl besorgt gewesen sein, dass die QSD diese Grenzregion vollständig unter Kontrolle bekommen, sodass er dort sofort seine als »Al-Haschd-asch-Scha‘bi-Milizen« organisierten Kräfte mobilisiert und große Gebiete aus den Händen des IS erobert hat *[auf irakischer Seite]*.

Zur selben Zeit hat es Bewegungen der Assad-Kräfte in Richtung desselben westlichen Abschnitts gegeben *[auf syrischer Seite]*. Zweifellos gelten die Al-Haschd-asch-Scha‘bi-Milizen als eine Einheit der irakischen Armee. Und die Kräfte Assads als die eines eigenständigen Staates. Doch es ist eine Realität, dass all diese Kräfte vom iranischen Staat gelenkt werden. Deshalb ist es unbestreitbar, dass die Mobilisierung der Al-Haschd-asch-Scha‘bi-Milizen und Assad-Kräfte von Seiten des Iran geplant und umgesetzt wird.

Es zeigt sich, dass der iranische Staat wegen des Vormarschs der QSD in Richtung syrisch-irakischer Grenze besorgt ist und dies zu unterbinden versucht, da es seinen Interessen zuwiderläuft. Denn bekanntlich sind nach der Befreiung Raqqas Dair az-Zaur und Umgebung an der Reihe und somit wird die syrisch-irakische Grenze vollständig von den QSD kontrolliert werden. Und das wird den Plan des »schiitischen Gürtels«, den Iran für die Region vorsieht, durchkreuzen. Dann wird es keine Landverbindung zwischen Teheran und Beirut geben. Wohingegen der iranische Staat diesen Plan als wesentlich für seine regionale Hegemonie betrachtet und für dessen Umsetzung große Anstrengungen unternimmt.

Es ist bekannt, wie sehr sich der AKP-Faschismus dafür einsetzt, die Raqqa-Operation der QSD zu durchkreuzen und ihren Erfolg zu verhindern. Schon oft wurde erklärt, dass die Anschuldigung des neuen US-Präsidenten, Iran unterstütze den Terror, im Wesentlichen vom Kampf in Ostsyrien herrührt. Es wird sogar behauptet, die USA bildeten in der jordanischen Hauptstadt Amman militärische Einheiten aus, um sie entsprechend zu platzieren. Dass Iran nun noch offensichtlicher in die Streitigkeiten geworfen wurde, zeigt, wie umfassend und ernst der Kampf in Ostsyrien ist. Nach den nordsyrischen Auseinandersetzungen auf der Westseite des Firat (Euphrat) intensivieren sich nun die Auseinandersetzungen in Ostsyrien.

Der Punkt, der hier verstanden werden muss, ist, inwieweit die »Katar-Krise«, die die Region ernsthaft erschüttert, und die militanten Angriffe in der iranischen Hauptstadt mit den oben erläuterten Auseinandersetzungen zusammenhängen. Denn diese Ereignisse datieren nach der letzten Raqqa-Offensive der QSD und den militärischen Bewegungen der Al-Haschd-asch-Scha'bi-Milizen in Richtung Şengal (Sindschar) und Grenze. Beispielsweise gab es in Teheran einen bewaffneten Angriff sowohl auf die Grabstätte Chomeinis als auch auf das iranische Parlament. Zweifellos keine leichtzunehmenden Ereignisse. Auch wenn der IS für die Angriffe verantwortlich zeichnet, wäre es nicht die ganze Wahrheit, sie nur als seine Initiative zu sehen. Denn diese Attacken haben Iran nach den Wahlen ernsthaft erschüttert. Es war ganz offensichtlich eine sehr deutliche Botschaft an die iranische Regierung. War das eine Warnung wegen des Vorstoßes der Al-Haschd-asch-Scha'bi-Milizen an der irakisch-syrischen Grenze: Wenn du so agierst, wirst du den Krieg in deinem eigenen Haus erleben?

Ganz offensichtlich sind die Angriffe auf Teheran sowohl ernsthafter als auch komplizierter Natur. Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass dahinter die US-Politik steckt und sie von saudischer Seite umgesetzt wurden. Sollte dies der Fall sein, dann kann man davon sprechen, dass die Phase der Ausbreitung des Dritten Weltkriegs im Mittleren Osten auf iranisches Territorium de facto begonnen hat. Diese Angriffe werden nicht die letzten gewesen sein. Weitere werden folgen, sie werden sich ausbreiten. Doch wie in der Türkei wird der iranische Staat diese Situation dazu ausnutzen, die eigene Opposition kaltzustellen. Wie Tayyip Erdoğan nach dem versuchten Militärputsch vom 15. Juli 2016 am 20. Juli den Ausnahmezustand verhängte, um seine Macht zu stabilisieren, wird die Regierung Ali Chameneis dasselbe tun wollen. Vielleicht wird er wie Tayyip Erdoğan solche Ereignisse als »Geschenk Gottes« ansehen.

Natürlich ist die Katar-Krise noch viel komplizierter und eine schwierige Situation. So ist sie, von den USA angestoßen, fast zu einer globalen Angelegenheit geworden, in die ein Großteil der arabischen Welt involviert ist. Eine Vielzahl arabischer Staaten hat begonnen, Sanktionen gegen Katar zu verhängen, und infolgedessen ist Katar mit einem Embargo konfrontiert. Der US-Präsident hat mit den Worten »Ich habe gesagt, es gibt Terrorunterstützer, und die Regionalstaaten haben auf Katar gezeigt« dargestellt, wie diese Krise entstand. Unabhängig vom Inhalt muss zunächst gefragt werden, warum er eine solche Krise nicht vor oder nach der heißesten Phase im Kampf um Nordsyrien losgetreten hat. Es ist klar, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Katar-Krise und dem Kampf in Nordsyrien.

Der Inhalt hingegen ist folgender: Die gegenwärtige Regierung Katars wird der »materiellen Unterstützung des Terrors« beschuldigt. Wie es aussieht, verleugnet sie materielle Unterstützung für als »Terrororganisationen« bezeichnete Kräfte nicht. Das wäre ihr auch nicht möglich. Denn es ist bekannt, dass die Kräfte, die den IS bislang unterstützten, das Bündnis zwischen Saudi-Arabien, Katar und der Türkei waren. So zeigte Tayyip Erdoğans Regierung angesichts der Beschuldigungen gegen Katar die erste und heftigste Reaktion. Denn er hat verstanden, dass die Vorwürfe auch gegen ihn gerichtet waren, weil es einen klaren Fall von Mittäterschaft gibt. Außerdem hat, als die USA eine materielle Untersuchung über die Katar-Regierung begannen, auch die EU Ähnliches im Hinblick auf die AKP-Regierung in die Wege geleitet, eine Recherche, was diese mit den zweieinhalb Milliarden Euro der EU gemacht hat.

Noch interessanter ist die Enthüllung, dass es von der Katar-Regierung wie für den IS auch ähnliche materielle Unterstützung für die Al-Haschd-asch-Scha'bi-Milizen gab. Die Beziehung von Katar zum IS war bekannt, aber eine solche zu den Al-Haschd-asch-Scha'bi-Milizen nicht. Zumindest hat es dazu nicht viel in der Presse gegeben. Was für geheime schmutzige Beziehungen gibt es? Werden noch ähnliche solche Verbindungen ans Licht kommen? Das werden die Entwicklungen zeigen. Doch es wird jetzt schon klar, dass die von den QSD begonnene und erfolgreich verlaufende große Schlacht um Raqqa viele in Schwierigkeiten bringen wird. ♦



Flüchtlingskolonne aus Raqqa. Foto: ANHA

Die menschenverachtenden Praktiken von Daesch

# »Ich kämpfe für dich, Kind, nicht gegen dich!«

Sozdar Sevîm

Über Jahrhunderte werden uns Ereignisse und Geschichten, die nicht niedergeschrieben worden sind, in Form einer Geschichte oder in Form der Dengbêj *[kurdische Form epischen Gesangs]* nahegebracht, was für die Erhaltung der kurdischen Geschichte und Literatur gesorgt hat.

Heute werden wir ZeitzeugInnen eines legendären Kampfes, ZeugInnen einer historischen Epoche der Geschichte, die von der Gesellschaft und den Frauen-/Volksverteidigungseinheiten (YPJ/YPG) selbst geschrieben wird. Nicht Klagelieder, sondern revolutionäre Lieder beschreiben Rojava (Nordsyrien). Doch was ist mit den Geschehnissen und den Ereignissen an der Front, die nicht niedergeschrieben werden? Wer schreibt die Geschichte der geflüchteten Frauen? Oder die der Kinder, die als lebende Schutzschilde von Daesch (kurdisch/arabisch für Islamischer Staat IS) ausgenutzt werden?

Während meines Aufenthalts in Rojava habe ich sehr viele Geschichten mitbekommen. Geschichten, die sehr prägten und mir zeigten, was wirklich Aufopferung, Hevaltî (GenossInnenschaftlichkeit) und der starke Geist des Widerstands bedeuten. Aber auch, wie im Krieg gewissenhaft gehandelt wird und was der Krieg wirklich bedeutet.

Wenn es an vorderster Front mal ruhig war, wurde ein çay (kurdisch für schwarzer Tee) aufgesetzt und sich am Feuer versammelt. In solchen Momenten wurden sehr gern Ereignisse miteinander geteilt und Lieder gesungen. Jede/r Freund/in erzählte ihre/seine Geschichte, von den verschiedenen Orten und Städten, in denen Kämpfe stattgefunden hatten, mit sehr vielen Emotionen, die uns mitrissen.

Bei jeder Geschichte gingen die Blicke ins Feuer, jede/r malte sie sich vor das innere Auge. Manchmal bekamen wir bei Erzählungen trotz des Feuers und der Wärme eine Gänsehaut.

Der Abend war lang und ein Erlebnis nach dem anderen wurde erzählt. Ein YPG-Kämpfer aus Gever (Yüksekova) fing mit seiner Geschichte an:

»Nach der Befreiung von Girê Spî (kurdisch für Tel Abyad) waren wir als Gruppe in einem Dorf am Stadtrand stationiert. Die Stadt selbst und die umliegenden Dörfer waren leer. Die Menschen hatten diese Orte bereits in Richtung Türkei und befreite Städte *[gemeint sind die von den YPJ/YPG befreiten Regionen; Anm. d. Red.]* verlassen. Wenige Familien, die nicht hatten gehen können, blieben im Dorf und wurden vom Daesch gegen uns organisiert. Eines Tages, während meines nobet (kurdisch für Wache halten), kam uns, bereits aus der Ferne zu sehen, ein kleiner Junge entgegen. Er war unbewaffnet und schien uns gefahrlos zu sein. Wir gingen ihm entgegen, weil oft kleine Kinder zu unseren Stützpunkten kommen, um Brot für ihre Familie zu besorgen. Wir dachten, es sei wieder eines dieser Kinder, und haben ihn herzlich unter uns aufgenommen. Alle am Stützpunkt kümmerten sich um den kleinen ca. Siebenjährigen, der arabisch sprach. Auf die Frage, ob er denn Hunger habe und Brot mitnehmen wolle, antwortete er: ›Nein.‹ Wir fragten, warum er denn hier sei. Er antwortete: ›Ich habe was angezogen bekommen und soll mich hier in die Luft sprengen und wieder zurückgehen. Ich habe aber vergessen, wie das geht.‹

Der Kleine hatte ein unschuldiges breites Lächeln auf seinem Gesicht und schämte sich regelrecht für seine Tollpatschigkeit. Er tat das, weil ihm Geld versprochen worden war.«

Alle fingen an, diese Geschichte mit ihrer/seinem Nachbarn/in zu kommentieren und/oder zu bestätigen. Denn dies war kein Einzelfall. Trotzdem waren wir fassungslos und schockiert über diese menschenverachtenden Praktiken von Daesch.

Nachdenklich fügte eine Kämpferin aus Roboskî/Botan, Mitte 20, ein ähnliches Ereignis hinzu. Eine starke Frau, ihr Selbstbewusstsein und starker Wille spiegelten sich in ihrem Gesicht wider. Ihre Geschichte:

»Wisst ihr, Hevalno, einer der Gründe, warum ich dem Kampf beigetreten bin, sind all die Kinder dieser Welt. Sie werden überall Opfer des Krieges und sind dem so schutzlos

ausgesetzt. Ich kämpfe für sie, damit sie in einer besseren Welt leben! Damit sie ihre Kindheit leben!

In Kobanê war ich während der Gefechte in der Stadt an der Front und habe mit weiteren KämpferInnen die Stellung gehalten. Daesch griff unseren Stützpunkt an. Ich sah, wie ein Daesch-Kämpfer in einen Tunnel lief. Ich näherte mich ebenfalls dem Tunnel, um ihn zu töten.

Als ich ihn ansah, erkannte ich einen ca. 10-, 12-jährigen Jungen. Seine Waffe war größer als er selbst! – Ein Kind! – Ich wich zurück, denn ich konnte oder wollte ihn nicht erschießen. Verwirrt überkamen mich unbeschreibliche Emotionen. Was sollte ich machen?

An dieser Stelle sprach ich mit der Kommandantin am Funkgerät und sagte, ich habe den Daesch-Kämpfer gesehen. Und dass er noch ein Kind sei ... Währenddessen bemerkte uns der Junge und schoss auf uns. Zur Verteidigung kamen aus unseren Reihen auch Schüsse und er wurde getroffen.

Wir waren aufgebracht, als wir später die Leichen der Daesch-Kämpfer im Hof sammelten. Ich sah den kleinen Jungen dort und fing an zu weinen. Ich umarmte ihn und sprach weinend zu ihm:

›Was machst du mitten im Krieg? Du gehörst hier nicht hin! Ich kämpfe für dich, Kind, und nicht gegen dich!‹ Immer wieder muss ich an diesen schrecklichen Moment denken.«

Die Runde wurde noch stiller als zuvor. Nur noch das Knistern des Feuers war zu hören und man sah die ernsthaften Gesichter und die vor Wut kochenden Augen. Die kochende Wut, weil den Kindern ihre Kindheit genommen worden war.

An der Front passieren solche und hunderte andere Geschichten, die keine Erwähnung finden. Die jedoch sehr bewegend sind.

In Rojava herrscht seit 2012 ein permanenter Krieg gegen die Verteidigungskräfte der zivilen und militärischen Einheiten, der sich während der Gefechte um die Stadt Kobanê verstärkt hatte. Durch den Widerstand der Bevölkerung, der Volksverteidigungseinheiten, der starken Entwicklung in Nordkurdistan und der internationalen Solidarität und Hilfe wurde ein internationaler Widerstandsblock geschaffen. Das hat weltweit einen Einblick in das Modell der »Demokratischen Autonomie« gegeben. Ein Modell, das sich flexibel nach den Bedürfnissen der Gesellschaft, der historischen Ereignisse und der Gegebenheiten entfaltet. Denn die Menschen in Rojava kämpfen nicht nur gegen den barbarischen Daesch, sondern



»Wenn es an vorderster Front mal ruhig war, wurde ein çay (kurdisch für schwarzer Tee) aufgesetzt und sich am Feuer versammelt. In solchen Momenten wurden sehr gern Ereignisse miteinander geteilt und Lieder gesungen. Jede/r Freund/in erzählte ihre/seine Geschichte, von den verschiedenen Orten und Städten, in denen Kämpfe stattgefunden hatten, mit sehr vielen Emotionen, die uns mitrissen.« Foto: ANF

genauso gegen die Mentalität des Staates, die in einem/r selbst wiederzufinden ist. Das erste Mal seit Jahrhunderten wird ein Modell für alle ethnischen, religiösen Gruppen und Minderheiten nicht nur utopisch vorgeschlagen und träumerisch analysiert, sondern kämpferisch gelebt. Die Menschen fangen an, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Sie organisieren sich in ideologischen, kulturellen, gesellschaftlichen und militärischen Bereichen nach dem Prinzip der Demokratischen Autonomie in allen Kommunen, Kooperativen bis hin zu den Räten und schließlich zu den Stadträten.

Durch den erfolgreichen Kampf der verschiedenen Verteidigungskräfte gegen Daesch wurden viele Gebiete, Städte und Dörfer befreit. Die Niederlagen und Verluste in den Regionen schwächten dessen Kontrolle über die Gebiete und die Zahl seiner Kampfeinheiten. Die Beteiligung an den Daesch-Kräften nahm über die Jahre hinweg langsam ab, was Destabilisierung und große Misserfolge für sie mit sich brachte. Deshalb begannen sie die Häftlinge – hauptsächlich Kinder und Jugendliche – für ihre eigenen Reihen auszubilden. Sie verwendeten verschiedene Methoden, um im Land für Nachwuchs zu sorgen. Aus den hauptsächlich arabisch bewohnten Dörfern begannen sie mit der Zwangsrekrutierung von Jugendlichen für ihre eigenen Reihen. Teilweise lief das auch freiwillig.

Wie guttuend und erleichternd es für alle in der Runde doch ist, die Erfahrungen zu teilen, um gemeinsam die verschiedenen Aspekte des Krieges zu verstehen. Denn als Kämpfer/in vom Krieg getroffen oder verletzt zu sein, bedeutet nicht nur, dass eine Patrone oder ein Splitter den Körper durchdringt – die Seele, der Geist und die Emotionen werden durchdrungen.

Gezielt wurden Familien mit keinem bis wenig Einkommen angesprochen und gewonnen. Auf Familien, die eine/n Angehörige/n verloren hatten, wurde eingeredet, um sie über die Rache-Schiene zu gewinnen. Familien, die eh sympathisieren, schicken gegen einen geringen Geldbetrag ihre Kinder selbst in den Tod.

Anhand der vielen Fälle an der Front und misslungener Selbstmordaktionen wurden die Gründe für derartige Aktionen oft offen thematisiert. Viele der Betreffenden wussten nicht, warum und gegen wen sie kämpften. Ihnen war ein schönes Leben im Jenseits und den Familien eines im Diesseits versprochen worden. Zu Selbstmordattentätern/innen wurden hauptsächlich Kinder, Frauen und Alte, von denen ein solches Verhalten im Krieg nicht erwartet wird. Sie wurden für die Durchsetzung der Ziele von Daesch ausgebildet und ausgebeutet.

Nach den bewegenden Geschichten herrschte eine ernste Stimmung im Raum, in den Gesichtern ließ sich ablesen, dass die Bedeutung verinnerlicht worden war und sich mit dem Gehörten identifiziert werden konnte.

Die Erzähler/innen kostete es einige Überwindung, die eigenen Erfahrungen, Gefühle und Gedanken zu teilen. Das war in der Ernsthaftigkeit ihrer Haltung und ihrer Aufmerksamkeit zu spüren. Nach den Kommentaren, die von etlichen Zuhörern/innen abgegeben worden waren, verwandelte sich die schwere Luft in eine vertrauensvolle Atmosphäre. Erleichtert fing eine Kämpferin an, ein revolutionäres Lied zu singen. Nach und nach übertrug sich die Motivation in der Runde auf eine/n nach dem/der anderen. Alle sangen mit. Singend und klatschend verwandelten sich die Wut und Trauer in eine unbeschreibliche Entschlossenheit. Denn diese Geschehnisse und die Trauer sind Realitäten des Lebens und des Krieges. Umso entschlossener und schöner ist der Kampf dagegen.

Die Einflüsse des Krieges auf Mensch und Natur sind nicht einfach zu beschreiben.

Dieser Austausch bzw. diese Erzählungen zeigen, wie wichtig es sowohl für die Betroffenen als auch die Zuhörenden ist, über die Emotionen, das Leiden und die Realitäten im Krieg zu sprechen, dem eine Bedeutung zu geben. Zu wissen, wofür gekämpft wird, welche menschlichen Werte wir in uns tragen, die uns in verschiedenen Momenten signalisieren, dass unsere Gefühle, unser Geist, Wille, unsere Werte noch lebendig sind. Wie guttuend und erleichternd es für alle in der Runde doch ist, die Erfahrungen zu teilen, um gemeinsam die verschiedenen Aspekte des Krieges zu verstehen. Denn als Kämpfer/in vom Krieg getroffen oder verletzt zu sein, bedeutet nicht nur, dass eine Patrone oder ein Splitter den Körper durchdringt – die Seele, der Geist und die Emotionen werden durchdrungen. Daher ist der Erfahrungsaustausch eine Form von Widerstand und Stärke gegen den Feind, gegen die Kriegseinflüsse, gegen die Gefühllosigkeit in einem/einer selbst und gegen das als Selbstschutz fungierende Schweigen.

Dieser Kampf wird für den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und frauenbefreiten Gesellschaft geführt. Für die Menschheit und die Träume der Kinder! ♦

Selbstorganiserung in der Demokratischen Föderation Nordsyrien

# Es wurde ein Faden der Frauensolidarität und der Hoffnung gesponnen ...

Andrea Benario

In den Begegnungen mit Menschen, mit der Geschichte und der Natur in den Gebieten der Demokratischen Föderation Nordsyrien treffen immer wieder tiefe Widersprüche aufeinander: Tod und Leben, Dürre und Fruchtbarkeit, Leid und Freude, Zerstörung und Neuaufbau, Grausamkeit und Schönheit, Unterdrückung und Widerstand, Ängste und Hoffnungen ...

Diese Widersprüche, aber auch das Neue, das aus den Spuren verschiedener geschichtlicher Epochen und gegensätzlichen Erfahrungen entsteht, sind überall deutlich zu spüren. Anfangs schien es nicht so leicht, Akzeptanz für das Konzept der Demokratischen Nation zu finden, das nicht auf einem Nationalstaat, sondern auf einem gemeinsamen Verständnis der Selbstverwaltung auf der Grundlage von Frauenbefreiung und kultureller Vielfalt beruht. Jedoch war die »Demokratische Nation« eine Realität, die in den Gesellschaften Rojavas über Jahrtausende hinweg gelebt wurde, auch wenn sie nicht so benannt wurde. Trotz chauvinistisch-arabischer Staatsideologie, Verbot der kurdischen Sprache und Kultur in staatlichen Einrichtungen einschließlich Schulen, Krankenhäusern und Gerichten sowie Diskriminierung in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und im Alltag war und ist das kommunale Leben an vielen Orten Rojavas/Nordsyriens durch gegenseitigen Respekt und enge gemeinschaftliche Beziehungen unter den verschiedenen Nationalitäten und Glaubensgemeinschaften geprägt. Beispielsweise war und ist in der Region Hesekê Heirat zwischen KurdInnen und AraberInnen nichts Außergewöhnliches. In vielen Dörfern, in denen kurdische und arabische Familien gemeinsam leben, können beide Communities sowohl Arabisch als auch Kurdisch und benutzen beide Sprachen im Alltag. Obwohl arabische Dörfer erst im Zuge der Politik des »arabischen Gürtels« im Kanton Cizîrê angesiedelt wurden, wurden die umgesiedelten, größtenteils armen, Familien arabischer Stämme von der kurdischen Bevölkerung zumeist als Nachbarn aufgenommen und unterstützt. Auch wenn sich viele Menschen dessen nicht mehr bewusst sind, so hat auch Minbic eine lange historische Tradition, in der die Grundlagen einer frauenzentrierten Kultur und der Demokratischen Nation vorhanden sind.

»Die Gesellschaft von Minbic war immer schon durch Stammeswesen und Intellektualität geprägt. Beides gehört hier zusammen, existiert gemeinsam, aber auch parallel zueinander. Die Liebe zum Wissen und zum Lesen ist eine weitverbreitete Kultur in der Stadt. Doch das Neue ist jetzt, dass Frauen zum ersten Mal hinausgehen, zusammenkommen und einander kennenlernen. Das erzeugt eine neue Energie«, meint Ruken, eine kurdische Frau, die mit der Befreiung von Minbic am 12. August 2016 in ihre Heimatstadt zurückkehrte. An diesem Tag war letztendlich auch das Stadtzentrum durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) von der über zwei Jahre dauernden IS-Schreckensherrschaft befreit worden.

Der Name der Stadt Minbic, die bis heute von grünen Baumplantagen gesäumt ist, geht auf ihre aramäische Bezeichnung »Manbug« (Quelle) zurück. An dieser Quelle befand sich der zentrale Tempel der Göttin Atagartis. Sie wurde als Göttin der Fruchtbarkeit, der Erde und des Wassers verehrt und durch Granatapfel und Fische symbolisiert. Seit dem frühen Altertum war Minbic ein Zentrum des Göttinnenkultes und des Handels, weshalb der makedonische Feldherr Seleukos die Stadt in »Hierapolis« (Heilige Stadt) umbenannte. Der Tempel wurde 53 v. Chr. von römischen Besatzern geplündert. Im 3. Jahrhundert war die Stadt eine der größten Städte Syriens und Hauptstadt der Provinz Kommagene. Im Mittelalter wurde Minbic zum Schauplatz von Kriegen und wechselnden Besatzern: Von den christlichen Byzantinern über das islamisch arabische Kalifat der Abbasiden und türkische Seldschuken bis hin zur Eroberung durch den mongolischen Herrscher Hülegü wurde Minbic mehrfach zerstört. Nach dem Russisch-Osmanischen Krieg siedelten die osmanischen Machthaber in der Region Minbic tscherkessische Flüchtlinge an, denen sie 1879 die Neugründung der Stadt übertrugen. Hiermit beabsichtigten sie, aufständische Beduinenstämme in der Region zu kontrollieren. Seit der Gründung des Staates Syrien nach dem 1. Weltkrieg bis zum Beginn der Aufstände 2011 lebten

in Minbic AraberInnen, TscherkessInnen, KurdInnen, TurkmenInnen, Suryoye und ArmenierInnen. Danach flohen im Zuge des Krieges zuerst die christlichen, dann auch kurdische und turkmenische Familien und schließlich auch ein Teil der arabischen Bevölkerung aus der Stadt.

Minbic ist ein Spiegel der Geschichte und Kultur Mesopotamiens. Über die Epochen hinweg hat hier eine Vielzahl von Völkern und Glaubensgruppen von Ackerbau, Viehzucht und Handel gelebt. Es gab Zeiten des gemeinsamen Widerstands gegen Unterdrückung und Besatzung, Eroberungsfeldzüge und Kreuzzüge, aber auch von Verrat und Interessenkonflikten.

Trotz wechselnder Machthaber und Regime hat die Bevölkerung von Minbic viele ihrer Traditionen und das kommunale Zusammenleben bewahrt. Der Alltag unter dem Baath-Regime war weniger durch die Gesetze des zentralistisch organisierten Staatsapparats bestimmt als durch die Regeln und Gebräuche der über 60 arabischen Stämme in der Region. Hierzu gehörten Strukturen der Solidarität und Fürsorge im Alltag genauso wie feudale Stammesstrukturen. Die arabische Stammesstruktur weist sowohl eine Kultur des Widerstandes auf wie auch der Kollaboration. Die großen patriarchal organisierten Stämme neigten eher dazu mit dem Staat oder den jeweiligen Machthabern zu kollaborieren. Demgegenüber tragen kleine Stämme eher kommunale Züge und stellen eine Art »Familienorganisation« dar. Diese zwei Charaktere spiegeln sich auch in der Position wider, die Frauen in den jeweiligen Stämmen haben.

Da große Stämme ihre Macht und ihr Ansehen durch die Anzahl der ihr angehörigen Familien und Mitglieder konsolidieren, ist hier der Einfluss der Harem-Dynastie-Kultur weitaus stärker. Während Männer ihre Macht durch polygame Ehen und möglichst viele männliche Erbfolger demonstrieren wollen, werden Frauen ab der Pubertät vielen Restriktionen unterworfen. Sie werden entmündigt, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und häufig von der Bildung ausgeschlossen. Als Eigentum und »Ehre« des Vaters werden sie dem Ehemann übergeben. Als Eigentum und »Ehre« des Ehemanns ist ihre Aufgabe fortan allein, dem Mann zu dienen, zu gehorchen, Nachwuchs zu gebären und aufzuziehen. Jedoch ist auch der aufständige, nach Freiheit und Selbstbestimmung strebende Charakter der Stammeskultur in der Persönlichkeit und in den Ansichten vieler Frauen deutlich wahrnehmbar.

»Nachdem die schwarze Wolke vertrieben wurde, erblicken wir nun neu das Sonnenlicht. Und wir sehen, wie sehr wir auch zuvor gefangen waren, bevor das Unwetter über uns hereinbrach … Nach all dem, was wir erlebt haben, können wir kein Unrecht mehr akzeptieren. Bildung ist für uns wichtiger als alles andere.«

Mit diesen Worten beschreibt eine junge Frau aus Minbic ihre Gefühle nach der Befreiung von der Schreckensherrschaft des IS. Die Bevölkerung von Minbic lebte innerhalb der letzten sieben Jahre unter fünf verschiedenen Systemen. Jedes der vier vorangegangenen Regime – angefangen von der Herrschaft der Baath-Partei über die Freie Syrische Armee (FSA) und Al-Nusra bis hin zu Daesch/IS – drückte Frauen andere Normen auf, zwängte sie in andere Kleider. Al-Nusra führte die verpflichteten Frauen dazu, den Tschador zu tragen. Später zwang Daesch Frauen und Mädchen dazu, Burka und Handschuhe zu tragen. Verheiratete Frauen mussten die braune, unverheiratete Frauen und Mädchen hingegen die schwarze Burka tragen. Verstöße wurden hart bestraft und konnten sogar den Tod bedeuten. Der Kleiderkodex war zum Symbol des Unrechtsregimes und der Fremdbestimmung geworden. Deshalb feierten Frauen in vielen Dörfern und im Stadtzentrum von Minbic den Tag der Befreiung in bunten Kleidern mit dem öffentlichen Verbrennen der Burka.

## Kleider machten Frauen – Frauen machen Kleider …

Heute haben sich Frauen im System der Demokratischen Autonomie die Möglichkeit erkämpft, sich ihre eigenen Kleider zu schneidern. Doch können sie die Schnittmuster schon selbst entwerfen und die Farbe der Stoffe frei wählen? Die unterschiedlichen Kleidungsstile im Straßenbild von Minbic sind auffällig: Die Mehrheit der Frauen trägt bunte Kleider und Kopftücher. Andere tragen Hosen oder Uniformen des »Rates der inneren Sicherheit«. Aber es gibt auch Frauen, die weiterhin in schwarzen Hidschab gehüllt sind und Handschuhe tragen. Eine Mitarbeiterin von Mala Jinê, dem ersten Frauenzentrum von Minbic, meint, dass Frauen mit ihrer Kleidung demonstrierten würden, ob sie für die »Demokraten« seien oder dagegen.

In den Diskussionen und Gesprächen mit Frauen in Minbic spüre ich bei vielen ganz deutlich den Wunsch, sich selbst auszudrücken, eigene Gedanken zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen. Bei anderen stellt sich mir die Frage, ob sie nicht versuchen, neue, fertige Schnittmuster zu übernehmen und sich in das neue System einzupassen? Aber die Bewegungsfreiheit, die z. B. eine Asayîş-Uniform bietet, bietet zugleich die Chance, das Leben und die Gesellschaft – und damit auch sich selbst – aus verschiedenen Blickwinkeln kennenzulernen und zu erforschen und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft zu übernehmen. Mich beeindrucken der Mut, die Stärke, Neugier und Zuversicht, die viele Frauen ausstrahlen.

Suheyla, eine junge arabische Frau aus dem Dorf Heye Serîr (deutsch: »Kleine Schlange«) bei Minbic berichtet: »In unserem Dorf gab es einen Jugendlichen. Er war der einzige Sohn seiner Familie. Eines Tages, als Daesch die Männer in der Moschee versammelt hatte, stand er auf und sagte: ›Ich verstehe das nicht. Ihr redet von Gott, aber ihr foltert und tötet uns. Meint ihr, dass Gott das akzeptiert?‹ Daraufhin verhaftete Daesch den Jungen und seinen Vater. Dem Jungen wurde der Kopf abgeschlagen und sein Leichnam wurde drei Tage lang über dem Dorfplatz aufgehängt. Dieses Ereignis hat mich so wütend und traurig gemacht, dass ich nicht mehr wusste, was ich machen sollte. So lief ich nur mit einem roten Kleid bekleidet raus auf die Straße. Dort nahm mich eine Daesch-Patrouille gefangen. Sie schleppten mich zu meinem Onkel, der Moscheevorsteher war. Sie sagten zu ihm: ›Entweder du bestrafst sie oder wir nehmen sie mit.‹ Um mich vor Schlimmerem zu bewahren, versprach mein Onkel, mich mit einem Eisenstab zu schlagen, bis der Stab zerbrechen würde. So brachte er mich hier ins Wohnzimmer und schlug mich vor den Augen der versammelten Familie mit einem Eisenstab. Er schlug so lange auf mich ein, bis ihm die Kraft ausging. Aber weder Eisenstab noch ich zerbrach ... Da ich nach diesem Vorfall die Burka nicht mehr tragen wollte, habe ich bis zum Tag der Befreiung das Haus nicht mehr verlassen. Als die QSD in unser Dorf kamen, ging ich zum ersten Mal wieder auf die Straße. Diesmal in einem gelben Kleid.«

Heute sitzt Suheyla in demselben Wohnzimmer, in dem ihr Onkel sie geprügelt hatte, lachend in ihrem roten Kleid vor uns. Sie ist zur Kovorsitzenden des Dorfrates von Heye Serîr gewählt worden, in dem 300 Familien leben. Suheyla lebt gemeinsam mit ihrer Mutter, einigen ihrer Schwestern und Tanten in einer Art natürlichen Frauenkommune. Der Vater war vor einigen Jahren an einer Krankheit gestorben. Die Ehemänner der verheirateten Tanten und Schwestern arbeiten seit über fünf Jahren in Libyen oder in den Golfstaaten und schicken nur ab und zu etwas Geld. Ansonsten organisieren die Frauen gemeinsam ihren Alltag, die Arbeiten im Haus und in der Landwirtschaft. Suheyla selbst ist Anfang 20 und unverheiratet, was hier etwas sehr Außergewöhnliches ist. Normalerweise werden junge Frauen den Stammesgebräuchen entsprechend im Alter zwischen 12 und 15 Jahren verheiratet. Diese Praxis war in der Region Minbic nicht nur unter den arabischen, sondern auch unter den kurdischen und turkmenischen Stämmen üblich.

Berivan, eine kurdische Frau, die bei der Asayîşa Jin arbeitet, erzählt: »Bevor Daesch kam, war die Situation von kurdischen, arabischen, turkmenischen, tscherkessischen Frauen in der Region Minbic sehr ähnlich. Die Situation von Frauen in den Dörfern, wo der Druck durch patriarchale, feudale und religiöse Traditionen sehr groß war, hat sich vor und während der Daesch-Diktatur kaum voneinander unterschieden. In der Stadt hingegen waren Frauen früher freier. Sie konnten bis zum Gymnasium zur Schule gehen und hatten mehr Bewegungsfreiheit.«

Eine Tante von Suheyla war die erste Frau im Dorf, die ihre Töchter nach dem Gymnasium zum Studieren in die Großstädte Haleb und Latakya schickte. Deshalb wurde sie zunächst von der Nachbarschaft kritisch beäugt. Später folgten jedoch auch andere Familien ihrem Beispiel und ließen ihre Töchter in der Stadt studieren. Auch Suheylas Schwester Wetfa ist unverheiratet. Sie arbeitet heute als Mitglied im Legislativen Rat der Demokratischen Verwaltung von Minbic.

Doch wie ist es gelungen, innerhalb von wenigen Monaten ein Bildungssystem, eine funktionierende Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sicherheitsstruktur zu schaffen, an der alle ethnischen Gruppen und die Frauen von Minbic beteiligt sind, die zuvor aus dem öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen waren?

Selcan, eine kurdische Frau aus Minbic, die an den Aufbauarbeiten des Zivilen Rates von Minbic von Anfang an beteiligt war, erklärt dazu: »Zur Befreiung von Minbic wurden drei Offensiven parallel angegangen: 1. die militärische Befreiung und Verteidigung, 2. der Aufbau von zivilen Selbstverwaltungsstrukturen, d. h. der schrittweise Aufbau von Kommunen und Volksräten in den befreiten Dörfern, die durch die QSD befreit wurden, und 3. die Beteiligung von Frauen am Aufbau und der Verteidigung.

Anfangs war die Bevölkerung an einigen Orten noch eingeschüchtert, denn der IS hatte verbreitet, dass wir »gottlos« seien und sie alle töten würden. Als die Bevölkerung jedoch sah, dass wir mit Respekt auf sie zugingen und sie in allen Anliegen unterstützten, waren die Menschen offen und zur Beteiligung am Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen bereit. Viele Menschen hörten zum ersten Mal von den Projekten Abdullah Öcalans und waren von seinen Gedanken begeistert. Der Ansatz der Demokratischen Nation ist ein Konzept, das der Realität des Mittleren Ostens entspricht.

Zunächst lehnten die Männer die Beteiligung von Frauen an Versammlungen und das System des Kovorsitzes in ihren Kommunen ab. Als VertreterInnen des Zivilrats erklärten wir jedoch, dass wir Räte und Kommunen ohne Frauenbeteiligung und Kovorsitz nicht anerkennen würden. In vielen Einzelgesprächen leisteten wir Überzeugungsarbeit, die Erfolg zeigte. Frauen fassten mehr und mehr Mut. Männer zeigten zunehmende Akzeptanz und Respekt gegenüber dem Engagement von Frauen. Hierfür war insbesondere der Einsatz von Frauen in den kämpfenden Einheiten der Frauenverteidigungseinhei-

ten YPJ und QSD ausschlaggebend. Männer hinterfragten, dass diese jungen Frauen mutig gegen den IS kämpfen und die Mörderbanden vertreiben, während sie selbst davongelaufen waren. Zunächst argumentierten sie: ›Aber die kurdischen Frauen sind anders als unsere Frauen …‹ Dieses Argument ließen wir nicht gelten, denn kurdische Frauen haben sich vor 30 Jahren in einer sehr ähnlichen Ausgangslage befunden.

Wir versuchten, die Traditionen und Stammesstrukturen der verschiedenen Ethnien und Gesellschaften kennenzulernen, uns einander respektvoll und sensibel anzunähern. Das war ausschlaggebend für den Erfolg des Neuaufbauprozesses: Die freiheitlichen Prinzipien des Modells der Demokratischen Autonomie und der Demokratischen Nation müssen erklärt, vermittelt und in den Kontext der jeweiligen Kultur und ihrer Werte gesetzt werden. Denn wir wollen kein neues ›Regime‹ von oben oder angelehnt an militärische Macht durchsetzen. Es geht uns darum, einen schrittweisen progressiven Veränderungsprozess in der Gesellschaft zu stimulieren. Wir wollen, dass sich die Frauen und die Gesellschaft von Minbic selbst ihre Gesetze und Regeln geben. Deshalb wurden nun neben dem Zivilen Rat auch ein Legislativer Rat sowie ein Frauenrat aufgebaut.«

## Die ersten Schritte zum Aufbau autonomer Frauenstrukturen

Am 25. November 2016, d. h. nur dreieinhalb Monate nach der Befreiung, wurde das erste Frauenzentrum Mala Jinê in Minbic eröffnet. Zuerst gab es Skepsis in der Bevölkerung, dann jedoch einen Ansturm. »Bereits im ersten Monat kamen so viele Frauen, dass die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen von morgens bis abends arbeiten mussten«, berichtet Nadja, eine der Gründerinnen von Mala Jinê. Viele über Jahrzehnte hinweg andauernden Familienprobleme konnten die Mitarbeiterinnen von Mala Jinê innerhalb kurzer Zeit lösen. Dadurch bekamen sie immer mehr Anerkennung und Respekt. Sie werden nun als eine Instanz wahrgenommen, die gerechte Entscheidungen fällt. Heute kommen auch Männer zu Mala Jinê, um bei Familienproblemen nach Rat zu fragen. Bislang hat Mala Jinê 610 Anfragen und Fälle bearbeitet, wovon 285 an die Gerichtsinstanzen weitergeleitet wurden, da sie schwere Rechtsverstöße beinhalteten. Die Frauengesetze, die in den Kantonen Rojavas gelten, werden derzeit als Richtlinie genommen, wurden jedoch nicht offiziell eingeführt, da einige Punkte – wie beispielsweise das Verbot polygamer Ehen – bislang umstritten sind. Mala Jinê und der Frauenrat wollen zunächst verstärkte Bildungs- und Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung durchführen und dann gemeinsam mit den Frauen aus den Kommunen von Minbic einen Gesetzesentwurf erarbeiten. Laut der Meinung einer jungen Mitarbeiterin von Mala Jinê muss als Erstes die Heirat im Kindesalter verboten werden. Jedes Mädchen sollte wissen, dass es zu Mala Jinê gehen und Unterstützung bekommen kann, wenn ihre Rechte missachtet werden.

Ein Großteil der Anfragen, mit denen sich Mala Jinê beschäftigt, sind Scheidungsfälle aus der arabischen und der kurdischen Community. Ein Teil davon sind langjährige Probleme, die weder durch die unzulängliche Rechtsprechung des Baath-Regimes noch mittels Stammestraditionen gelöst werden konnten. Das frauenverachtende Unrechtsregime des IS hingegen erzeugte weitere Probleme. Nun haben Frauen zum ersten Mal die Möglichkeit, selbst einen Scheidungsantrag zu



Frauen von der Asayîş, in Minbic heißt das »Innere Sicherheit«, fahren Patrouille. Foto: Andrea Benario

stellen und das Sorgerecht für ihre Kinder zu behalten. Ein weiterer Grund für das große Aufkommen an Scheidungsfällen ist das frühe Heiratsalter. Des Weiteren haben alleinstehende Frauen in den vielen gesellschaftlichen Einrichtungen der Demokratischen Autonomie nun zum ersten Mal die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz und damit ein Einkommen zu bekommen. Bislang arbeiteten Frauen hauptsächlich als Lehrerinnen oder in der Landwirtschaft. Viele Frauen, die nun in der Verwaltung, im Verkehr, im Bereich der Inneren Sicherheit oder den Verteidigungskräften von Minbic arbeiten, mussten sich zunächst gegen ihre Familien durchsetzen. Doch nun sind immer mehr Frauen im öffentlichen Leben, in allen Bereichen sichtbar geworden und auch in den Familien findet ein Umdenken statt. Jedoch fehlen in Minbic immer noch ausreichende Arbeitsmöglichkeiten mit Lohnerwerb für Frauen. Denn durch den Krieg und die IS-Herrschaft ist ein Großteil der Bevölkerung verarmt. Deshalb sind Bildung, Berufsbildung und Kooperativen für Frauen dringend notwendig. In diesem Rahmen plant der neugegründete Frauenrat von Minbic nun den Aufbau einer Schneiderei-Kooperative, Frisörinnen-Kurse sowie die Eröffnung eines Kindergartens.

Das Leben von Nûr ist ein Beispiel für das vieler arabischer Frauen, die bei der Inneren Sicherheit arbeiten. Sie war in einem Dorf in der Umgebung von Minbic aufgewachsen. Im Alter von 13 Jahren hatte ihr Vater sie verheiratet. Nûr meint, dass sich die Situation von Frauen unter dem Druck des Stammessystems und unter dem IS nicht wesentlich voneinander unterschieden habe: »Ab 10 Jahren mussten Mädchen den Hidschab tragen. Heirat im Kindesalter gab es auch schon vor dem IS.« Nach der Befreiung von Minbic ließ Nûr sich scheiden. Jetzt ist sie für die Kontrollposten der Inneren Sicherheit verantwortlich und sagt mit einem Strahlen im Gesicht: »Mit der Befreiung von Minbic und meiner Teilnahme an der Asayîş bin ich wie neugeboren. Ich bin ich selbst geworden.« Sie arbeitet mit Esma zusammen, die Turkmenin und Mutter von 5 Kindern ist. Auch Esma wurde im Alter von 14 verheiratet und ist heute geschieden.

Die 23-jährige Zuka ist Araberin und für das Archiv der Frauensicherheit zuständig. Wie viele andere Menschen wusste sie bis zum Aufbau der Demokratischen Selbstverwaltung nicht, dass in Minbic außer AraberInnen noch andere Nationen und Kulturen leben. Sie erzählt: »Früher konnten Mädchen im Regelfall bis zur 9. Klasse die Mittelschule oder auch bis zur 12. Klasse das Gymnasium besuchen, wenn die Schule in der Nähe gelegen war. Unter dem IS wurde Schulbildung gänzlich für Mädchen und Jungen verboten. Der IS richtete spezielle Klassen in Moscheen ein, wo Mädchen und Jungen ihrer Ideologie entsprechend indoktriniert wurden, d. h. Mädchen und Frauen wurden insbesondere darüber unterrichtet, was für Frauen alles verboten, »haram« sei. Sie führten aus, welche Kleidung, welche Bewegungen, welches Verhalten usw. für Frauen verboten sind und welche Strafen sie dafür bekommen, wenn sie sich nicht daran halten.«

Die Tante von Zuka war eine der Frauen in Minbic, denen vom IS unterstellt worden war, sich »unzüchtig« verhalten zu haben. Dafür wurde sie gesteinigt. Bei den Steinigungen und Hinrichtungen musste die ganze Bevölkerung anwesend sein. Da den Opfern ein schwarzer Sack über den Kopf gezogen wurde, bevor sie bis zur Hüfte eingegraben wurden, wussten die Menschen nicht, um wen es sich handelte. Die Steine wurden von Daesch-Mitgliedern geworfen. Da ihre Tante trotz der vielen Steinschläge immer noch nicht tot war, wurde sie letztendlich durch ein Daesch-Mitglied erschossen. Erst als der blutüberströmte, zertrümmerte Leichnam ihrer Tante zur Schau gestellt wurde, wussten sie, um wen es sich gehandelt hatte.

Es gab eine besondere Organisation der IS-Frauen. Das waren zumeist Frauen, die von »draußen«, aus anderen Teilen Syriens, arabischen Ländern und der Türkei, gekommen waren und versuchten, Frauen aus Minbic und der Umgebung zu rekrutieren. Sie gingen in Familien und hielten nach »schönen« Mädchen und jungen Frauen Ausschau, die sie als »Bräute« für Daesch-Kämpfer anwerben konnten. Manche nahmen sie auch zwangsweise mit. Diese Frauen sammelten auch Geld für Daesch, nahmen Frauen ihren Goldschmuck ab und bestraften Frauen, die gegen die Kleider- und Verhaltenskodexe verstoßen hatten, berichtet Sozdar. Sie ist eine der jungen Frauen, die im Alter von 13 Jahren zwangsweise mit einem IS-Anführer als Zweitfrau verheiratet wurde. Neben sexueller Ausbeutung schulte sie ihr »Ehemann« für einen Selbstmordanschlag gegen »Ungläubige«. Als sie vor wenigen Monaten mit diesem Auftrag in einen kurdischen Stadtteil von Heleb/Aleppo geschickt wurde, gelang ihr die Flucht. Heute lebt sie unter dem Schutz einer Fraueneinheit der Verteidigungskräfte von Minbic.

## Mutige Frauen

Die erste Frau, die sich aus Minbic noch vor der Befreiung den YPJ angeschlossen hatte, war Şehid Zîlan (Sara Suleyman). »Zilan hatte von klein auf eine widerständige, freie Persönlichkeit«, sagt ihre Schwester Şîlan, die heute Kovorsitzende des Verteidigungsausschusses des Rats von Minbic ist. Şîlan und Zîlan waren beide gern zur Schule gegangen, bis der IS die Schulen verbot. Als die Gefechte zur Vertreibung des IS auf dem Höhepunkt waren, schloss sich Zîlan den Frauenverteidigungseinheiten an. Sie war damals 14 Jahre alt, 9 Monate später fiel sie als erste Frau aus Minbic bei einem Mörserangriff des IS auf ihre Stellungen.

Ihre Mutter Henan ist Palästinenserin und wie Şîlan meint »eine mutige Frau«. Sie war in einem palästinensischen Flüchtlingslager in Damaskus zur Welt gekommen und aufgewachsen. Ihre Familie war im Kampf für die Befreiung Palästinas engagiert. Deshalb war es für Henen nichts Außergewöhnliches, bewaffnet kämpfende Frauen zu sehen und respektierte den Entschluss ihrer Tochter Zîlan. Jedoch war es für sie nicht leicht gewesen, als sich dann auch noch ihr Sohn Şêro und ihre Tochter Şîlan den Verteidigungskräften anschlossen. Auch Şêro fiel kurze Zeit später im Kampf gegen die IS-Mörderbanden. Şîlan entgegnet: »Welche Möglichkeit zum Widerstand gibt es sonst? Als der IS die Stadt besetzte, gab es einen Aufstand. Frauen waren auch dabei. Einige legten öffentlich die Burka ab. Aber danach wurden alle ermordet. Eine andere Frau beging aus Protest gegen den IS Selbstmord. Aber selbst das wurde grausam bestraft. Acht Stunden lang blieb ihr Leichnam in den Händen von Daesch, wurde gefoltert und vergewaltigt.«

Um sich für die Verbrechen zu rächen und den IS gänzlich aus dem Land zu vertreiben, schließen sich immer mehr arabische Frauen von verschiedenen Stämmen aus den Regionen Tabqa, Raqqa und Minbiç den Einheiten des Militärischen Rates von Minbic an, der Bestandteil der QSD ist. Durch die politische und militärische Ausbildung gewinnen sie an Selbstvertrauen. Sie fangen an, das Schweigen zu brechen, das immer noch auf vielen Frauen lastet: »Beim Abzug aus Minbic – Richtung Cerablus – entführte der IS viele Frauen und Mädchen. Aber bis heute suchen die meisten Familien nicht nach ihren verschwundenen Töchtern. Sie erklärten sie als ›tot‹ oder ›nicht existent‹. Das Schweigen der Frauen ist einerseits Ausdruck des feudalen ›namus‹-Ehre-Verständnisses der patriarchalen Gesellschaft. Andererseits wollen Frauen auch einfach vergessen, was passiert ist. Zudem gibt es in Teilen der arabischen Bevölkerung immer noch Angst davor, dass Daesch eines Tages zurückkehren könnte.«

***

Nachdem auch die Stadt Tabqa befreit wurde, schreitet die finale Phase der Operation zur Befreiung von Raqqa in diesen Tagen mit großem Tempo voran. Hunderttausende Menschen, die in die Region Minbic und andere von den Demokratischen Kräften Syriens befreiten Gebiete geflohen sind, warten sehnsüchtig auf die Nachricht, in ihre Dörfer und Städte zurückkehren zu können. In den Medienberichten ist zumeist hauptsächlich von den militärischen Entwicklungen die Rede. Doch während die KämpferInnen der QSD Dorf für Dorf, Straße für Straße, Haus für Haus von der Schreckensherrschaft des IS befreien, beginnen unter den Bedingungen des Krieges zugleich der Neuaufbau und ein neuer Aufbruch der Frauen. Frauen, die entschlossen sind, die Schnittmuster ihrer neuen Kleider selbst zu entwerfen, ihre Farben selbst zu wählen und den Stoff dafür zu weben. Denn es wurde ein Faden der Frauensolidarität und der Hoffnung gesponnen, der Verbindungen und Mut geschaffen hat. ♦



Hevala Şîlan: »Welche Möglichkeit zum Widerstand gibt es sonst? Als der IS die Stadt besetzte, gab es einen Aufstand. Frauen waren auch dabei. Einige legten öffentlich die Burka ab. Aber danach wurden alle ermordet. Eine andere Frau beging aus Protest gegen den IS Selbstmord. Aber selbst das wurde grausam bestraft. Acht Stunden lang blieb ihr Leichnam in den Händen von Daesch, wurde gefoltert und vergewaltigt.« Foto: Andrea Benario

## Über den Internationalismus in der kurdischen Freiheitsbewegung

# Die PKK hat die Vorreiterrolle des demokratischen Sozialismus inne

Duran Kalkan, Serxwebûn Februar 2017

Zweifellos hängt der Erfolg einer Revolution auch davon ab, dass Theorie und Praxis sowohl national und regional wie auch international entwickelt und umgesetzt werden.

Keine Revolution kann sich von ihrer Region und den internationalen Kämpfen losgelöst begreifen und allein national erfolgreich sein. Das wäre ein sehr beschränktes und nationalistisches Denken. Natürlich können auch ohne regionalen und ausschließlich mit internationalistischem Bezug keine revolutionäre Theorie und Praxis entwickelt werden. Der Gefahr, diesen beiden Fehlern aufzusitzen – dem Nationalismus und der dogmatisch und theorielastig daherkommenden »internationalistischen« Haltung –, sind alle revolutionären Bewegungen ausgesetzt, die sich auf nationale, klassen- und geschlechterbasierte Widersprüche stützen. Insbesondere in den nationalen Befreiungsbewegungen hat sich die enge nationale Linie als prägend gezeigt und für den Erfolg war es entscheidend, nicht in lokale, nationale Engstirnigkeit zurückzufallen.

Diese allgemeine revolutionäre Richtlinie ist ohne Zweifel auch für die Revolution Kurdistans und die Entwicklung der PKK gültig. Im Kampf der PKK – als ein Kampf um die Freiheit und Existenz für ein Land und eine Gesellschaft, die sprichwörtlich wie Kurdistan zerteilt sind, deren Name und Identität verboten und mit Verleugnung und Vernichtung konfrontiert sind – war die richtige Entwicklung sowohl der nationalen als auch der internationalen Aspekte zwingend. Die PKK hat es mehr als alle anderen ideologisch-politischen Strömungen in Kurdistan geschafft, sowohl die nationalen wie auch die internationalen Aspekte des Kampfes erfolgreich zu entwickeln und Kurdistan als einen Teil des globalen Kampfes der Freiheitsbewegungen zu begreifen. Für diese Entwicklung haben die kreativen und alle Aspekte des Kampfes umfassenden Analysen des Vorsitzenden Apo und sein tiefer Respekt vor jeder demokratischen Haltung eine maßgebliche Rolle gespielt.

Der Kampf gegen den Faschismus von IS und AKP/MHP wird von der Jugend, den Frauen und allen Unterdrückten auf der ganzen Welt aufmerksam und solidarisch verfolgt. So wie die PKK anfangs zu ihrer Entstehungszeit ihre Lehren aus den revolutionären Kämpfen der Völker der Welt zog, so ziehen heute die Völker, Unterdrückten, Frauen und Jugend auf der ganzen Welt ihre Lehren aus der revolutionären Praxis der PKK.

Wir müssen den internationalistischen Charakter der PKK-Bewegung hervorheben, um ihre regionale und internationale Bedeutung zu begreifen und wenn möglich über die Vermittlung der theoretischen und praktischen Erfahrungen den Weg zu neuen freiheitlichen und demokratischen Entwicklungen zu ebnen.

### Kurdistan ist das Land, das als Letztes von der sozialistischen Ideologie und dem nationalen Befreiungskampf erreicht wurde

Um erfolgreich zu sein, muss jede Revolution national als auch international sein. Aber in einem Land wie Kurdistan gibt es weitere Besonderheiten. Bei der Betrachtung des Internationalismus der PKK ist es sinnvoll, auf zwei Bedingungen und eine Konsequenz näher einzugehen.

Die erste Grundlage sind die Bedingungen, aus denen die PKK hervorgegangen ist. Die Besonderheiten Mitte der 1970er Jahre sind bekannt. In dieser Phase sind weltweit die sozialistischen und nationalen Befreiungsbewegungen am stärksten. Sie

beeinflussen die Menschheit auf der ganzen Welt. Im Grunde ist Kurdistan eines der letzten Länder, das von der sozialistischen Ideologie und dem nationalen Befreiungskampf erreicht wurde. Vielleicht sogar das letzte. Dies ist nicht verwunderlich. Denn das System der Vernichtung und Verleugnung sowie das hundert Jahre andauernde Genozidregime, das Kurdistan aufgezwungen wird, sind weltweit beispiellos. Wir sprechen hier von einer politisch-militärischen Phase, in der eine Identität verboten, von der Welt isoliert, ihre Verbindung zu allen globalen Entwicklungen getrennt wird und durch Genozid vernichtet werden soll. Während also die gesamte Menschheit die Ideen des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen aufgreift und sich auf dieser Grundlage entwickelt und sogar die schwächsten Gesellschaften große nationale Befreiungskämpfe entfalten, bleibt Kurdistan lange Zeit dieser Entwicklung fern.

Die zweite spezifische Entstehungsbedingung der PKK ist die Tatsache, dass diese Isolation Anfang der 1970er Jahre zu bröckeln begann. Dafür gab es viele Gründe. Einer der grundlegenden ist das neue Kolonialisierungssystem, das vom System der kapitalistischen Moderne mit den USA als Vorreiter entwickelt wurde. Das Verlangen des globalen Kapitals und des ihm verbundenen türkischen Monopolkapitals nach Ausbeutung der Ressourcen und Reichtümer in Kurdistan spielte dabei eine wichtige Rolle. Daneben müssen wir auch den zunehmenden Einfluss der auf der ganzen Welt sich entwickelnden revolutionären Bewegungen auf Kurdistan erkennen. Ohne Zweifel gab es starke Einflüsse der 1968er Revolutionsbewegung der Jugend und des auf dieser aufbauenden revolutionären Jugendwiderstands der Türkei 1971. Daneben hatten auch die siegreichen nationalen Revolutionen der sozialistischen Bewegungen in Vietnam, Kuba und Afrika Mitte der 1970er einen Einfluss. (…)

## Der Internationalismus in der PKK

Vor diesem Hintergrund ist die Organisations- und Aktionslinie der PKK entstanden. Die reformistischen, kleinbürgerlichen und nationalistischen Strömungen in der kurdischen Gesellschaft blieben beschränkt auf nur aus Kurd*innen beste-




Internationalist*innen in Rojava live zugeschaltet auf der Hamburger Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III«. Foto: Babak Bataghva

hende Gruppen oder Organisationen, weil sie sich nur auf den kurdischen Nationalismus stützten. Die PKK hingegen hatte zwar von Anfang an ihre Basis unter kurdischen intellektuellen Jugendlichen, hieß aber mit großer Selbstverständlichkeit türkische und zunehmend aus der ganzen Welt kommende Revolutionär*innen willkommen. Das theoretische Verständnis, die ideologisch-politische Linie und Organisationsstruktur der PKK waren offen dafür. Sie stützte sich nicht auf einen engen kurdischen Nationalismus, sondern nahm die nationale und gesellschaftliche Befreiung aller Unterdrückten zur Grundlage. Folglich konnten alle, die für die Werte Freiheit und Demokratie kämpfen wollten, in der PKK Platz und Möglichkeiten zum Beitritt und zum Kampf finden.

(…) So ist der Vorsitzende Apo in der Phase der Gründung der ideologische Gruppe und der Entwicklung der ideologisch-politischen Linie diesen Weg zusammen mit den Genossen Haki Karer und Kemal Pir gegangen. Er hat nicht versäumt, mit ihnen zusammen gemeinsame revolutionäre Überlegungen zu schaffen und an der Entwicklung einer ideologisch-politischen Linie zu arbeiten, die die Freiheit Kurdistans vorsah. Noch in der ideologischen Gruppenphase in Ankara bot er nichtkurdischen Revolutionär*innen in den Strukturen Platz und bei der Rückkehr nach Kurdistan und der Parteiwerdung war die PKK immer offen für den Anschluss von Revolutionär*innen verschiedenster Nationen.

Diese Offenheit der politischen Linie der PKK rührte daher, dass sie als Bewegung die revolutionären Erfahrungen der Völker der Welt in der Mitte der 1970er Jahre nach Kurdistan trug. Sie betrachtete die vietnamesische und die kubanische Revolution, die Revolutionen in Afrika, die Oktoberrevolution und die 68er-Bewegung in Europa als eigene Revolution und bestimmte daraus ihre revolutionäre Aufgabe in Kurdistan. Sie zog ihre Lehren aus ihren reichen revolutionären Erfahrungen und versuchte, Kurdistan zu analysieren und ihre Theorie und Praxis der Freiheit in Kurdistan zu entwickeln. Die PKK wurde zu einem kurdischen Arm der weltweiten Erhebung. Sie nahm die internationalen Erfahrungen und trug sie auf die nationale Ebene. Das war der Internationalismus der PKK zu ihrer Gründungszeit. Deshalb werden heute die Entwicklungen in Kurdistan von den Völkern und Unterdrückten der Welt mit großem Interesse verfolgt.

Der Kampf gegen den Faschismus von IS und AKP/MHP wird von der Jugend, den Frauen und allen Unterdrückten auf der ganzen Welt aufmerksam und solidarisch verfolgt. So wie die PKK anfangs zu ihrer Entstehungszeit ihre Lehren aus den revolutionären Kämpfen der Völker der Welt zog, so ziehen heute die Völker, Unterdrückten, Frauen und Jugend auf der ganzen Welt ihre Lehren aus der revolutionären Praxis der PKK. Sie betrachten deren Kampf als ihren eigenen. In den 1970er Jahren entstand die PKK als eine Bewegung, die die Kämpfe aller anderen Völker als den ihren betrachtete. So hat sie die geschwisterliche und internationalistische Einheit und Solidarität geschaffen. Deshalb betrachten heute alle Völker und Unterdrückten die Erfahrung der PKK als ihre eigene Praxis und Erfahrung. Sie kommen zur PKK und kämpfen mit ihr zusammen.

(...)

## Der internationalistische Charakter der Rojava-Revolution

Die Revolution in Rojava repräsentiert den internationalistischen Charakter der PKK am besten. Zwei Aspekte machen sie zu einem internationalistischen Anziehungspunkt. Erstens der Widerstand gegen den IS-Faschismus. (…) Zweitens die von der Rojava-Revolution getragene ideologisch-politische Linie und die von ihr entwickelte neue Gesellschaftsstruktur. Wir bezeichnen sie als Struktur der demokratischen Nation. Solch ein Nationenaufbau geschieht auf der Linie des demokratischen Konföderalismus oder der demokratischen Autonomie. Der Vorsitzende Apo sagte: »Die demokratische Nation ist der wirksamste Weg zum Sozialismus.« Das ist ein Ergebnis der Suche nach einer Lösung für die kurdische Frage, die schwerste und komplizierteste Frage auf der Welt. Der Vorsitzende Apo hat es als Lösungsmodell für die kurdische Frage vorgeschlagen, hat aber auch betont, es könne ein Lösungsmodell für alle gesellschaftlichen Probleme sein. Er hat dargelegt, dass mit dieser Methode die Frage der Freiheit der Frau, alle religiösen und nationalen Fragen sowie die Entwicklung demokratischen Widerstands gegen klassenbasierte Unterdrückung gelöst werden können. Denn dieses Modell hat das freie Individuum zur Grundlage, das innerhalb der demokratischen Gemeinschaften seinen Platz einnimmt. Die individuelle Freiheit fußt auf der demokratischen Gesellschaft, auf dem demokratischen Kommunalismus, verwirklicht sich in demokratischen Gemeinschaften zusammen mit der demokratischen Kommune. (...)

Nach den Erfahrungen des Realsozialismus tragen die revolutionären Aktivitäten in Rojava in sich die Kapazität einer besonders wichtigen Erfahrung für die demokratische sozialistische Gesellschaft. (…) Das macht ihre weltweite Anziehungskraft aus. Es besteht ein großes Interesse, die Entwicklung in Rojava kennenzulernen und zu begreifen, die Lehren aus dieser Revolution aufzunehmen und weiterzutragen. In diesem Sinne hat sowohl der Widerstand gegen den IS-Faschismus als auch der Aufbau einer neuen Gesellschaft die Kapazität, die Freiheitsrevolution in Kurdistan bekanntzumachen und zu verbreiten. Dies drückt deren internationalistischen Charakter aus. ♦

Der Widerstand gegen den destruktiven Ilısu-Staudamm geht weiter

# Geschichte einfach so versetzen?

Ercan Ayboga, Initiative zur Rettung von Hasankeyf, Juni 2017

Am 12. Mai 2017 wurde das Zeynel-Bey-Mausoleum in Hasankeyf (kurdisch Heskîf) nach zwei Jahren Vorbereitung, Diskussion und Widerstand in ein Gebiet außerhalb des geplanten Ilısu-Stausees versetzt. Damit wird das kontrovers diskutierte Ilısu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt wieder in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Seit knapp zwanzig Jahren versucht der türkische Staat, dieses für ihn strategisch wichtige, aber für die Bevölkerung in vielerlei Hinsicht katastrophale Projekt am Tigris in Obermesopotamien zu realisieren.

Begleitet von einem großen Polizeieinsatz hat das Konsortium aus der türkischen Er-Bu Inşaat und der niederländischen Bresser Eurasia BV das 550 Jahre alte berühmte Mausoleum in den geplanten »Archäologie-Park Hasankeyf« neben dem im Bau befindlichen »Neu-Hasankeyf« versetzt. Ein wichtiges Monument des seit über 10 000 Jahren ununterbrochen besiedelten Hasankeyf am Dicle (Tigris) in Nordkurdistan wurde ohne Weiteres umgesiedelt und dies der Öffentlichkeit als Rettung kulturellen Erbes angepriesen. Seit Wiederaufnahme des Ilısu-Projekts im Jahre 2005 bestand ein Teil der staatlichen Propaganda aus der Behauptung, mit dem Ilısu-Projekt würde Hasankeyf gerettet werden. Denn ohne dieses Projekt würde es keine Gelder für die Ausgrabungen, Forschungen und die Versetzung von Monumenten zur Rettung von Hasankeyf geben. Ohne Gelder würde in Hasankeyf nichts weiter passieren und die Monumente würden von der ortsansässigen Bevölkerung immer mehr zerstört werden. So sehr kann ein Staat die Menschen beleidigen und von der eigenen Verantwortung abzulenken versuchen! Wie in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in der »Republik Türkei« zeigt diese türkische Regierung eine makabre Offenheit, ohne aber dass dies selbst von der linken und kritischen Öffentlichkeit ernsthaft wahrgenommen wurde.

Das Zeynel-Bey-Mausoleum sticht von Êlih (Batman) kommend sehr heraus und gehört zum wohlbekannten Bild von Hasankeyf. Es ist ein architektonisches Meisterwerk, weil zur Zeit seines Baus eine Keramiktechnik verwandt wurde, die westlich des Zagros-Gebirges einmalig war. Dieses Mausoleum gehört zu den acht Monumenten in Hasankeyf, die laut Plan der türkischen Regierung versetzt werden sollen. Nach dem Mausoleum sollen nun der Reihe nach die anderen sieben Monumente, darunter ein Hamam und eine Moschee, folgen. Die imposanten drei Brückenpfeiler der antiken Brücke sollten zunächst auch versetzt werden, doch davon wurde Abstand genommen, als die technische Undurchführbarkeit offensichtlich wurde. Jetzt wird es mit Steinen ummauert, um es vermeintlich zu schützen, wenn der Stausee kommen sollte.

Seit zwei Jahren gibt es zum Zeynel-Bey-Mausoleum eine öffentliche kritische Debatte. Vor allem die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* hat dieses wahnsinnige Projekt immer wieder in die Öffentlichkeit getragen. Zunächst ging es um die Vergabe des Projekts an das Konsortium, das bestehende Gesetze und Regeln unterlaufen hat. Die lokale Architektenkammer wendet sich seit Jahren gegen das Ilısu-Projekt und stellte ein für das Procedere notwendiges Dokument nicht aus. Wie dies hintergangen wurde, ist bis heute trotz Anfragen nicht bekannt. Zwar wurde Anfang 2016 publik, welches türkische Unternehmen – nämlich Er-Bu Inşaat – die Versetzung planen und durchführen soll. Doch wurde bis Ende 2016 verschwiegen, welche internationalen Unternehmen dabei sind. Dies war und ist entscheidend, da weder Er-Bu Inşaat noch andere türkische Unternehmen ansatzweise Erfahrung mit dem Versetzen von Monumenten haben. So konnte eine Kampagne gegen die Bresser Eurasia BV und gegen das griechische Unternehmen Korres erst sehr spät begonnen werden – als vor Ort die Vorbereitungen zur Versetzung begannen. Korres gab auf Anfrage kritischer griechischer Organisationen gleich bekannt, dass sie nicht am Projekt beteiligt seien. Bresser leugnete es nicht, gab sich aber auch keine Mühe, auf irgendein Gespräch einzugehen. Erst auf Druck von Organisationen aus Nordkurdistan und von europäischen Gruppen war Bresser bereit, ein Gespräch zu führen. So viel zu hohen Standards bei international agierenden europäischen Unternehmen, die sich in der Öffentlichkeit mit einer hohen sozialen Verantwortung darstellen. Die meisten sind skrupellos und denken nur an den

Profit, wenn es darum geht, irgendwo anders kulturelles Erbe »mal eben« zu versetzen.

Ob die Versetzung zu Schäden am Monument geführt hat, ist unklar. Das hatte die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* zusammen mit weiteren Organisationen wie *Hasankeyf Matters*[1] und *Save the Tigris and Iraqi Marshes Campaign*[2] zur Sprache gebracht. Es gibt Berichte, wonach die Kuppel Risse bekommen haben soll. Das werden wir irgendwann erfahren, das kann aber noch Jahre dauern.

Nach der Verkündung des Ausnahmezustands im gesamten türkischen Staat im Sommer 2016 wurde es sowohl für die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* als auch die meisten anderen zivilen Organisationen fast unmöglich, Demonstrationen durchzuführen. Insbesondere für Nordkurdistan gilt das. Die Repression ist so stark, dass viele Menschen sogar beim bloßen Aufenthalt am Mausoleum oder in Hasankeyf von der Polizei beobachtet werden. Nur wenige Tage vor der Versetzung des Zeynel-Bey-Mausoleums wurde der Journalist und Fotograf von National Geographic, Mathias Depardon, der seit zwei Jahren eine große Reportage zu Hasankeyf vorbereitet, in Hasankeyf inhaftiert und einen Monat später ausgewiesen. Und Letzteres erst, nachdem der neue französische Präsident Macron interveniert hatte. Zuvor war ein anderer deutscher Fotograf in Hasankeyf für Stunden festgehalten und seine Bilder waren gelöscht worden. Er hatte wie viele andere Touristen einfach Fotos geschossen. So viel zur Presseunfreiheit in der Kolonie Nordkurdistan!

Eine Klage der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* vom Sommer 2016 zum Stopp des Projekts zur Versetzung des Zeynel-Bey-Mausoleums wurde nur zwei Monate später abgewiesen. Das Kultusministerium hat in Zusammenarbeit mit der staatlichen Wasserbehörde DSI zwei Dutzend Seiten Text zusammengetragen, warum das Projekt fortgeführt werden solle. Eine Verhandlung wurde nicht einmal angesetzt. Die wenigen von der AKP halbunabhängigen Richter wurden bekanntermaßen entweder aus ihren Positionen entfernt oder so sehr eingeschüchtert, dass eine Entscheidung gegen die Regierung unvorstellbar geworden ist. Wenn es doch passierte, wüteten AKP-Politiker öffentlich so lange, bis der kritisierte Beschluss rückgängig gemacht und in sein Gegenteil verkehrt wurde.

Neben dem Zeynel-Bey-Mausoleum ist die Umsiedlung der Menschen aus Hasankeyf nach Neu-Hasankeyf ein Thema, für das sich die Presse sehr wenig interessiert. Im Oktober 2016 wurde bekannt, welche Einwohner von Hasankeyf eine Wohnung in Neu-Hasankeyf kaufen dürfen. Nur ein Drittel der Anträge wurde durch die DSI angenommen. Die anderen Bewohner fielen durch, weil sie keine Kinder haben oder nicht immer durchgehend in Hasankeyf gelebt hätten bzw. die notwendigen Dokumente nicht zeigen können. Seit Jahren ging es darum, wer wie in Neu-Hasankeyf leben soll. Die Bevölkerung von Hasankeyf hat sich lange mehrheitlich gegen das Ilısu-Projekt gestellt – wenn auch nicht immer eindeutig und offensiv genug –, doch mit dem Voranschreiten des Projekts zeigen sie sich daran interessiert, wie das Leben in Neu-Hasankeyf aussehen soll. Lange wurde die Bestimmung derjenigen Menschen, die in Neu-Hasankeyf leben sollen, verhindert bzw. verschoben – auch durch Klagen durch die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf*. Vor wenigen Wochen wurde der Bau von etwa 1000 Wohnungen in Neu-Hasankeyf begonnen, die 2018 bezugsfertig sein sollen.

Neben dem Zeynel-Bey-Mausoleum ist die Umsiedlung der Menschen aus Hasankeyf nach Neu-Hasankeyf ein Thema, für das sich die Presse sehr wenig interessiert. Im Oktober 2016 wurde bekannt, welche Einwohner von Hasankeyf eine Wohnung in Neu-Hasankeyf kaufen dürfen. Nur ein Drittel der Anträge wurde durch die DSI angenommen.

Sehr problematisch ist, dass die Bewohner von Hasankeyf für ihre bestehenden Wohnungen in Hasankeyf maximal die Hälfte des Kaufpreises der neuen Wohnungen in Neu-Hasankeyf bekommen haben, sich also durch die erzwungene Umsiedlung verschulden. Das zweite große Problem ist, dass den Menschen von Seiten des Staates keine Einkommensmöglichkeiten angeboten werden.

Der Bau des Staudamms dürfte weitgehend abgeschlossen sein. Problematisch scheint es beim Kraftwerk zu sein, doch darüber gibt es öffentlich keine Informationen. An der großen Brücke bei Hasankeyf wird immer noch gebaut. Die Entschädigung der Menschen in einer Reihe von Dörfern ist nicht abgeschlossen, viele Widersprüche der Betroffenen werden immer noch bearbeitet. Auch in Hasankeyf gibt es mehrere Dutzend Menschen, die gegen die Enteignung ihrer Güter geklagt haben. Die Welle der Klagen von Betroffenen wird allenfalls zu einer Verzögerung führen. Trotz der weitgehenden Kontrolle der Justiz durch die AKP-Regierung wird durch die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* überprüft, welche weiteren

1 Siehe: www.hasankeyfmatters.com

2 Siehe: www.savethetigris.org



Das Zeynel-Bey-Mausoleum in Hasankeyf (kurdisch Heskîf) wurde nach zwei Jahren Vorbereitung, Diskussion und Widerstand in ein Gebiet außerhalb des geplanten Ilısu-Stausees versetzt. Foto: Ercan Aybogan

Verfahren möglich sind bzw. wie das Ilısu-Projekt stärker ins Gespräch gebracht werden kann.

In Irak wird unterdessen die Kampagne *»Save the Tigris and Iraqi Marshes«* fortgesetzt, und das mit neuem Schwung. In Städten wie Bagdad und Silêmanî werden fortlaufend Veranstaltungen und andere Aktivitäten durchgeführt, um die irakische Öffentlichkeit zu sensibilisieren und die irakische Regierung aufzufordern, gegen die türkische Regierung wegen des Baus des Ilısu-Staudamms vorzugehen. Nach fünf Jahren Kampagne ist die öffentliche Wahrnehmung der Wasserfrage wichtiger denn je. Die Aufnahme der südirakischen Sümpfe in die Welterbeliste der UNESCO hilft dabei.

Die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf*, die *Ökologiebewegung Mesopotamiens*, *Save the Tigris and Iraqi Marshes*, Gruppen aus Westiran (Ostkurdistan) und einige internationale Gruppen haben vor Kurzem beschlossen, im Frühjahr 2018 das erste Mesopotamische Wasserforum zu organisieren. Zum ersten Mal in der Geschichte sollen zivile Akteure aus ganz Mesopotamien zusammenkommen, um die bestehende Wasserpolitik der vier Staaten (insbesondere der Türkei) zu kritisieren und aus ihrer Sicht eine neue demokratische und ökologische Wasserpolitik einzufordern.

Der Widerstand gegen das Ilısu-Projekt muss unter allen Umständen fortgesetzt werden. Aus prinzipiellen Gründen und weil im Mittleren Osten die politischen Konstellationen und Entwicklungen nie genau vorherzusagen sind. Die AKP wird nicht für immer herrschen. Die Frage ist, wann sie gehen wird. Bis dahin muss die Flutung des Tigris-Tals und von Hasankeyf verhindert werden. ♦

***

Informationen auf Türkisch und Englisch zum Ilısu-Projekt von der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* gibt es unter dem Link: www.hasankeyfgirisimi.net

Mittlerweile hat die *Ökologiebewegung Mesopotamiens*, zu der die Initiative zur Rettung von Hasankeyf gehört, eine neue Website: www.mezopotamyaekoloji.org

Im Juli treffen sich die selbst ernannten HerrscherInnen der Welt in Hamburg

# Allein die Einladung Erdoğans ist Unterstützung für seine Politik

Interview mit Yavuz Fersoğlu, Vorstandsmitglied des Demokratischen Gesellschaftszentrums für Kurdinnen und Kurden in Deutschland (NAV-DEM)

**Zum G20-Gipfel laden die selbst ernannten HerrscherInnen der Welt im Juli nach Hamburg. Für die Bevölkerung in Hamburg wird das den Ausnahmezustand bedeuten. Zehntausende sogenannte »Sicherheitskräfte« werden das Treffen absichern, denn die Erdoğans, Trumps und Putins, und wie sie alle heißen, werden von einem Großteil der Bevölkerung nicht herzlich willkommen geheißen. Auch NAV-DEM ruft zur Beteiligung an den Protesten auf – wie auch zur Teilnahme am Gegengipfel. Wir sprachen mit dem Vorstandsmitglied von NAV-DEM, Yavuz Fersoğlu, über ihre Einschätzung zum G20-Gipfel und ihre Beteiligung an den Gegenaktivitäten.**

**Kannst Du uns erklären, was das Treffen der G20-Staaten im Juli in Hamburg für die kurdischen Gesellschaften bedeutet?**

Auch für die kurdischen Gesellschaften bedeutet G20 weitere Ausbeutung besonders des Südens, der sogenannten Dritten Welt, die Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen, der Ressourcen, die Vermarktung und Zerstörung der Umwelt, denn ihre Politik, die sie weltweit betreiben, basiert nur auf noch mehr Wachstum, ohne dabei Rücksicht auf Mensch, Natur und Tier zu nehmen. Dass dies inzwischen zu einem Problem geworden ist, ist von allen erkannt worden. Eine solche Entwicklung ist für Mensch und Natur nicht von Vorteil, aber der Wille, auf Profit zu verzichten, ist nicht vorhanden, und der Preis, den wir dafür zu zahlen haben, wird gerade von den VertreterInnen der G20-Staaten immer weiter in die Höhe getrieben. Profitmaximierung, das ist für die Kurdinnen und Kurden, wie für alle Menschen weltweit, ein Problem.

**Wird dieses Treffen der G20-Staaten in Hamburg direkte Auswirkungen auf Kurdistan selbst haben?**

Ich denke schon, denn in ihrem Kreise sitzt auch der Staatspräsident der Türkei, Erdoğan, der sich ja selbst zum Feind der Kurdinnen und Kurden erklärt hat. Für seine Politik in Nordkurdistan, im türkisch besetzten Teil, wie auch für die in den anderen drei Teilen Kurdistans, wird er hier hofiert und unterstützt. Allein seine Anwesenheit ist schon Unterstützung für sein System. Und wir wissen auch, dass Regierungen der G20-Staaten, von denen ja etliche Mitglied in der NATO sind, schon immer das türkische System im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung unterstützt haben, allen voran Deutschland mit Waffen, mit finanzieller und auch politischer Unterstützung sowie mit dem Verbot der kurdischen Organisationen hier.

Für seine Kriegspolitik gegen die kurdische Befreiungsbewegung, gegen die kurdische Bevölkerung, für seine Besatzungspolitik im Mittleren Osten wird Erdoğan auch bei diesem Gipfel werben und er wird die Unterstützung dafür auch erhalten, denn sonst ist es nicht zu erklären, warum er zu diesem Treffen eingeladen wurde. Wir müssen auch daran denken, was bei Erdoğans Besuch in Washington passiert ist, als seine Gorillas, seine Bodyguards, seine Spezialeinheiten gegen friedlich demonstrierende Menschen äußerst brutal vorgegangen sind. Allein seine Anwesenheit stellt ein großes Sicherheitsproblem dar. Wenn die deutschen VeranstalterInnen wirklich so sehr auf Sicherheit bedacht sind – wie sie immer wieder kundtun –, dann müssen sie Erdoğan ausladen, was politisch richtig wäre und was wir auch fordern.

**Ist NAV-DEM Mitveranstalter der Proteste in Hamburg?**

Wir sind von Anfang an als NAV-DEM dabei. Wir wollen, dass eine politische Manifestation hier zum G20-Gipfel zum Ausdruck gebracht wird. Wir können aufzeigen, dass es Alternativen zur Politik der G20-Staaten gibt. Das, was die kurdische Bewegung, die Bevölkerung in Rojava zurzeit aufbauen, nämlich eine geschlechterbefreite, ökologische, gleichberechtigte und selbstorganisierte Gesellschaft, die nicht auf Profit aus ist, ist ein Alternativmodell zur G20. Deshalb war es von Anfang an




unser Bestreben mitzuwirken, an der Demonstration wie auch am Alternativgipfel, dem Gipfel der globalen Solidarität, der am 5. und 6. Juli in Hamburg stattfinden wird.

**Du hast gerade den Gegengipfel für globale Solidarität angesprochen, welche Veranstaltungen werden von kurdischer Seite angeboten?**

Wir haben mit anderen kurdischen Institutionen zwei Arbeitsgruppen angemeldet: 1. Ein alternatives Gesellschaftskonzept: Demokratischer Konföderalismus als Lösungsmodell der Kurdinnen und Kurden – von NAV-DEM, 2. Jenseits von Staat, Macht und Patriarchat – Feministische Wissenschaft und Praxis aus kurdischer Frauenperspektive – von CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden.

Salih Muslim, Kovorsitzender der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), wird am Abend des Gegengipfels auf der Podiumsdiskussion die Alternative Rojava vorstellen.

**Mit wem wird Salih Muslim auf dem Podium sitzen?**

Salih Muslim wird bei der Abendveranstaltung: *Alternativen zur Politik der G20-Regierungen auf der lokalen, nationalen, europäischen und globalen Ebene* am 5. Juli im Kampnagel das Podium teilen mit Sonia Farré von Barcelona en Comú (katalanisch für Barcelona Gemeinsam), aus Uganda kommt Jane Nalunga von Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiations Institute – SEATINI, und aus Berlin kommt Harald Wolf, DIE LINKE. Die Moderation machen Silke Helfrich (Commons Strategies Group) und Ulrich Brand (Universität Wien).

**NAV-DEM als große Organisation vertritt u. a. 79 kurdische Vereine in Deutschland …**

Ja, NAV-DEM vertritt 79 Demokratische Gesellschaftszentren der KurdInnen in Deutschland, 90 Fußballvereine, zwölf êzîdische, sieben alevitische Vereine, neun sunnitische, drei Rojava-Vereine, insgesamt sind es über 260 Institutionen, die in NAV-Dem vertreten sind.

**Und die werden alle mobilisiert, um an den Protesten gegen den G20-Gipfel teilzunehmen?**

Das ist unser Bestreben. Der NAV-DEM-Vorstand hat beschlossen, bundesweit für die Demonstration am 8. Juli in Hamburg zu mobilisieren, wir sind aktiver Teil des Gegengipfels; mit all unseren Möglichkeiten werden wir den Protest gegen den G20-Gipfel unterstützen. Im Besonderen auch, weil Erdoğan nach Hamburg kommt. Dies ist Anlass für Kurdinnen und Kurden, nach Hamburg zu kommen, um gegen seine Kriegspolitik zu demonstrieren. Gemeinsam mit vielen Menschen aus verschiedenen Ländern werden wir Haltung zeigen, um eine tiefe Solidarität zu entwickeln, eine wirkliche internationale Solidarität – auf der Straße.

**Gibt es ein konkretes Ziel der VeranstalterInnen, verhindert werden kann der G20-Gipfel ja nun nicht mehr …**

Es gab Bestrebungen, den Gipfel ganz zu kippen, es gibt die Initiative zur Volksbefragung und es gab bisher schon viele Demonstrationen, aber die »Herrschenden« wollen ihren Gipfel in Hamburg machen. Dagegen wird es weiter verschiedenste Aktionen geben, Aktionen des sogenannten zivilen Ungehorsams, Widerstand gegen ihre Arroganz, ihre Politik. Aber auch Alternativen sollen, wie ich oben beschrieben habe, entwickelt werden. Es werden viele Aktionen stattfinden und eben auch der Gegengipfel und die Großdemonstration, zu der wir hunderttausend Menschen erwarten. Ich wünsche mir, dass Kurdinnen und Kurden sowie ihre FreundInnen bei den Aktivitäten stark vertreten sind. ♦

Ein Statement zum G20-Gipfel in Hamburg

# G20 und die Vision von Rojava

Fragen an Salih Muslim, Kovorsitzender der Partei der Demokratischen Einheit (PYD)

**Stellen Sie sich vor, jemand hat noch nie etwas von Rojava gehört und Sie haben eine Minute Zeit, es zu erklären. Was erzählen Sie von Rojava? Was ist Ihnen wichtig?**

Rojava ist ein Teil Mesopotamiens, das seit Jahrhunderten Angriffen, Ausbeutung und Besatzung ausgesetzt ist. Auch Rojava stand unter Besatzung. Ein weiterer Angriff erfolgte in jüngster Zeit durch den Islamischen Staat (IS). Der IS wollte damit eine demokratische Entwicklung in Şengal (Sindschar), Ninova und in Rojava verhindern. Dagegen wehren sich die Kurden. Im Kampf für Demokratie und ein menschenwürdiges Leben in der Region und weltweit haben sie eine Vorreiterrolle übernommen.

**Sie kommen zum G20-Alternativgipfel nach Hamburg. Welche Bedeutung hat die G20 aus Ihrer Sicht? Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen der G20 und den Ereignissen in und um Rojava?**

Der G20-Gipfel ist ein Treffen der Reichen, auf dem eine gemeinsame Politik festgelegt werden soll. Es geht dabei um die Wahrung ihrer Interessen. Somit ist es ein Treffen der kapitalistischen Moderne. Die große Mehrheit der davon Ausgeschlossenen darf das nicht hinnehmen. Es gibt inhaltliche Alternativen zur Politik dieser Mächtigen und viele Menschen demonstrieren weltweit dafür. Ein Alternativmodell wie in Rojava ist jedoch derzeit nirgendwo auf der Welt wahrzunehmen. Rojava ist die lebendige Alternative zur herrschenden Politik der Mächtigen, die sich G20 nennen. Es sind zwar noch die ersten Schritte, die in Rojava für eine demokratische Selbstbestimmung der Völker unternommen werden, aber wir werden sie weiter ausbauen. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Modell Rojava die richtige Alternative für die Menschen und gegen die Macht des Kapitals ist.

**Beim G20-Alternativgipfel werden Sie mit anderen Gästen über Alternativen zur Politik der G20-Regierungen diskutieren. Warum brauchen wir aus Ihrer Sicht Alternativen und welche Alternativen wollen Sie voranbringen?**

Die G20 vertritt die Interessen des Kapitals und der Herrschenden. Ihr Herrschaftssystem hat eine ungeheuerliche wirtschaftliche Dimension. Sie versuchen, die ganze Welt zu beherrschen. Dieser Herrschaft der Reichen setzen wir eine radikale Basisdemokratie entgegen. Wir bauen ein alternatives System hinsichtlich Machtverteilung und Ökonomie auf. Es ist eindeutig, dass die kapitalistische Moderne nicht die Interessen der Menschen vertritt. Sie beutet die Ressourcen unserer Erde und die Menschen aus. Sie basiert auf knallharten Machtinteressen und auf Gewinnmaximierung. Sie vertritt nicht die Interessen der Menschen und Gesellschaften, sondern dient den Wenigen, die über das Kapital und über Macht verfügen. Die ganz große Mehrheit der Menschen ist hiervon ausgeschlossen. Unsere Welt muss täglich dafür bluten. Die Alternative dazu ist eine radikale Demokratie sowohl im Bereich der Machtverteilung als auch im Bereich der Ökonomie in Form von Selbstverwaltung und Kooperativen. Diese versuchen wir in Rojava in die Praxis umzusetzen.

**Inwieweit ist Rojava eine Alternative zum westlich-kapitalistischen System? Welche Ansätze bewähren sich? Was sind dringliche Handlungsfelder? Welche Vision von Rojava bewegt Sie?**

Unser System, das sich noch im Aufbau befindet, ist eine Alternative zum westlichen kapitalistischen System oder zur kapitalistischen Moderne. All unsere bisherigen Unternehmungen sind auf Nachhaltigkeit angelegt. Wir sind jedoch ungeheuerlichen Angriffen ausgesetzt. Wir bauen über Selbstverwaltungsstrukturen mit einem Rätesystem eine Basisdemokratie auf. Die Rechte der Frauen und ihre Selbstbestimmung sind dabei wichtige Errungenschaften. Es geht um den Neuaufbau einer

sich selbst organisierenden Gesellschaft, in der verschiedene gesellschaftliche Gruppen sich gleichberechtigt organisieren und ein selbstbestimmtes Leben miteinander führen können. Das ist es, was uns begeistert, mit Lebensmut erfüllt und auch als die Vision von Rojava bezeichnet werden kann. Es kostet viel Kraft, weil dafür eine neue Denkkultur erforderlich ist, die für manche auch einen Machtverlust bedeutet. Die Menschen sollen selbstbestimmt leben und handeln können. Es geht um die Befreiung der Gesellschaft. Die Gesellschaft wird mit neuer Lebenskraft ausgestattet und bestimmt selbst über sich.

**Der G20-Alternativgipfel ist überschrieben mit »Gipfel für globale Solidarität«. Was bedeutet »globale Solidarität« für Sie?**

Der Alternativgipfel zum Gipfel der G20 basiert auf weltweiter Solidarität, allein das stellt bereits eine Alternative dar. Der G20-Gipfel ist ein Treffen der Herrschenden, derjenigen, die über das Kapital und die Herrschaftsstrukturen verfügen. Unser Gipfel ist ein Gipfel der globalen Solidarität, all derjenigen, die benachteiligt, ausgebeutet und entrechtet sind. Es gilt, ihn weiter auszubauen und Schritt für Schritt eine globale Solidarität zu entwickeln, um im gemeinsamen Kampf eine alternative Position auszuarbeiten. Dafür müssen wir bestehende Alternativen wie die in Rojava stärken und weitere aufbauen. Der Kampf in Rojava sollte den Menschen wieder Mut machen und neue Hoffnung geben. Eine andere Welt als die, die uns von der G20 auferlegt werden soll, ist möglich und meiner Meinung nach dringend notwendig. Dafür gilt es global zu streiten und sich gegenseitig zu stärken. Nur gemeinsam haben wir die Möglichkeit, eine wirkliche Alternative zu entwickeln. Dieser Alternativgipfel könnte ein Anfang sein.

**Welche Machtverhältnisse blockieren aus Ihrer Sicht sinnvolle Alternativen? Welche Strategien sehen Sie für soziale und ökologische Bewegungen, das Rad der Machtverhältnisse zum Rollen zu bringen?**

Eine alternative Praxis beeinflusst auch die bestehenden Herrschaftsstrukturen. Sie schwächt hierarchische und militärische Systeme und setzt diktatorischen und despotischen Modellen ein Ende. Das eröffnet den Weg für soziale Bewegungen und eine Umstrukturierung der Gesellschaft zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Eine aufgeklärte Gesellschaft wird die Natur nicht zerstören und dem ökologischen Gleichgewicht keinen Schaden zufügen. Will sich eine Gesellschaft schützen, muss sie ökologisch handeln. Also muss den hierarchischen und profitorientierten Verhältnissen, denen die Gesellschaften unterworfen sind, durch Aufklärung ein Ende gesetzt werden. Es sollte eine radikale Demokratie von unten, eine Graswurzeldemokratie, angestrebt werden. Darin dürfen Herrschaftsstrukturen, Despotismus, Nationalismus oder eine Herrschaft im Namen eines Volkes keinen Platz haben. Es müssen demokratische Gesellschaften aufgebaut werden, in denen diese Phänomene nichts zu suchen haben. Gesellschaften waren niemals wirklich miteinander verfeindet. Es müssen nur die Rahmenbedingungen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben geschaffen werden, so wie wir es derzeit in Rojava versuchen. Verschiedene Volksgruppen wie KurdInnen, AraberInnen, ArmenierInnen, TurkmenInnen oder AssyrerInnen sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt zusammenleben. Damit werden Nationalismus, Zerstörung und Krieg verhindert.

**Was müsste aus Ihrer Sicht passieren, um den Syrienkrieg kurzfristig einzudämmen und mittelfristig zu beenden? Welcher Maßnahmen bedarf es Ihrer Meinung nach, um das Leben in Syrien im Sinne aller dort lebenden Menschen zu sichern?**

Um den Krieg in Syrien zu beenden, müssen sich als Erstes die ausländischen Kräfte zurückziehen. Sowohl die regionalen als auch die internationalen Kräfte müssen damit aufhören, in Syrien zu intervenieren. Sowohl die Kräfte, die das Regime unterstützen, als auch die anderen Kräfte, die über terroristische und dschihadistische Gruppen einen Stellvertreterkrieg führen, müssen ihre Aktivitäten sofort einstellen. Die Menschen in Syrien sollten ohne Einmischung von außen selbst für sich sprechen. Sie waren es, die das diktatorische und despotische Regime loswerden wollten. Einige standen ihnen bei, andere nutzten diese Situation aus. Die ausländischen Kräfte müssen aufhören, den Krieg weiter anzuheizen. Dann sind die Menschen in Syrien sehr wohl in der Lage, selbstbestimmt zu leben und selbst zu entscheiden, unter welchen Voraussetzungen sie ein gleichberechtigtes Leben wollen. Ich bin davon überzeugt, dass unser Modell einer demokratischen Selbstbestimmung und eines föderalen Systems angenommen werden würde, wenn wir die Möglichkeit hätten, es allen Menschen in Syrien präsentieren zu können. Dieses Modell des demokratischen Konföderalismus ist die realistischste Lösungsperspektive, die für Syrien in Frage kommt. Es steht für einen Neuanfang. Mit ihm kann Frieden in Syrien entstehen, denn es sieht vor, dass alle über sich selbst bestimmen können, jedes Dorf, jede Stadt und jede Lebensform.

**Ein Blick in die Zukunft: Was erwarten Sie für die nächsten Jahre?**

Ich gehe davon aus, dass der Krieg in Syrien aufgrund der Interessenkollision der verschiedenen Kräfte noch einige Jahre andauern wird. Eine Lösung scheint leider fern, da die ver-

schiedenen Seiten in diesem Konflikt nicht an eine Lösung, an Frieden und einen politischen Ausweg glauben. Für uns bedeutet es, dass wir unseren Weg weitergehen werden. Unser Ziel bleibt, Frieden zu erreichen und die Mentalität der Gesellschaften in Syrien zu verändern. Dafür werden wir weiterkämpfen.

**Liegt Ihnen noch etwas auf dem Herzen, aber wir haben vergessen zu fragen? Eine Antwort auf eine Frage Ihrer Wahl!**

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir müssen eine praktische globale Solidarität entwickeln. Die weltweiten Konflikte sind nicht mit Krieg und gewalttätigen Auseinandersetzungen zu lösen. Wir müssen lernen, mit Widersprüchen umzugehen, und darauf hinwirken, eine Veränderung der Verhältnisse über eine Veränderung der Denkweise zu erreichen. Ein solches Projekt wird langwierig sein. Es ist eine gesellschaftliche Frage und keine Kriegserklärung an irgendjemand, dass wir gerade in Rojava versuchen, Basisdemokratie und Selbstbestimmungsstrukturen, Kooperativen und eine kollektive Lebensweise aufzubauen. Wir versuchen lediglich, unsere Gesellschaft zu organisieren und für unsere Rechte einzutreten. Diese Bemühungen dürften eigentlich nicht auf Ablehnung stoßen. Auch die G20-Mitglieder werden, um den Schein zu wahren, nichts gegen uns sagen können, denn sie selbst behaupten, für Demokratie einzustehen. Unser Demokratieverständnis ist jedoch ein grundlegend anderes. ♦

***

Am 5. Juli ab 19:30 Uhr wird Salih Muslim mit auf dem Podium des Gipfels der globalen Solidarität sitzen. *Alternativen zur Politik der G20-Regierungen auf der lokalen, nationalen, europäischen und globalen Ebene* wird das Thema des Abends sein.

Außerdem wird er auf der Abschlusskundgebung der Großdemonstration *Grenzenlose Solidarität statt G20* am 8. Juli auf dem Heiliggeistfeld reden.




Ein Gruß aus Rojava nach Hamburg. Foto: http://internationalistcommune.com

Über die dritte Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern«

# Widerstand leisten und eine andere Welt schaffen in Kurdistan

Raúl Zibechi, Journalist, GARA online 07.05.2017




Foto: KR

Während das von Recep Tayyip Erdoğan angeführte türkische Regime unter dem Schweigen der Großmächte Russland und USA den Norden Syriens mit Jagdflugzeugen und Artilleriefeuer bombardieren ließ, kamen in Hamburg zwischen dem 14. und dem 16. April Teile des kurdischen Widerstands und solidarische Personen zusammen und veranstalteten die dritte Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern«.

Unter dem Motto »Widerstand, Rebellion und Aufbau des Neuen« debattierten mehr als tausend Aktivisten über das, was man als Mittelpunkt aktuellen kurdischen Denkens bezeichnen kann: Wie die Welt verändern, ohne die Muster vergangener Revolutionen wiederzuverwenden, die dazu geführt haben, dass im Namen des Sozialismus neue repressive Gesellschaften geschaffen wurden?

Neben den herkömmlichen Panels mit Vorträgen, auch mit Botschaften aus den Bergen Kurdistans und dem befreiten Rojava, fanden auch mehr als ein Dutzend Workshops und Arbeitsgruppen statt, in denen der Frauen- und der Bildungsfrage die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Hälfte der Teilnehmer waren in Europa lebende Kurden (mit dem Schwerpunkt Hamburg, wo mehr als 100 000 Emigranten und Exilierte leben) und einige aus der Türkei Angereiste. Bei der anderen Hälfte handelte es sich um solidarische Europäer, einige aus dem Baskenland, und eine Handvoll Lateinamerikaner.

Besonders hervorhebenswert sind die Vorträge kurdischer Frauen. Ebru Günay ist Anwältin Abdullah Öcalans, weshalb sie 2009 festgenommen und für fünf Jahre ins Gefängnis gesperrt worden war. In ihrem Vortrag erwähnte sie den Hungerstreik 200 politischer kurdischer Gefangener und hielt fest, dass »alle Schöpfungen außerhalb des Kapitalismus von der Kultur des Todes angegriffen werden«, die das türkische Regime verkörpert, weil sie »die neue Gesellschaft erobern wollen, die Gesellschaft der Solidarität, die mit der Gesellschaft des Todes koexistiert«.

Die Politologin Zilan Yağmur stellte den Kampf der Frauen in den Mittelpunkt ihres Vortrags. »Eine homogene Gesellschaft kann sich nicht verteidigen«, sagte sie. Sie rief dazu auf, Parallelstrukturen zum Staat zu schaffen, um »die Herrschaft auszuhöhlen und diese Kreationen zu vergrößern, aber wir müssen uns auch selbst verändern«. Die Erneuerung der kurdischen Bewegung, mit den Eckpfeilern des Aktivismus der Frauen und der Jugend, hat laut den Vortragenden eine universelle Tragweite.

Fuat Kav war zwanzig Jahre im düsteren Gefängnis »Diyarbakır 5« eingesperrt, wo er gefoltert und zum Tode verurteilt wurde, eine Strafe, die 2003 in Exil umgewandelt wurde. »Die Mechanismen des Staates hängen nicht von den guten Absichten der Personen ab, diese Mechanismen werden immer Instrumente dieses Staates sein, der niemals ein Freiraum sein kann«, so Kav. Er bediente sich einer Äußerung Bakunins, der zufolge ein Engel, wenn man ihn in eine Machtposition bringt, sich in einen Dämon verwandele, um zu begründen, dass die Staaten »über Mechanismen verfügen, die Gesellschaften zu zerstören«, und betonte, dass sich die Kurden von der Idee des Staates entfernten.

Nach Kavs Ansicht haben viele Kurden im Gefängnis die staatlichen Mechanismen und »was es vom Staat in uns gibt« verstanden. Er beendete seinen Vortrag unter Applaus in dem er hervorhob, dass »der Staat immer die Gesellschaft beherrscht«, wenn er auch nuancierte und sagte, dass »die Türkei nicht das Gleiche wie Bolivien« sei.

In der Arbeitsgruppe zu Bildung wurden Überschneidungen zwischen der kurdischen Bewegung und der Landlosenbewegung Movimiento Sin Terra (MST) in Brasilien festgestellt. Eine Dozentin aus Rojava, Ronahî, erläuterte die Charakteristiken der Bildung in den autonomen Zonen: »Das Ziel der Schulen ist es, den Konflikt und die Geschichte zu verstehen, um Widerstand leisten zu können, um über den demokratischen Konföderalismus zu lernen, wie die Selbstverwaltung zu erreichen und wie eine echte Demokratie zu schaffen ist.« Sie hob hervor, dass die Unterschiede zwischen Lehrern und Schülern zunehmend verschwänden, indem sich Letztere selbst befähigten.

Zwei zentrale Themen lassen sich aus allen Vorträgen herausfiltern: die Frauenfrage, die Frage des Patriarchats als identitätsstiftendes Merkmal der aktuellen kurdischen Bewegung, und die Notwendigkeit der Persönlichkeitsveränderung, die über Kritik und Selbstkritik erreicht werden soll.

Der Vortrag einer Guerillera, der per Video eingespielt wurde, ermöglichte es, die Debatte in diese Richtung zu vertiefen: »Bei der Frauenfrage geht es nicht um Rechte, sondern um das Überleben der Menschheit. Deshalb kann sie nicht nachrangig oder zweitrangig sein.« Es gehe darum, erklärte sie, das schwarze Tuch, das ihnen der Islamische Staat überstülpt, zu verbrennen, aber auch »das schwarze Tuch, das die Männer haben«.

Die Worte Öcalans durften nicht fehlen. Er selbst und seine Ideen waren in jedem Vortrag und in jeder Reflexion präsent. Er ist seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imralı im Schwarzen Meer eingesperrt, wo ihn in den letzten Jahren niemand besuchen konnte. Dennoch haben seine Schriften die Mauern überwunden und seine zehn Bücher sind politische und kulturelle Güter geworden, die rund um die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und heute auch in der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Bedeutung haben.

In der HDP sind neben den Kurden diverse andere »Minderheiten« integriert, die den Widerstand gegen den türkischen Staat teilen. Sie verfügt über 59 Abgeordnete und ist im ganzen Land präsent, hat allerdings in Kurdistan eine Hegemonie. Es ist sicher, dass sich nicht nur die Kurden, sondern auch andere soziale Gruppen in der Türkei auf die Bewegung und die Ideen Öcalans beziehen.

Das letzte seiner ins Spanische übersetzten Bücher trägt den Titel »Manifest für eine demokratische Zivilisation« und den Untertitel »Kapitalistische Zivilisation. Die Ära der maskierten Götter und verhüllten Könige«. Öcalan lehnt Zentralismus ab und verteidigt die Gemeinschaft als nichtstaatliche Form des Regierens. Er stellt den Nationalstaat in Frage, den er als Schöpfung des Kapitalismus betrachtet und als »militärisches System« bezeichnet. Eine seiner Kritiken konzentriert sich auf den Ökonomismus, dem die Anhänger Marx‘ verfallen sind und der – so Öcalan – verhindere, dass sie verstehen, dass der Kapitalismus nicht Ökomonie ist, sondern eine Herrschaft über die Gesellschaft.

Abgeschlossen wurde die Veranstaltung von Fewza Yusuf, der Präsidentin der Demokratischen Föderation Nordsyrien: »Es ist das erste Mal, dass alle Ethnien zusammen darüber diskutieren, welche Art der Gesellschaft sie wollen, und zu einem Gesellschaftsvertrag kommen.« Bis 2012, als die Macht von Damaskus über den Norden des Landes bröckelte, war es den Kurden und den anderen Volksgruppen (Arabern, Assyrern, Armeniern, Tscherkessen und Turkmenen) weder erlaubt, ihre Dörfer und Kantone zu verlassen, noch ihre eigene Sprache zu sprechen.

Eine Ironie des Krieges ist es, dass sie »jetzt lernen, zusammenzuleben und Entscheidungen zu treffen, weil vorher alles in Damaskus entschieden wurde«, so Yusuf. Das ist vielleicht eine der tiefgründigsten Botschaften, die uns der Kampf des kurdischen Volkes (eine »Minderheit« von vierzig Millionen, die in vier Staaten lebt) vermittelt: dass es nur während der großen Erschütterungen möglich ist, die Routine zu durchbrechen und etwas Neues und Anderes zu beginnen aufzubauen.

Wenn sich nun die Oktoberrevolution, geboren aus den Verwüstungen des Ersten Weltkriegs, des bis zu diesem Zeitpunkt größten menschlichen Schlachtens, zum hundertsten Mal jährt, macht es Sinn, über die Probleme und Möglichkeiten nachzudenken, die schwere Konflikte mit sich bringen. Ohne Kriege hätte es keine Revolutionen gegeben. Wenn wir Revolutionäre nicht aus den Problemen lernen, die sie mit sich bringen – wie die Tendenz zum Zentralismus und zur Unbeweglichkeit –, beschränken wir uns darauf, immer wieder über denselben Stein zu stolpern. ♦

***

Quelle: GARA online 07.05.2017 (http://www.naiz.eus/eu/hemeroteca/gara/editions/2017-05-07/hemeroteca_articles/resistir-y-crear-otro-mundo-en-el-kurdistan)

Call for papers von der dritten Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern«

# Öcalan und Bakunin: Eine unvollständige Diskussion

Carlos Pazmiño




Rechts Carlos Pazmiño Foto: Babak Bataghva

**Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung des zweiten Kapitels aus meiner MSc-Thesis in Soziologie »Desmantelar al Estado. Elementos para entender la transición teórico-práctica del Partido de los Trabajadores del Kurdistán (PKK) hacia el Confederalismo democrático« (»Den Staat demontieren. Elemente für das Verständnis des theoretisch-praktischen Wandels der PKK zum Demokratischen Konföderalismus«). Sie stellt vielleicht eine der ersten akademischen Arbeiten in Lateinamerika zur kurdischen Frage dar und wird voraussichtlich in den nächsten Monaten veröffentlicht.**

Der vorliegende Artikel wird die Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Abdullah Öcalans (Vorsitzender der PKK und der kurdischen Freiheitsbewegung) und Michail Bakunins (einer der bedeutendsten anarchistischen Theoretiker und linke Führungspersönlichkeit des 19. Jahrhunderts) Bezug auf revolutionäre Taktiken und die Ursprünge des Staates diskutieren. Es wird um Gemeinsamkeiten und Unterschiede gehen, die heutzutage wichtige Ideen für ein besseres Verständnis des Staates, revolutionäre Taktiken, politische Organisierung und die Rolle des revolutionären Subjekts liefern; mit einem speziellen Fokus auf die Frauenbefreiung. Daher wirft dieser Beitrag wichtige Fragen auf – die meisten von ihnen von linken Theoretikern und Bewegungen vergessen oder unterschätzt –, um die Revolution im 21. Jahrhundert zu denken (Pazmiño 2017a).

Bekanntlich wurde Bakunin nach seinem Rauswurf aus der 1. Internationalen Arbeitervereinigung vergessen und seine Ideen wurden als »pure Ideologie« verurteilt. Vor und nach dem Fall der UdSSR *[Sowjetunion]* wurde seine Kritik der Ursprünge des Staates und des marxistischen Staatsglaubens immer wieder aufgegriffen. Seine Voraussagen wurden bestätigt und von der Pariser Kommune bis zur russischen Revolution zeigte sich, dass ein sozialistischer Staat nicht die Lösung für den Aufbau einer libertären und demokratischen Gesellschaft ist (Price [2007] 2012). In unserer Zeit hatte Öcalan bereits vor seiner Evolution vom Marxismus-Leninismus zum Demokratischen Konföderalismus eine ähnliche Kritik am Staat wie Bakunin (Pazmiño 2017b). Sowohl Bakunin als auch Öcalan (2016a) entwickelten zu unterschiedlichen Zeiten eine sehr ähnliche Theorie über die Ursprünge des Staates. Sie argumentierten, sein Ursprung sei nicht ökonomischer, sondern »ideologischer« Natur, und stellten den Staat als eine »religiöse Institution« dar, die autoritär, dominant und patriarchal sei.

Öcalan ging sogar noch weiter als Bakunin und verortete die Diskussion über den Ursprung des Staates in der Unterdrückung der Frau. Wir können sagen, dass er auf diese Weise Bakunins Staatstheorie vervollständigt und weiterführt (Pazmiño 2017b). Seine Analyse über den Ursprung des Staates führt dazu, dass er mit dem sogenannten Demokratischen Konföderalismus eine neue Taktik entwickelt (Öcalan 2012).

Während der Marxismus fordert, den Staat zu erobern und durch Anarchismus abzuschaffen, beabsichtigt Öcalan ihn von der Basis bis zur Spitze Stück für Stück zu zerlegen, bis »die Macht« angesichts einer organisierten Gesellschaft zu einem Ende kommt. Das revolutionäre Subjekt ist nicht das Proletariat, sondern es sind die Frauen. Sie erfüllen keine »revolutionäre Rolle«, sondern sind selbst die Revolution (Di Battista 2016). In dieser Hinsicht vollendete Öcalans Werk die große Diskussion über den Ursprung des Staates und über revolutionäre Taktiken nach mehr als 150 Jahren seit der Gründung der 1. Internationalen Arbeitervereinigung.

## Der Staat, eine religiöse Institution

Bakunin argumentierte, der Staat sei entstanden, als in den »primitiven Gemeinschaften« Magier/Schamanen oder »Gottmenschen« begannen, die Gemeinschaften mit einem mythologischen Konzept zu beeinflussen, das das Unbekannte erklärt und, wie Öcalan sagt, die »natürliche Solidarität« des kommunalen Lebens zerstört. Der »transzendentale Geist« der Menschen versuchte die Phänomene der Natur zu erklären und ihm wurden zugleich göttliche Eigenschaften zugesprochen. Magier/Schamanen erlangten eine göttliche Dimension auf Erden, da sie das Göttliche offenbarten und eine Verbindung zu Gott darstellten (Bakunin [1953] 1978a).

Auf diese Art organisiert sich der Staat als Opfer des kommunalen Lebens, die Verwehrung von Freiheit und die Unterdrückung/Ausbeutung der Gesellschaft basierend auf einem göttlichen Argument: der Allmacht des Staates über die Gesellschaft (Bakunin [1953] 1978a). Als die sozialen Beziehungen im Laufe der Geschichte komplexer wurden, gewannen der Staat und der Glaube an seine Notwendigkeit Eigenschaften, die sogar noch religiöser anmuteten als die den »Gottmenschen« zugeschriebenen.

Der theoretische Vorschlag Öcalans geht deutlich weiter als der Bakunins (Pazmiño 2017b). Obwohl Öcalan die Idee vom religiösen Ursprung des Staates teilt, fügt er mit der auf einer religiös-ideologischen Grundlage basierenden Unterdrückung der Frau durch den Mann ein weiteres Element hinzu. Es ist nicht nur die Bildung von »Kult-Gesellschaften« im abstrakten Sinne, was die Entstehung des Staates ermöglicht, sondern auch die Unterdrückung der Frau und ihre Reduzierung auf häusliche Tätigkeiten in der Gemeinschaft (Öcalan 2010, 2013, 2016). Folglich ist der Staat eine patriarchale Institution. Dies ist zweifellos der wichtigste Beitrag Öcalans im Hinblick auf Bakunin. Er theoretisiert ein Subjekt, durch dessen Unterwerfung der Staat entstand (es handelt sich nicht um die Gesellschaft als Ganzes, wie Bakunin sagen würde). Die Gesellschaft wird unterdrückt und ausgebeutet, weil die Frau laut Öcalan zuerst unterdrückt und ausgebeutet wurde (2013). Dadurch wird der Frau eine Bedeutung zugesprochen, die sie zur Subjekt-Antithese des Staates erhebt, wie wir später sehen werden.

## Die Antithese zum Staat und die Flamme der Revolution: die Befreiung der Frau

In der klassischen sozialistischen Tradition von Bakunin bis Marx, aber auch in der orthodox-marxistischen Phase Abdullah Öcalans und der PKK galt das Proletariat als revolutionäres Subjekt (Pazmiño 2017b). In dieser klassischen Analyse umfasste dieses Subjekt alle Widersprüche und Antagonismen der produzierenden Klasse im Kapitalismus, wodurch der ökonomische Kampf über allen anderen stand. Sie nahmen an, dass die Globalisierung des Kapitalismus auch die Globalisierung des Proletariats in allen Ländern der Welt zur Folge haben würde: Doch wurde weder der Kapitalismus noch das Proletariat auf die gleiche Art in allen Ländern reproduziert.

Im Laufe der Zeit verlor das zunehmend prekäre Proletariat seine Macht als selbstbestimmtes universelles Subjekt. Dadurch traten die ernsthaften theoretischen Probleme zutage, die mit diesem revolutionären Subjekt par excellence verbunden waren. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass Bakunins und Marx‘ Klassentheorie keineswegs ihre Bedeutung verloren hat. Vielmehr sollte sie als ein komplexes System formaler und nichtformaler Arbeit, von ideologischen, ökonomischen und Geschlechterbeziehungen neben anderen verstanden werden.

Der Verdienst Öcalans besteht darin, Frauen als besonderem Subjekt ihren richtigen Platz verschafft zu haben. In seinen Schriften stellt er konkrete Überlegungen an zu den Widersprüchen und Antagonismen organisierter Gesellschaften im Hinblick auf Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung. Laut Öcalan bedeutete die Unterdrückung der Frau nicht nur den Beginn ihres Unglücks, sondern des Unglücks der ganzen Menschheit (Öcalan 2013).

Es ist wichtig, drei wesentliche Ideen in Öcalans Theorie hervorzuheben:

Erstens, Öcalan schafft, wissentlich oder nicht, aus einer feministischen Perspektive heraus eine Theorie zur Entstehung des Staates. Zweitens, Frauen werden zur Antithese zum Staat, zum revolutionären Subjekt, da ihre Unterdrückung den Ursprung des Staates darstellt. Drittens, die taktische Dimension des Demokratischen Konföderalismus, auf der Grundlage der Befreiung der Gesellschaft durch die Befreiung der Frau, kann nicht die Gründung eines neuen Staates zum Ziel haben, da dies einen theoretischen und ideologischen Widerspruch bedeuten würde (Pazmiño 2017b).

In diesem Sinne stellt Öcalan nicht nur eine Alternative zur Diskussion linker und feministischer Bewegungen über das historische Subjekt bereit. Er hinterfragt auch das Patriarchat, das historisch in der Linken fortbestand und dazu führte, dass die Befreiung der Frau in den Hintergrund geriet.

## Revolutionäre Partei oder politisch-soziale Bewegung?

Im Gegensatz zum orthodoxen Marxismus wies Bakunin der revolutionären Partei die Rolle der »Hebamme der Revolution« zu. Die Partei, so Bakunin, solle nicht die Revolution anführen, sondern sich mit dem Volk mitbewegen, das der Hauptakteur sei (Bakunin 2014). Auf der anderen Seite ist die Partei im Marxismus die Kraft, die anführt. Zugleich wird sie im Falle der Machtergreifung zu einem kleinen Proto-Staat, der die Geburt des entstehenden proletarischen Staates herbeiführt.

Die Transformation der Ideen Öcalans und der PKK geht im Hinblick auf die Parteistruktur eine Art Dialog mit Bakunins Ideen ein. Die PKK hat sich von einem klassischen marxistisch-leninistischen Apparat zu einer transnationalen und grenzübergreifenden sozialen Bewegung entwickelt. Obwohl ihre politische Struktur weiter fortbesteht, hat sie ermöglicht, dass eine starke soziale Bewegung in großem Umfang entsteht. Indem sie nicht auf die Entstehung eines kurdischen Staates setzt, bricht sie mit dem klassischen Verhalten marxistisch-leninistischer Parteien und wird somit zu dem, was oben bereits erläutert wurde (Pazmiño 2017b). Wenn tausende Kurden in der Türkei auf die Straße gehen und rufen »Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier«, lässt sich dieses Phänomen noch besser verstehen.

Wie beschrieben sind die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Bakunin und Öcalan wichtig. Ihre Analyse bietet Material, um bisher ungelöste Fragen der linken Kämpfe zu beantworten. Die Vorschläge Öcalans zur Entstehung des Staates, der Frauenbefreiung und der Rolle der Partei stellen brillante Elemente dar, um revolutionäre Theorie und Revolution im 21. Jahrhundert zu denken. Die Auseinandersetzung mit diesen Ideen muss theoretische und militante Anstrengungen umfassen, um eine bessere Gesellschaft in ihrem jeweiligen Kontext aufzubauen. ♦

***

Carlos Pazmiño (1987, Ecuador) forscht zur kurdischen Frage aus einer lateinamerikanischen Sicht.

***

**Literatur:**

Arias, Hugo. 1980. *Evolución socioeconómica del Ecuador. Sociedades primitivas y período colonial.* Quito: UCE.
Bakunin, Mijaíl. [1953] 1978a. Mijaíl Bakunin. *Escritos de filosofía política. Volumen I*, edited by G.P. Maximoff. Madrid: Alianza.
Bakunin, Mijaíl. [1953] 1978b. *Escritos de filosofía política. Volumen II*, edited by G.P. Maximoff. Madrid: Alianza.
Bakunin, Mijaíl. 2014. *Carta a Nechayev*. Santiago de Chile: Pensamiento y Batalla.
Di Battista, Soledad. 2016. *En Kurdistán la mujer no tiene un 'rol' en la revolución: es la revolución.* http://kurdistanamericalatina.org/en-kurdistan-la-mujer-no-tiene-un-rol-en-la-revolucion-es-la-revolucion/
Dirik, Dilar. 2015a. Dilar Dirik Interviewed by Jonas Staal. *Living Without Approval*. In New World Academy Reader #5: Stateless Democracy, edited by Renée In der Maur, Jonas Staal, Dilar Dirik, 27–58. Holanda: BAK.
Dirik, Dilar. 2015b. *Kurdish Women's Radical Self-Defense: Armed and Political.* http://www.telesurtv.net/english/opinion/Kurdish-Womens-Radical-Self-Defense-Armed-and-Political-20150707-0002.html.
José María. S/f. *Evolución y cambio en la clase trabajadora*. http://iceautogestion.org/index.php?option=com_content&view=article&id=540%3Aevolucion-y-cambio-en-la-clase-trabajadora&catid=19%3Anoticias%E3%80%88=es
Öcalan, Abdullah. 2010. *La Revolución es Femenina. In La alternativa Confederalista Democrática. Documentos de la lucha revolucionaria en el Kurdistán*, edited by Nahuel Valenzuela, 75–79. Trad. International Initiative. Santiago de Chile: Pensamiento y Batalla.
Öcalan, Abdullah. 2012. *Confederalismo Democrático. In La alternativa Confederalista Democrática. Documentos de la lucha revolucionaria en el Kurdistán*, edited by Nahuel Valenzuela, 81–96. Trad. International Initiative. Santiago de Chile: Pensamiento y Batalla.
Öcalan, Abdullah. 2013. *Liberar la vida: la revolución de las mujeres. Trad. International Initiative*. Colonia: International Initiative Edition, Mesopotamian Publishers, Neuss.
Öcalan, Abdullah. 2016a. *Orígenes de la Civilización. La era de los dioses enmascarados y los reyes cubiertos*. Trad. Mahmut Çolak Zerdeştî. Buenos Aires. Sudestada.
Pazmiño, Carlos. 2017a. A*bdullah Öcalan: una contribución para pensar la revolución en el siglo XXI*. http://kurdistanamericalatina.org/abdullah-ocalan-una-contribucion-para-pensar-a-revolucion-en-el-siglo-xxi/
Öcalan, Abdullah. 2017b. *Desmantelar al Estado. Elementos para entender la transición teórico-práctica del Partido de los Trabajadores del Kurdistán (PKK) hacia el Confederalismo democrático*. Quito: FLACSO.
Price, Wayne. [2007] 2012. *La abolición del Estado. Perspectivas anarquistas y marxistas.* Buenos Aires: Utopía Libertaria.

Videoansprache an die Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III«

# Demokratischer Konföderalismus als Alternative zum Kapitalismus

Mustafa Karasu, Exekutivratsmitglied der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

Ich grüße hochachtungsvoll die ehrenvollen Teilnehmer der Konferenz, die das Paradigma der Ideen des Vorsitzenden Apo *[gemeint ist Abdullah Öcalan, der Ehrenvorsitzende der PKK und der kurdischen Freiheitsbewegung; Anm. d. Red.]* diskutieren. Die auf dieser Konferenz diskutierten Ideen sind sehr wertvoll. Insbesondere zur jetzigen Zeit, da die Menschheit in ihrer tiefsten Krise und Depression steckt, die Gedanken des Vorsitzenden Apo zur Lösung dieses Chaos und dieser Krise zu diskutieren, wird vor allem für Europa und die restliche Welt wegweisend dafür sein, eine Lösung für die aus dem Kapitalismus erwachsenden Probleme zu finden. Ich weiß, dass dies eine wichtige Rolle spielen wird.



Mustafa Karasu per Video auf der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III«
Foto: YÖP

Ihr alle wisst, dass die derzeitigen grundlegenden Probleme der Menschheit ihren Ursprung im Kapitalismus und der kapitalistischen Moderne haben. Es ist heutzutage nicht nur die Krise der kapitalistischen Moderne oder des Nationalstaats, sondern die Krise des 5 000 Jahre alten etatistischen Systems. Das etatistische System schafft mit seiner Ausbeutung gesellschaftliche Probleme, die für die Menschheit nun nicht mehr tragbar sind. Die Menschen sehnen sich danach und freuen sich auf die Abschaffung dieser durch den Etatismus und den Nationalstaat geschaffenen Probleme. Um die kapitalistische Moderne aber bekämpfen zu können, ist von Beginn an ideologisch eine korrekte Herangehensweise erforderlich. Es ist nicht zu leugnen, dass jede historische Moderne oder alle neuen Ideen mit der Kraft neuer Gedanken und mit Organisierung gesiegt haben. Daher wird die demokratische Moderne auch die kapitalistische Moderne ideologisch besiegen. Dazu muss die Geschichte als Ganzes betrachtet werden. Denn die kapitalistische Moderne hat eine Geschichte: Staat, Klasse, Macht und Ausbeutung sind dauerhaft und weisen auch eine Dauerhaftigkeit auf. Der Kapitalismus ist das Ergebnis dieses Systems. Die kapitalistische Moderne beruht darauf. Sogar das hat eine Geschichte. Und auch die demokratische Moderne hat eine Geschichte. Sie wiederum beruht auf der demokratischen Kultur, seit Beginn der kommunalen Gesellschaft gegen den Etatismus zu kämpfen. Die Geschichte der kapitalistischen Moderne ist die Geschichte der demokratischen Zivilisation. Aus diesem Grunde ist es enorm wichtig, die Geschichte als Ganzes zu betrachten. Die demokratische Moderne muss im Gesamten wahrgenommen werden, um den Kampf im Gesamten gegen die kapitalistische Moderne zu führen.

Hier also lag in der Vergangenheit der Fehler des Realsozialismus. Er war nicht völlig gegen die kapitalistische Moderne, sondern gegen den Kapitalismus, aber nicht gegen die kapitalistische Moderne. Er hatte sogar selbst die Argumente für die grundlegenden Werte der Moderne, für den Nationalstaat und die Industrialisierung als Grundlage. Und dies sogar so weit, dass die zu Beginn der 17.-Oktober-Revolution erstarkten Sowjets durch den Staat ersetzt wurden. Die Elektrifizie-

rungsindustrie wurde von ihnen regelrecht auf eine religiöse, heilige Ebene gehoben. Und dadurch die Natur zerstört. Die Zerstörung der Natur wiederum hat zu einer negativen Herangehensweise an die Gesellschaft geführt. Aus diesem Grund ist der Realsozialismus untergegangen. Sein Niedergang hat nichts mit dem mangelnden Kampf gegen den Kapitalismus zu tun, denn er war wirklich sein Gegner. Er stand dem Kapitalismus gegenüber, aber nicht der kapitalistischen Moderne. Es kann aber keinen Kampf gegen den Kapitalismus geben, ohne ihn nicht auch gegenüber seiner Moderne zu führen. Daher war der Realsozialismus zum Scheitern verurteilt. Unter diesem Gesichtspunkt muss die Grundlage des Kampfes der demokratischen Moderne gegen den Kapitalismus und seine Moderne als ideologische Gesamtheit der gesamte Kampf gegen die kapitalistische Moderne sein. Das ist von enormer Wichtigkeit.

Anarchisten sind gegen den Staat und gegen den Kapitalismus, aber sie sind Individualisten. Dabei ist es der Kapitalismus, der gegen die Gesellschaft ist, der sie zersetzt. Er lebt, indem er die Gesellschaft spaltet. Die Anarchisten sind zwar gegen Staat und Kapitalismus, haben aber nicht seine heftigste Gegnerin, die Gesellschaft verteidigen können. Sie haben verloren, weil sie sich nicht vergesellschaften bzw. sozialistisch werden konnten. Ökologen haben geglaubt, die Natur verteidigen zu können, ohne gegen Staat und Kapitalismus zu sein. Dabei sind die Argumente verschiedener Umweltschutzgruppen in den kapitalistischen Zentren entstanden. Daher haben sie auch keinen starken Widerstand gegen die Industrialisierung leisten können und keinen Einfluss gewonnen. Sie sind nicht antikapitalistisch und antietatistisch. Ohne das ist jedoch der Schutz der Natur nicht möglich. Die Feministinnen sind gegen die Machthaber, sie stellen sich dem Patriarchat entgegen, weit weniger aber dem Kapitalismus und dessen erschaffenen Frauenbild, seiner Realität und Typologie. Da, wo sie sich entgegengestellt haben, konnten sie aber keine Ideologie, Organisierung und Strukturierung schaffen. Somit steckten sie dem Kapitalismus gegenüber in einer ausweglosen und kraftlosen Situation. Ja, sie sind gegen das Patriarchat und vielleicht auch gegen die Herrschenden, aber solange keine konsequente Opposition gegen den Kapitalismus und sein Frauenbild arbeitet, sind die Feministinnen wirkungslos.

Alle behaupten, gegen den Kapitalismus zu sein. Geht es jedoch darum, gegen seine Strukturen anzugehen und Strukturen in der demokratischen Moderne zu gestalten, kann sich niemand vom Kapitalismus lossagen. Daran sieht man die Abhängigkeit von ihm. Das ist seine Realität, denn das System der kapitalistischen Moderne hat mit dem Individualismus so viele Menschen an sich gebunden, dass es sogar seine Gegner bei sich hält.

Derzeit gibt es im Mittleren Osten religiöse Strömungen gegen den Westen, den Kapitalismus und den Imperialismus. Auch sie kämpfen nicht konsequent gegen den Kapitalismus und die kapitalistische Moderne. Sie verteidigen und akzeptieren sogar deren Werte mit den Worten, dass alles, was die Modernisten und ihre Wissenschaftler sagen, in ihren Quellen stände und sie die Ereignisse viel früher und viel besser vorausgesagt hätten. Letztendlich wollen sie religiös untermalt die Werte der kapitalistischen Moderne, den Nationalstaat und die Industrialisierung am Leben erhalten. Es handelt sich sozusagen um eine Version der kapitalistischen Moderne. Sie sind gegen eine Orientalisierung, betrachten aber den Ist-Zustand und die Vorkommnisse aus Sicht der Soziologen, die den Zentren der kapitalistischen Moderne entspringen. Sie sind also nicht wirklich Gegner der Modernisten. Es ist extrem wichtig, den Kampf gegen die kapitalistische Moderne als einen komplexen Kampf zu sehen. Es reicht nicht zu sagen, ich bin gegen Kapitalismus. Es muss von Anfang an eine Alternative bestehen, denn andernfalls löst es sich unausweichlich in der kapitalistischen Moderne auf. In dieser Hinsicht präsentiert die demokratische Moderne ihre Alternativen zur kapitalistischen Moderne. Das ist sehr wichtig. Denn es reicht nicht, gegen den Kapitalismus zu sein, wenn die ökologische Gesellschaft, die industrielle Gesellschaft, der demokratische Konföderalismus, die Ethik der politischen Gesellschaft nicht dargestellt werden und ihr struktureller Aufbau nicht herausgearbeitet wird.

Alle behaupten, gegen den Kapitalismus zu sein. Geht es jedoch darum, gegen seine Strukturen anzugehen und Strukturen in der demokratischen Moderne zu gestalten, kann sich niemand vom Kapitalismus lossagen. Daran sieht man die Abhängigkeit von ihm. Das ist seine Realität, denn das System der kapitalistischen Moderne hat mit dem Individualismus so viele Menschen an sich gebunden, dass es sogar seine Gegner bei sich hält. Daher muss die ihm entgegengestellte Alternative mächtig sein und als Gesamtes aufgestellt werden. Es reicht nicht aus, nur gegen den Kapitalismus zu sein, sondern die Alternative des demokratischen Konföderalismus muss dem Nationalstaat gegenüber aufgestellt werden. Eine ethisch-politische Gesellschaft muss geschaffen werden. Die Industrialisierung sollte nicht verherrlicht werden.

Die Industrialisierung wird ebenso verherrlicht wie die Technik. Ja, die Revolution wissenschaftlicher Technik ist gut, aber die Industrialisierung nicht. Industrie und Technik haben eine Bedeutung, wenn die Natur dadurch zerstört wird. Natur und Gesellschaft sind eine Einheit. Die Natur ist die erste ihrer Art und die Gesellschaft die zweite. Daher ist im Kampf gegen den Kapitalismus die Verteidigung der Gesellschaft enorm wichtig. Die Gesellschaft muss den Kern bilden. Beispielsweise haben viele Kapitalismusgegner verschiedene Analysen über die gesellschaftlichen Klassen. Zweifellos gib es Klassen, aber wie sind sie entstanden? Sie sind entstanden, indem die Gesellschaft zersprengt wurde. Dieser Staat und die Gruppe der Machtprofiteure haben sich nicht am Anfang gegen die Klassen aufgelehnt und sind damit nicht an die Staatsmacht gekommen. Indem die Gesellschaft gesprengt und in Klassen geteilt wurde, sind sie zu Macht und Staat geworden. In dieser Hinsicht ist die Gesellschaft das im Kern Wertvolle und das zu Verteidigende. Die demokratische Moderne kann nicht verteidigt werden, ohne die Gesellschaft zu verteidigen. Das muss erkannt werden. Ich wiederhole, die Verteidigung der Gesellschaft ist der Kern. Erst wenn wir die Gesellschaft und ihre Werte verteidigen, dann stellen wir uns der kapitalistischen Moderne entgegen.

Ich möchte vor allem betonen: Demokratie kann nur mit einer demokratischen Gesellschaft bestehen und der Kapitalismus ist ein Gegner der Demokratie. Die Bedingungen des Kapitalismus stehen einer Demokratie entgegen, da er die Gesellschaft auflöst. Und das Auflösen der Gesellschaft bedeutet einen Widerspruch zur Demokratie. Tatsache ist, dass Demokratie und Gesellschaft miteinander verbunden sind. Wahre Demokratie ist nur mit einer demokratischen Gesellschaft möglich. Daher bedeutet die Verteidigung der demokratischen Gesellschaft die Verteidigung der Demokratie und ist der wichtigste Kampf gegen den Kapitalismus. Ich möchte hier auch hervorheben: Eine demokratische Gesellschaft ist mit Sozialismus gleichzusetzen. Sozialismus und demokratische Gesellschaft bzw. Demokratie sollten nicht als zweierlei Angelegenheiten betrachtet werden. Wirkliche Demokratie bzw. eine auf der demokratischen Gesellschaft beruhende Demokratie ist gleich Sozialismus und Sozialismus ist gleich wirklicher Demokratie. Sozialismus bedeutet Vergesellschaftung. Daher sollte der Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus erkannt und beides als gleichwertig betrachtet werden. Demokratische Voraussetzungen sind für die Kommune notwendig, denn ohne Demokratie ist der Schutz der Kommune nicht möglich. Die Kommune wird nur von Demokratie geschützt. Es ist undenkbar, Sozialismus und Kommune ohne Demokratie zu schaffen. In dieser Hinsicht sind die demokratische Moderne, Demokratie und demokratische Vergesellschaftung mit dem Sozialismus gleichzusetzen. Das ist von großer Wichtigkeit.

Die wesentlichsten Unterschiede bestehen zwischen Kapitalismus und demokratischer Moderne. Kapitalismus und kapitalistische Moderne bedeuten Zivilisation. Das heißt, dass das




Die Bundesregierung hat ihre Einstellung zu den Errungenschaften in Rojava am 17. Juni in Berlin gezeigt. Polizisten griffen brutal eine Demonstration der PYD mit dem Motto »Solidarität mit Rojava und Şengal – Gegen die Kriminalisierung der PYD, YPG und YPJ« an. Zuvor hatte der deutsche Außenminister gedroht, der PKK in Deutschland keinen Spielraum zu lassen und ihre Geldströme trockenzulegen. Die Kräfte im Mittleren Osten, die für Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung einstehen, werden hier mit denselben Argumenten wie in der Türkei kriminalisiert und offensiv bekämpft. Foto: Mehmet Zahit Ekinci

gesamte Immaterialgut ausradiert wird. Diese immateriellen Güter sind jedoch Werte der Gesellschaft und somit vergesellschaftet. Gesellschaft und Immaterialgut sind miteinander verwoben. Es sind die ideellen Werte der Gesellschaft. Ein Materialist hat keine ideellen Werte. In den alten Gesellschaften der alten Welt vor Hunderten von Jahren wurden Materialisten aus der Gesellschaft ausgestoßen. Die demokratische Moderne muss das Immaterialgut wieder hervorheben. Ideelle Werte müssen betont werden. Das ist nur zu schaffen, wenn sich die Vergesellschaftung angeeignet wird, wenn sich also die gesellschaftlichen Werte angeeignet werden. Ohne die gesellschaftlichen Werte, also ohne die höhere Stellung der Gesellschaft, in der das Individuum die Gesellschaft als vorrangig betrachtet, sich mit der Einstellung »erst die Gesellschaft, dann ich« bzw. »ich existiere mit der Gesellschaft« dieser opfert, ohne all dies kann die demokratische Moderne nicht aufgebaut werden. Sie kann nicht mit materialistischer Mentalität geschaffen werden. Es ist nicht möglich, die demokratische Moderne mit den materiellen Gütern des Kapitalismus und den materialistischen Gütern des Westens zu erschaffen. Daher ist es notwendig, sich von materialistischen Gütern zu lösen und sich an die ideelle Kultur zu binden. Werte wie Gerechtigkeit, Gewissen, Ethik, Gleichheit, Nachbarschaft, Freundschaft, Genossenschaft müssen sich angeeignet werden. Ohne diese Werte ist eine demokratische Moderne unmöglich. Sie ist mit der heutigen Kultur des Individualismus nicht zu realisieren. Idealismus und Sozialismus sind dafür unerlässlich.

Damit verbunden ist zur Errichtung der demokratischen Moderne die freiheitliche Linie der Frauen. Die Freiheit der Frau ist das Leben selbst. Frau und Leben gehören zusammen. Ohne den Bezug zwischen der Wertstellung des Lebens und der Freiheit der Frau ist die demokratische Moderne nicht möglich. Das Paradigma des Vorsitzenden Apo sind die Frau, freiheitliche Demokratie und ökologische Gesellschaft, an seiner Spitze steht die Freiheit der Frau. Denn die Geschichte der demokratischen Moderne ist einerseits auch die Geschichte der freiheitlichen Frau bzw. des demokratischen Charakters der Frau. Im Gegensatz dazu ist jedoch die Geschichte der kapitalistischen Moderne eine der Beherrschung der Frau, der Entartung ihres Lebens und der Zerstreuung ihres Lebens. Also der Sinnlosigkeit ihres Lebens. Die von unserem Vorsitzenden Apo aufgezeigte freiheitliche Linie der Frau wird überall als wertvoll erachtet, aber nicht, weil es nur die Frauen betrifft, sondern weil es die Kernbedeutung des Lebens und der demokratischen Moderne ist.

Als eine Alternative muss die demokratische Moderne also den ideellen, ethischen, gesellschaftlichen und moralischen Werten eine sehr große Bedeutung beimessen. Der Vorsitzende Apo hat hierzu einen sehr wichtigen Begriff in den Raum gestellt, der beachtet werden und an Bedeutung gewinnen muss. Er nennt es die ethisch-politische Gesellschaft. Die Gesellschaft ist in ihrem Kern ethisch und politisch, erklärt er, es gibt keine Gesellschaft, die es nicht ist. Der Kapitalismus hat die ethisch-politische Gesellschaft zerstört. An die Stelle der Ethik ist die Wertlosigkeit und an die Stelle der Politik die Macht gesetzt worden. Die Ethik ist wie ihre Theorie, es handelt sich um Werte. Alle Werte der Gesellschaft sind ethisch. Die Politik wiederum ist dessen praktische Umsetzung im gesellschaftlichen Leben. In dieser Hinsicht muss die demokratische Moderne als wirkliche Alternative zur kapitalistischen Moderne eine entsprechende Bedeutung gewinnen und ethisch-politische Werte schaffen, um die Menschen zu mobilisieren. Das ist mit trockener Theorie und Ideologie nicht möglich. Es geht nicht dadurch, dass man nur gegen Kapitalismus ist oder eine solche Gesellschaft schaffen will. Die Menschheit, die Gesellschaft muss Erregung verspüren. Das wiederum funktioniert nur damit, dass ethisch-politische Werte gelebt werden. Mit dem Aufbau einer organisierten Gesellschaft organisieren wir diese und den demokratischen Konföderalismus, die Frauen, die Jugend, die Werktätigen. Mit ihrer Organisierung probieren sie von den ethisch-politischen Werten. Diese Gesellschaft muss sich selbst und ihre Organisierung zu einer ethisch-politischen Gesellschaft hinbewegen. Wenn es geschafft ist, dann sind diese Gesellschaft und all diese Werte Grundlage für das demokratische Modell. Und sie ist eine Gesellschaft, die der kapitalistischen Moderne als Alternative gegenübersteht.

Der Kapitalismus hat die ethisch-politische Gesellschaft zerstört. An die Stelle der Ethik ist die Wertlosigkeit und an die Stelle der Politik die Macht gesetzt worden.

Daher muss die demokratische Moderne in der Zukunft die Gesellschaft als Kern enthalten. Zudem muss mit der ethisch-politischen Gesellschaft der demokratische Konföderalismus als Alternative zum Staat geschaffen werden. Ethisch-politische Gesellschaft und demokratischer Konföderalismus sind miteinander verbunden, denn ohne ethisch-politischen Charakter ist ein demokratischer Konföderalismus nicht umsetzbar bzw. der Aufbau eines demokratischen Konföderalismus ist ohne eine ethisch-politische Gesellschaft ohne Bedeutung. Sie wird nicht zu einer wirklichen Alternative werden, weshalb ich diese Parameter als äußerst wichtig betrachte. Ich betone daher, dass die Verteidiger der demokratischen Moderne und deren Gründer in Zukunft auf diese grundlegenden Punkte achten müssen. In diesem Sinne grüße ich Euch alle und wünsche Euch eine erfolgreiche Arbeit. ♦

Gedenkfest für die gefallenen Internationalist*innen

# In die Herzen ein Feuer ...

Holger Deilke, Kurdistan-Solidaritätskomitee Bonn

Am 6. Mai 2017 fand in Celle das Gedenkfest für im Kampf gefallene Internationalist*innen in Royava/Nordsyrien statt. Der Impuls zur Ausrichtung eines solchen Festes ging von einem TATORT-Kurdistan-Treffen im letzten Jahr aus. Schnell fand sich ein Kreis von Genoss*innen, denen dieser Gedanke ein Anliegen wurde. Im Vorbereitungskomitee kamen dann Genoss*innen von der Kampagne TATORT Kurdistan, dem Freundeskreis Ivana Hoffmann, der Stiftung der freien Frau aus Rojava (WJAR), der Informationsstelle Kurdistan (ISKU), NAV-DEM und der Kampagne Halim Dener zusammen.

In der kurdischen Befreiungsbewegung ist Gedenkkultur ein nicht wegzudenkender Bestandteil, sogar eine der Säulen des Kampfes. Die Erinnerung an die im Rahmen des Kampfes gestorbenen Menschen wird im Alltag, im Rahmen von Aktivitäten, zu verschiedensten Anlässen wachgehalten und gestärkt. Nahezu jede Versammlung beginnt mit einer Schweigeminute. Die Portraits von Gefallenen hängen zu Hause, in jedem Verein, sie werden auf Demonstrationen getragen und sind tief in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Aber wie können wir als »Deutsche Linke« eine Gedenkkultur entwickeln? Nicht, dass es diese Kultur bei uns nicht gab oder gibt: Wir haben nur den Kontakt dazu verloren. So war der 20. Mai in der Deutschen Demokratischen Republik DDR der Gedenktag für die gefallenen Internationalist*innen im spanischen Befreiungskampf. In der Bundesrepublik Deutschland BRD benannte sich eine bewaffnet kämpfende Gruppe nach dem Datum der Ermordung Benno Ohnesorgs »Bewegung 2. Juni«. Der 18.10. wurde nach 1977 zum Gedenktag für die ermordeten Kämpfer*innen der antiimperialistischen Kämpfe in der Metropole.

Daran können wir anknüpfen. Und das wollen wir auch.

Allein aus Deutschland folgten ca. 4500 Menschen dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands KPD zur Bildung internationaler Brigaden gegen den Franco-Faschismus. Antifaschistischer Kampf, Solidarität, zusammen kämpfen, Abwehr weiterer Kriege – das einte die Menschen aus weiten Teilen der Welt. Und sicher auch die Neugier: Wie bauen die Menschen dort ihre demokratische Republik auf? Was sind ihre Erfahrungen? Was ihre Errungenschaften? Ihre Probleme? Was können wir voneinander lernen?

So wurde der sog. spanische Bürgerkrieg das erste uns bekannte Beispiel internationaler Mobilisierung zur Unterstützung revolutionärer Kämpfe. Auch die Tausende von Freiwilligen, die im Zweiten Weltverteilungskrieg in den verschiedenen Armeen gegen den Faschismus gekämpft haben und gestorben sind, dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

In den Jahren nach 1945 zog es immer wieder einzelne Internationalist*innen aus Europa zu den Befreiungskämpfen in den Kontinenten.

Viele in Europa schauten auf die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, besonders als 1979 die Sandinist*innen der FSLN in Nicaragua das Somoza-Regime vertreiben konnten und die Befreiungsbewegung FMLN in El Salvador auf einem guten Weg zum Sieg zu sein schien.

Im sog. Nahen und Mittleren Osten bot die palästinensische Befreiungsbewegung Anknüpfungspunkte und spätestens seit dem Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 auch die Kämpfe in der Türkei und im kurdischen Teil der Türkei. Die Schweizerin Barbara Anna Kistler schloss sich 1991 den bewaffneten Einheiten der TKP/ML an und fiel 1993 in Dêrsim.



Der Gefangenenrat der damals ca. 10000 Gefangenen der Arbeiter*innen Partei Kurdistan PKK in den türkischen Gefängnissen forderte in seinem Aufruf zum 1. Mai 1989 die fortschrittlichen Menschen und Organisationen der Welt auf, nach dem Vorbild der internationalen Unterstützung der Spanischen Republik 1936 internationale Brigaden zu organisieren und die Kämpfe in Kurdistan zu unterstützen. Der Kampf der PKK mit seinem feministischen Ansatz, dem bewaffneten Kampf in den Bergen und den Aufständen in den Städten hatte inzwischen auch in den deutschsprachigen Raum Ausstrahlung erlangt, so dass ab 1993 nach und nach immer mehr sich dem Kampf dort anschlossen.

Unter ihnen Ronahî/Andrea Wolf, revolutionäre, feministische Internationalistin. In Deutschland wegen ihres Kampfes gegen die imperialistische Bestie verfolgt, fand sie Aufnahme bei den Freundinnen und Freunden der PKK. Am 22. Oktober 1998 fiel sie zusammen mit weiteren Freund*innen dem Feind in die Hände und wurde mit den Genoss*innen nach der Gefangennahme erschossen.

Die im Kampf getöteten Genoss*innen waren, sind und bleiben ein Teil unserer Kämpfe. Sie erinnern uns an die Ernsthaftigkeit und Bedeutung unserer Kämpfe. Sie sind gestorben, weil der Feind uns lieber tot sieht, als auch nur ein Stück von seiner Hegemonie zurückzuweichen. Ihr Tod ist eine Anhäufung von tiefen Wunden in unseren Herzen, die wir mit uns tragen. Unser Gedenken hält sie lebendig, heute und in der Geschichte. Sie geben uns Kraft, uns weiterzuentwickeln. Das bedeutet »Şehîd namirin/die Gefallenen sind unsterblich«. Sie helfen uns, uns zu hinterfragen: Wo haben wir Schritte nach vorn gemacht, wo halten wir an Dingen fest, an Gewohntem, wie weit haben wir die Hoffnung in uns hereingelassen …?

Das weiß der Feind und so ist es ihm auch nicht zu mühsam, mit großem Einsatz unsere Gedenkstätten möglichst zu vernichten: Am 29. November 2015 hat das türkische Militär mit Helikoptern, Kampfflugzeugen und Granaten den nach unserer Genossin Ronahî/Andrea Wolf benannten PKK-Friedhof sowie die Gedenkstätte und das Dokumentationszentrum inklusive Gebetshaus in Keleh/Şax aus der Luft bombardiert und schwer getroffen. Die Gedenkstätte, Gräber und Gebäude wurden zerstört. Wo die türkische Armee hinkommt versucht sie die Erinnerung an die Gefallenen auszulöschen.

Das werden sie nicht schaffen, dafür sorgen wir. Überall auf der Welt bleiben die gefallenen Genoss*innen in den Herzen und Köpfen der Menschen, es werden ihre Bilder getragen, ihre Worte rezitiert und es ist gut, wenn wir ihrer zu Beginn von Veranstaltungen gedenken.

So haben wir uns an die Vorbereitung unseres Gedenkfestes gemacht. Es sollte schön werden. Und es wurde schön. Die vielen engagierten Menschen, die dieses Fest zur eigenen Sache machten, haben es wunderschön werden lassen. Es sollte Raum geben zum Nachdenken, Innehalten, für Trauer, gegenseitiges Kennenlernen, Neugier … und all das wurde möglich gemacht und angenommen.

Die vielen Freundinnen und Freunde, Helferinnen und Helfer haben es geschafft, aus einem Veranstaltungsort einen Gedenkort zu machen, es hat an nichts gefehlt,

### Aus der Begrüßungsrede des Vorbereitungskomitees vom Gedenkfest für gefallene Internationalist*innen in Celle

»Jetzt bin ich voller Freude«

Mit diesen Worten beschrieb die Internationalistin Andrea Wolf 1995 ihre Gefühle vor dem Aufbruch nach Kurdistan. Sie wollte den Aufbau eines neuen Internationalismus, endlich raus aus der Perspektivlosigkeit.

Andrea fiel am 22. Oktober 1998 in Kurdistan.

So wie Andrea machen sich viele auf den Weg – auch um ihr Erbe aufzunehmen – und, um nicht zu vergessen.

Deswegen sind wir heute hier.

…

Sie prägen den Aufbau einer Idee – der Idee des internationalen Kampfes aus Liebe zum Leben.

Rojava bietet uns die Möglichkeit, neuen Internationalismus zu spüren und zu entwickeln. Menschen aus allen Kontinenten kommen nach Rojava, um eine solidarische gesellschaftliche Zukunft zu erkämpfen.

Ihre Bereitschaft, das Menschsein mit ihrem eigenen Leben gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung zu verteidigen, ist ihnen allen gemein.

Dieses Feuer ist die Grundlage für unseren Kampf heute.

Ivana Hoffmann (Avaşin Tekoşin Güneş), Günther Hellstern (Rustem Cudi), Kevin Jochim (Dilsoz Bahar), Anton Leschek (Zana Ciwan) sind seit 2015 in diesem Kampf in Rojava gefallen.

Wir verneigen uns.

…

Erinnern heißt kämpfen – die Zukunft wird von uns gemeinsam geschrieben sein.

Oder um es mit den Worten von Freundinnen auszudrücken:

»Wir sind die Nichten der Hexen, die ihr nicht verbrennen konntet!«



Salih Muslim gemeinsam mit Angehörigen der gefallenen Internationalist*innen. Foto: Babak Bataghva

alles war so gut vorbereitet, dass das Gedenken im Vordergrund stehen konnte, und Tränen und Tanzen und Singen und Weinen und Zuhören und Sprechen und Zusammensein und Alleinsein – dass dies alles zu diesem Zeitpunkt an diesem Ort sein konnte. Und sie haben es geschafft, aus einem Raum, in dem sonst Punkkonzerte und Ähnliches stattfinden, einen sehr schönen Gedenkraum zu machen. In dem mit schwarzem Tuch verkleideten Raum hingen Bilder gefallener Internationalist*innen, versehen mit ihrem Kampfnamen, ihrem »bürgerlichen« Namen, dem Ort und Datum ihres Todes. Aus der Mitte des Bodens schien die große gelbe Sonne, die wir von den Fahnen her kennen, in der Mitte ein Blumengebinde. Der Raum strahlte Ruhe aus und bot die Möglichkeit, sich in Ruhe den entstehenden Gedanken hinzugeben.

Ich bin mir nicht sicher wie weit ich in der Geschichte zurückgehen sollte.

Einen Tag? Eine Woche? Neunzehn Jahre?

Wir trafen gegen Mittag auf dem Gelände ein, wo die Feier stattfinden sollte. In dem ehemaligen Kasernengelände war der hintere Teil eines U-förmigen Gebäudekomplexes mit schwarz verhängten Zäunen abgetrennt. Nachdem der Sicherheitsdienst uns durchsucht hatte, betraten wir den Hof, auf dem sich neben uns eine kleine Bühne mit einem Tonnendach befand. An der angrenzenden Wand befand sich das Bild einer Frau in Bomberjacke, schwarzweiß, drei mal drei Meter groß. Ich kannte sie nicht.

Später erfuhr ich ihren Namen – Andrea Wolf.

Ich schlenderte an den verschiedenen Büchertischen unter Pavillons entlang, besah mir die Titel. Verschiedene Publikationen von TATORT Kurdistan, Ciwanên Azad, der Kampagne Halim Dener, der Roten Hilfe, Kommunistischer Aufbau, Freundeskreis Ivana Hoffmann.

Links, neben einem der Pavillons aus dem Baumarkt, ein hohes, mit Graffiti übersätes Tor, aufgeklappt. Der hohe Tordurchgang mit schwarzem Samt verhängt.

Durch den Vorhang in die gänzlich schwarz gestrichene, ehemalige Werkhalle eintretend, mit einem gelben Stern auf dem ebenfalls schwarzen Fußboden, fiel der Blick direkt auf die gegenüberliegenden Portraits der gefallenen Internationalist*innen.

Ich war mir bis zum letzten Augenblick nicht sicher, ob ich an dieser Feier teilnehmen wollte.

Skeptische Erwartungen hegte ich, Held*innenverehrung befürchtete ich.

Diese Befürchtungen wurden mir genommen, es war sehr schlicht, ohne Pathos.

Stattdessen erlebte ich Freundlichkeit, scharfe Reflexionen und aufrichtige Anteilnahme.

f. r.

Wie schön, dass Ivana Hoffmanns Mutter kommen konnte und für uns alle Worte der Trauer und des Stolzes für ihre Tochter gefunden hat.

Und wie schön, dass Chris Scurfield aus England da war, um über seinen Sohn Kosta zu sprechen und in seiner Ansprache an uns damit zu enden, dass in Großbritannien permanent »Helden« geehrt werden, weil sie in der britischen Armee auf einem der vielen Kriegsschauplätze ihr Leben lassen mussten: Aber was ist das für ein Held*innentum, für die Interessen der NATO, des britischen Staates und seiner Mächtigen und Nutznießer*innen zu kämpfen? Vielmehr sind Menschen wie sein Sohn, die für demokratische und emanzipatorische Entwicklungen ihr Leben einsetzen, die wirklichen Held*innen. Wir möchten hiermit John zutiefst zustimmen.

Der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Salih Muslim hat sehr eindringlich über die Bedeutung der internationalistischen Beteiligung am Kampf in Rojava gesprochen. Er blieb den ganzen Tag bei uns, er war Teil des Festes und die ganze Zeit bei und mit den Angehörigen zusammen.

Der Freundeskreis Ivana Hoffmann erzählte vom Leben und Kämpfen der jungen Ivana, ein als Poetry Slam angekündigter Text behandelte Ivanas Leben und dass ihre Entscheidung, sich kämpfend an die Seite der Menschen in Rojava zu stellen, ihr Leben einzusetzen, Soldatin der Revolution zu sein, nichts mit dem Soldaten*innentum zu tun hat, das mit Gehorsamsprinzipien und Aufgabe der eigenen Persönlichkeit einhergeht. Genau im Gegenteil: Es ist die Entscheidung für das Leben, für Lebendigkeit.

Besonders bewegend fand ich die Ansprache von Frau Hoffmann, Duisburg, und des Herrn Scurfield, England. Auch waren Angehörige eines australischen und kanadischen Internationalisten angereist, um der Feier beizuwohnen.

Herr Scurfield, Vater des Internationalisten Kostas Scurfield, schilderte sehr klar, wie er die Nachricht des Todes seines Sohnes von einem Reporter erfuhr, der plötzlich vor seiner Haustüre stand, um ihn zu interviewen, und die Tragweite dieser Nachricht ...

Er fand sehr klare Worte für die darauffolgenden Versuche, nach dem Tod von Kostas, sowohl der Medien wie von staatlichen Stellen, seinen Sohn zu kriminalisieren. Er benannte genauso klar die Unterstützung und die fortgesetzte Beteiligung der NATO-Staaten, insbesondere seiner eigenen britischen Regierung, bei der Unterstützung des Daesch.

Eine längere Erklärung hielt auch der Co-Vorsitzende der PYD, der Genosse Salih Muslim, der auch kein Geschwätz von sich gab – Salih Muslim hat selbst einen Sohn im Kampf um die Freiheit Kobanês verloren.

Zur musikalischen Untermalung trug die baskische Gruppe Lurreko bei.

Außerdem rockte die Band Antinational Embassy mit einer Mischung aus Reggae, Raggamuffin und Ska die Bühne. Die kommen aus Berlin, bestehen aus Flüchtlingen mit Support – sie grooven vom Feinsten und machen schweinegeile Musik.

Außerdem dabei der kurdische Rapper Serhado.

f.r.

Es gab weitere Redebeiträge verschiedener Organisationen (wie Rote Hilfe, Revolutionärer Aufbruch Schweiz …); aber besonders hervorgehoben und zitiert sei an dieser Stelle das Grußwort des italienischen Partisanen Giacomo Notari, der mit wenigen schönen Worten die Verbindung der Befreiungskämpfe dieser Welt formulierte:

*»Liebe Freunde und Freundinnen,*
*Als nunmehr fast neunzigjähriger Partisan aus den Bergen von Reggio Emilia, der während des Zweiten Weltkrieges in der italienischen Resistenza gegen ausländische Invasoren und gegen die faschistische Diktatur gekämpft hat, möchte ich hiermit meiner tief empfundenen Solidarität, meiner Wertschätzung und Nähe zu den kurdischen Partisaninnen und Partisanen und ihrem langen Kampf für den Frieden, für die Freiheit und die Unabhängigkeit ihres Volkes Ausdruck verleihen. Nach den letzten tragischen, bis vor wenigen Jahren unvorstellbaren Ereignissen, mit denen die Geißel des Kalifats in all seiner absurden Barbarei und Gewalt in Erscheinung tritt, sollten alle dem kurdischen Volke dankbar dafür sein, dass es die vom ISIS besetzten Gebiete befreit und somit die Freiheit von uns allen verteidigt.*
*Es lebe der Widerstand gegen alle Tyrannen der Vergangenheit und der Gegenwart.*
*Es lebe der Frieden und die Freiheit.*
*Giacomo Notari«*

Sehr gefreut hat uns, dass Valerie und Shelagh, Mutter und Tante des kanadischen Gefallenen John Gallagher (Gabar Rojava), extra aus Kanada und Amanda Johnston, Mutter von Ashley Johnston, zum Gedenkfest gekommen sind, um diesen Tag zusammen mit uns zu begehen und andere Angehörige kennenzulernen.

Wir schaffen uns unsere Gedenkstätten und -feiern. Ganz in dem internationalistischen Geist der gefallenen Internationalist*innen kommen wir AUCH im Gedenken zusammen, über Grenzen und Zeiten hinweg.

Şehîd namirin!

Über die Kontroverse um den Halim-Dener-Platz in Linden/Hannover

# Nach 23 Jahren einen Ort des Gedenkens gestalten

NAV-DEM Hannover




Foto: Kampagne Halim Dener

Seit der 16-jährige Halim Dener 1994 in Hannover beim Plakatieren von einem Zivilpolizisten erschossen wurde, gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie an den kurdischen Aktivisten erinnert werden und sein Tod Beachtung in der Stadtgeschichte finden soll.

Noch auf der Trauerdemonstration am 9. Juli 1994, eine Woche nach der Tötung, erkannte der damalige Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg vor ca. 16 000 Teilnehmer*innen die Berechtigung eines würdevollen Gedenkens an und unterstrich, dass er die Aufrechterhaltung des PKK-Verbots, das mitursächlich für den Tod Halim Deners war, für einen Fehler halte. Daraufhin erhielt er Morddrohungen türkischer Nationalist*innen, auch weil eine rechte Tageszeitung Adresse und Telefonnummer Schmalstiegs veröffentlicht hatte.

## Der Wunsch nach einem würdevollen Gedenken

Über zwanzig Jahre hielten Aktivist*innen und Gruppen aus den kurdischen und türkischen Communities sowie der autonomen radikalen Linken die Erinnerung an Halim Dener am Leben. Hin und wieder gab es eine Aktion zum Jahrestag der Tötung oder einen kurzen Medienbericht.

Zum 20. Todestag 2014 kamen Strukturen der Jugendbewegung Kurdistans in Europa, der Kurdistan-Solidaritätsbewegung und der radikalen Linken in Hannover zusammen und gründeten die »Kampagne Halim Dener – gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.«. Sie verbindet ein kreativ-aktives Gedenken an Halim Dener mit den soziopolitischen Fragen von Kurdistan-Konflikt, Flucht und Asyl, PKK-Verbot und tödlicher Polizeigewalt.

Zwar legt sie dabei ihre Schwerpunkte auf die kurdische Community, die linke Szene und die interessierte allgemeine Öffentlichkeit, doch hat sie stets den Kontakt mit der offiziellen Stadtpolitik gesucht – wenn auch selten direkt adressiert. An einer gut besuchten, öffentlichen Podiumsdiskussion am 21. Todestag, dem 30. Juni 2015, nahmen neben der Kampagne Halim Dener und NAV-DEM u. a. auch der damalige Ordnungsdezernent Mark Hansmann und der ehemalige Oberbürgermeister (OB) Schmalstieg (beide SPD) teil. Sie stellten sich der Diskussion mit der Kampagne und zeigten sich zumindest offen für ihre Forderungen. Hansmann ging sogar auf einen Vorschlag aus dem Publikum ein, eine Ausstellung über Halim Dener im städtischen Rathaus zu zeigen, und Schmalstieg wiederholte seine Aussage von 1994, das PKK-Verbot sei ein Fehler und müsste spätestens jetzt gekippt werden. Dabei blieb es dann aber auch.

Während der Demonstration zur europaweiten Newroz-Feier der Freiheitsbewegung Kurdistans am 19. März 2016 und während einer 24-Stunden-Kundgebung der Kampagne Ende September 2016 wurden zwei Gedenksteine am Steintorplatz, wo Halim Dener in der Nacht vom 30. Juni 1994 erschossen worden war, verlegt. Die Stadt ließ sie jeweils nach nur wenigen Tagen kommentarlos entfernen.

Gegen Ende der 24-Stunden-Kundgebung am 26. September suchten Aktivist*innen aus dem Umfeld der Kampagne die Bürgersprechstunde des Oberbürgermeisters Stefan Schostok (auch SPD) auf und trugen dem OB das Anliegen, einen Ort des Gedenkens an Halim Dener zu schaffen, vor. Schostok war die Geschichte Halim Deners durchaus ein Begriff und er sicherte zu, das Anliegen in den Stadtrat oder dessen Ausschüsse zu tragen. Geschehen ist das aber nicht.

## Halim-Dener-Platz im Stadtteil Linden

Da der Stadtrat Hannovers eh von einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP dominiert wird, war klar, dass sich dort keine Mehrheiten für einen Ort des Gedenkens an Halim Dener gleich welcher Form finden lassen würden. Im Stadtbezirksrat Linden-Limmer hingegen haben Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Piraten und Die Partei eine deutliche Mehrheit und in Niedersachsen entscheiden die Bezirke selbständig über die Benennung von Straßen und Plätzen, die in ihrem Gebiet liegen. So entstand die Idee, im links-alternativ und multikulturell geprägten Stadtteil Linden durch die Benennung einer Straße oder eines Platzes einen Gedenkort zu schaffen.

Um diese Initiative der Öffentlichkeit vorzustellen, fand am 23. März 2017 auf Einladung der Kampagne ein Pressegespräch statt. Neben den Bezirksratsfraktionen der Grünen und der Linken sowie den jeweils einzelnen Ratsmitgliedern der Piraten und der Partei – die SPD-Fraktion war eingeladen, konnte sich aber nicht rechtzeitig entscheiden, wie sie zu dem Vorschlag stehen würde – nahmen auch Personen und zivilgesellschaftliche Gruppen aus Linden teil, die zuvor eine Solidaritätserklärung verfasst und sich als Unterstützer*innen-Kreis für den Halim-Dener-Platz in Linden zusammengeschlossen hatten; unter ihnen ein feministischer Buchladen, ein linkes Wohnprojekt, die Fanszene eines lokalen Fußball-Vereins, Kneipen, Gewerbetreibende und Leute aus einem Kulturzentrum. Bereits nach dem Pressegespräch kamen einzelne Stimmen aus der Spitze des SPD-Stadtverbands zu Wort, der Vorschlag, einen Platz nach Halim Dener zu benennen, wäre eine unnötige Provokation und würde die Gesellschaft spalten.

Diese Stimmen schwollen zu einem regelrechten Geschrei an, als sie von türkisch-nationalistischen bis -faschistischen Gruppen aufgegriffen und am 10. Mai 2017 bei der Sitzung des Bezirksrats vorgebracht wurden. Halim Dener wurde pauschal als Terror-Sympathisant dargestellt, die CDU-Bezirksratsfrau Gabriele Steingrube suchte sogar die Schuld für den Tod bei dem Jugendlichen, denn er hätte sich ja nicht der Festnahme entziehen brauchen. Unbeirrt stimmten DIE LINKE, Die Partei, Die Piraten und Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen mit 11 Stimmen für die Benennung des Halim-Dener-Platzes gegen SPD, CDU und FDP mit 6 Stimmen.

## Undemokratische Grätsche von OB und Hauptausschuss

Gegen diesen Beschluss des Bezirksrats legten OB Schostok und der Hauptausschuss der Stadt – ein Gremium von Vertreter*innen der Stadtratsfraktionen und des OBs – jeweils Einspruch ein. Durch die Platz-Benennung würden »der Konflikt zwischen türkischen Bevölkerungsgruppen in Hannover verschärft«[1], »zwei Gruppen [...] wild aufeinandergehetzt«[2], der Platz zu einem Anziehungspunkt für türkische Nationalist*innen und PKK-Anhänger*innen. Man war sich auch nicht zu schade, eine Verpflichtung der Stadt Hannover zur Neutralität in innertürkischen Fragen für sich in Anspruch zu nehmen. Neutralität? Spaltung der Gesellschaft?

Die BRD hat längst Position bezogen, indem sie seit nunmehr 50 Jahren – wie bereits vor ihr andere deutsche Staaten auch – Waffen in die Region und an den Staat Türkei liefert, dem AKP-Regime trotz Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen weiterhin politische Rückendeckung gewährt, die PKK auch in Europa verfolgt und kurdische Aktivist*innen als vermeintliche Mitglieder einer terroristischen Organisation verurteilt. Auch die Stadt Hannover hat Position bezogen, indem sie im Oktober 2016 einen Empfang für den damaligen Generalkonsul Mehmet Günay zum Gründungstag der Republik Türkei veranstaltete, nur wenige Tage, nachdem Fırat Anlı und Gültan Kişanak verhaftet worden waren. Die beiden DBP-/HDP-Politiker*innen sind die Kobürgermeister*innen der Großstadt Amed (Diyarbakır), mit der die Stadt Hannover seit Jahren eine Städtepartnerschaft anstrebt, zumindest ein Teil der SPD tut das. Ein anderer Teil der SPD knüpft diese Städtepartnerschaft an eine gleichzeitige Partnerschaft mit dem anatolischen Konya. Bei dem Empfang wurde die Rede des Staatspräsidenten Tayyip Erdoğan verlesen, die die Abwehr des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 als Heldentat der Nation preist und allen politischen Gegner*innen indirekt droht. Bürgermeister Thomas Herrmann (schon wieder SPD) erklärte in seiner Lobrede auf die guten deutsch-türkischen Bezie-

1 Stefan Schostok, zitiert nach Juliane Kaune auf haz.de, 11.05.2017

2 Wilfried Engelke (FDP-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat), zitiert nach Juliane Kaune auf haz.de, 11.05.2017




Foto: Kampagne Halim Dener

hungen mit Blick auf die in Amed inhaftierten Kolleg*innen nur, die Ereignisse seien aufzuklären, die Vorwürfe gegen die Kommunalpolitiker*innen zu entkräften und der Türkei eine rechtsstaatliche Lösung zu wünschen. Wer spaltet also die Gesellschaft?

Im Demonstrations-Aufruf der Kampagne Halim Dener zum 23. Todestag wird auf diesen Vorwurf eingegangen und stattdessen eine gangbare Alternative aufgezeigt:

»Kritiker*innen des Halim-Dener-Platzes reden eine Spaltung der Gesellschaft herbei und sehen in der Platz-Benennung Konfliktpotential. Dabei sind sie in Wirklichkeit die treibende Kraft der Spaltung und erkennen nicht, dass gesellschaftliche Fragen zum Konflikt um den Tod Halims geführt haben. Ein Ort des Gedenkens und der Auseinandersetzung mit diesen bestehenden Fragen wäre ein wichtiger Schritt, um die herrschende Realität anzuerkennen und gemeinsame Antworten für Lösungen zu finden.«

Die Kampagne ist das beste Beispiel dafür, dass deutsche, kurdische sowie türkische Gruppen, Aktivist*innen und Jugendliche um die Beschäftigung mit Halim Deners Geschichte zusammenkommen und seit Jahren an einem gemeinsamen Projekt arbeiten. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Auseinandersetzung um die Platzbenennung eine kulturelle oder ethnische Frage sei. Vielmehr echauffieren sich Nationalist*innen und Faschist*innen darüber, dass die von ihnen verleugnete kurdische Gesellschaft mit ihrer eigenen Geschichte in Deutschland anerkannt und nach 23 Jahren ein Kapitel der hannoverschen Stadtgeschichte weitergeschrieben wird.

## Es bleibt dabei: Für einen Halim-Dener-Platz in Linden!

Aufgrund der Einsprüche von OB und Hauptausschuss musste der Bezirksrat am 7. Juni 2017 erneut über den Antrag, den Halim-Dener-Platz zu benennen, abstimmen. Diesmal waren wieder zahlreiche Nationalist*innen anwesend, die sich in ihren Wortbeiträgen zu Drohungen hinreißen ließen und damit zu erkennen gaben, wes Geistes Kind sie sind. Dass sie 4 000 Unterschriften gegen die Platz-Benennung gesammelt hatten, juckte dann auch niemanden mehr. Im Gegenteil waren Lindener*innen anwesend, die deutlich machten, dass sie einen Halim-Dener-Platz willkommen heißen würden und ein solcher dem weltoffenen, fortschrittlichen und bunten Stadtteil gut zu Gesicht stehen würde. In diesem Sinne nahm der Bezirksrat mit 9 Stimmen für und 5 Stimmen gegen die Platz-Benennung (bei 3 Enthaltungen) den Antrag erneut an.

Der OB hat sich bereits als schlechter Verlierer erwiesen und die Kommunalaufsicht – in diesem Fall das Innenministerium des Landes Niedersachsen – angerufen. Sie prüft nun, ob der Beschluss zur Platzbenennung durch den Bezirksrat rechtmäßig war. Als vorweggenommene Revanche unter Sportsfreund*innen kann da schon das Foto verstanden werden, das die Fanszene des SV Linden 07 mit Schostok beim letzten Heimspiel der Saison machte. Darauf posiert der Oberbürgermeister hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Murdered by German Police – Halim Dener 30.06.1994 / Oury Jalloh 07.01.2005«.

Alle Beteiligten haben angekündigt, am Thema dranzubleiben. Es bleibt also spannend.

Der Unterstützer*innen-Kreis bereitet verschiedene kulturelle und soziale Aktivitäten vor, die auf dem Halim-Dener-Platz stattfinden werden. Die Kampagne ruft zu einer Demo am 23. Todestag, dem 30. Juni 2017, vom Steintorplatz zum Halim-Dener-Platz auf. Im Aufruf heißt es:

»… wir *[werden]* weiterhin das Gedenken an Halim Dener und die Forderung nach einem angemessenen Ort dafür mit der Auseinandersetzung über den Krieg in Kurdistan und den Status der Kurden, dem Thema Flucht und Asyl, dem PKK-Verbot und tödlicher Polizeigewalt verbinden. Unabhängig davon, was Oberbürgermeister oder Kommunalaufsichten beschließen: Wir werden den Halim-Dener-Platz als Ort des Gedenkens und der Begegnung gestalten!« ♦

Blog der Kampagne Halim Dener:
http://halimdener.blogsport.eu/

Demokratische Nation und Nationalstaat – Teil 2

# Liberalismus und Individualismus

Michael Knapp, Historiker und Autor

Im ersten Teil[1] wurde versucht, einen kleinen Einblick in die Diskussionen um die demokratische Nation und Nationalismus zu geben. Dabei wurde insbesondere die historische Perspektive im Apoismus untersucht und Staatlichkeit und Nationalismus als Vorbedingungen für die kapitalistische Moderne herausgearbeitet. In diesem Teil soll nun der ideologische Bogen vom Protestantismus über den Liberalismus hin zum Kapitalismus geschlagen werden, mit einem Schwerpunkt auf den mentalitätsgeschichtlichen Konsequenzen.

»Nur wenn Staatsmacht als Nationalstaat organisiert ist, kann die kapitalistische Moderne und insbesondere ihre Profitmaximierung und Kapitalakkumulation durch die Ökonomie realisiert werden«,[2] stellt Öcalan fest. Es reicht nicht aus, den Nationalstaat als tyrannisches und monistisches Modell zu interpretieren, ausschlaggebend für den Aufstieg des Kapitalismus war auch die Ideologie des Liberalismus. Die Auseinandersetzung mit der Ideologie des Liberalismus wird umso wichtiger, wenn wir gesellschaftliches Leben und Mentalität[3] in der kapitalistischen Moderne in der BRD begreifen wollen.

Die aufkommende liberale Ideologie ist eng mit den Interessen der aufsteigenden Bourgeoisien verbunden und kann als politisches und ökonomisches Äquivalent zum quasi religiösen Dogma der Bourgeoisien – dem Nationalismus – betrachtet werden. Im ersten Teil wurde dargelegt, wie die Nationalstaatsbildung mit der Entwicklung interner Märkte zusammenhing. Liberalismus ist die Ideologie, welche die Kontrolle der Monarchen und Herzöge wie auch der Zünfte und anderen Zusammenschlüsse über die Märkte aufweichte und den Weg freimachte für die aufstrebenden bürgerlichen Klassen.

1 Annäherung an den Begriff der »Demokratischen Nation«, Kurdistan Report 191 | Mai/Juni 2017, S. 54.

2 Abdullah Öcalan, KÜRT SORUNU VE DEMOKRATIK ULUS ÇÖZÜMÜ, Kültürel Soykırım Kıskacında Kürtleri Savunmak, 2016, S. 45

3 Mentalität ist hier als eine Form der Grundhaltung angesprochen.

## Schritte zur kapitalistischen Ökonomie

Während im mittelalterlichen Europa die Produktion insbesondere in den Städten nicht auf Konkurrenz, sondern an den Bedürfnissen der Gemeinschaft und wenn nötig ihrer Feudalherren orientiert war, war es notwendig zur Durchsetzung von Profitmaximierung und Akkumulation diese Produktionsweise zu ändern. Dies galt insbesondere auch für ländliche Regionen, in denen Dörfer über ihre Allmende-Ländereien verfügten und für die eigene Subsistenz und eben nicht primär für den Markt produzierten. Ähnliche Institutionen wie die Allmende gibt es in den verschiedensten Regionen als Commons, Ejido oder auch Saynoca. Diese Lebensformen sind bzw. stellen in Europa meistens lebendige Kollektivität dar, wie sie das Leben vor der Stratifizierung von Gesellschaft und der Aneignung von Privateigentum an Produktionsmitteln geprägt haben muss. Diese nicht entfremdete Gesellschaftsform wird von Abdullah Öcalan als die »natürliche Gesellschaft« bezeichnet. Im mittelalterlichen Europa war also die Landwirtschaft kollektiv und die Gemeinschaft hatte ihre Abgaben in Form von Arbeit und/oder Gütern an die Feudalherren zu leisten. Auch das Wertemodell der mittelalterlichen Gesellschaften hatte an das kollektive Leben angepasste Züge, so wurde Generosität geachtet, während Geiz zu den Todsünden gehörte.[4] Menschen leisteten in kollektiven Bewegungen Widerstand gegen die personalisierten Manifestationen der Macht – die weltlichen und geistlichen Feudalherren. Es gab einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Widerständigkeit in Städten und auf dem Land. Die Städte waren zu Zentren der Kapitalakkumulation geworden, während die ländlichen Gegenden von Subsistenzproduktion immer mehr auf die Produktion von »Cash-Crops« umgestellt wurden. Wir können hier einen Wandel vom Gebrauchswert zum Tauschwert feststellen. Das Aufkommen der Reformation und des Protestantismus muss daher vor dem Hintergrund der merkantilistischen, staatskapitalistischen Produktionsweise interpretiert werden.[5]

4 Vgl. z. B. Gemälde: Geiz, Habgier (Avaritia) – nach dem Petrarcameister (1. Drittel 16. Jahrhundert).

5 Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 1040.

## Protestantismus – von sozialer Befreiungsbewegung zur absoluten Kontrolle

Marx stellte treffend fest: »Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.«[6] Wir können die Entwicklung der Reformation als Vorbote des Verrats des Bürgertums an der Französischen Revolution betrachten. Martin Luther stützte seine Reformation auf die Kraft der sozialen Bewegung der Bauern des 16. Jahrhunderts, ging jedoch ein Bündnis mit den Feudalherren ein und verriet die bäuerlichen Revolutionärinnen und Revolutionäre um Thomas Müntzer an diese und die protobourgeoisen Klassen, welche Zugang zu Land und Menschen unter der Kontrolle der katholischen Kirche suchten. Während Sozialrevolutionäre wie Thomas Müntzer die Illegitimität von Herrschaft und die Befreiung von Fürsten und Klerus predigten und sich dabei sowohl auf Stadtbürger wie auch auf die Bauernbewegung stützen konnten, orientierte sich Luther an der Obrigkeit und stellte den Status quo als per se gottgewollt dar, Müntzer berief sich auf ein Widerstandsrecht gegen Unterdrückung.[7] Er setzte auf das widerständige Kollektiv zur Errichtung des Himmelreichs auf Erden, während Luther für die Erlösung aus dem individuellen Zugang und der individuellen Interpretation der biblischen Lehre agitierte. Die Durchsetzung dieser konterrevolutionären Tendenz ermöglichte durch die Prädestinationslehre (alles ist gottgewollt und entsprechend vorherbestimmt) und die damit zusammenhängende bedingungslose Wahl die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Prädestinationslehre und bedingungslose Wahl bedeuten in diesem Zusammenhang, dass Gott diejenigen schon ausgewählt hat, die gerettet werden sollten. Das Nächste war die konsequente, calvinistische Interpretation dieses Dogmas, dass sich die Gunst Gottes also im Wohlstand auf Erden manifestierte. Selbst Wohltätigkeit war damit nicht mehr Teil der calvinistischen Praxis, wie sie sich vor allem in den Zentren des aufkommenden Kapitalismus wie in den Niederlanden oder auch Großbritannien durchsetzte, denn Arme waren aufgrund der Ungunst Gottes arm. Damit ist der Grundstein für die von Max Weber ausführlich beschriebene protestantische Ethik gelegt. Diese Entwicklungen, die sich im Kontext des aufkommenden Merkantilismus und Frühkapitalismus vollzogen, wurden von massiven Enteignungen kommunalen Landes von den Gemeinden begleitet. Auch gegen die als Einhegungen bezeichneten Enteignungen entwickelte sich vielerorts Widerstand, wie beispielsweise der Levellers in Großbritannien. Die Enteignung hatte auch eine ökonomische Kehrseite, sie bildete die Grundlage um den neuen imperialen Projekten und schließlich der Industrialisierung die Arbeitskräfte zu stellen.[8] Der Entzug der Subsistenz führte zu neuen moderneren tiefgreifenden Abhängigkeitsverhältnissen. Mentalitätsgeschichtlich wird harte Arbeit als Sinn des Lebens durch die protestantische Ethik zum Ideal. Ein krasser Kontrast zum Mittelalter, in dem Arbeit als Bestrafung und nicht als Mittel zur Erlösung betrachtet wurde. In den Bibelübersetzungen dieser Zeit manifestiert sich dieses Ideal unter der Verwendung der Terminologie »Holz hauen und Wasser tragen.«[9] So wie Abdullah Öcalan die Durchsetzung des Patriarchats im ausgehenden Neolithikum und jede weitere Durchsetzung von Herrschaft und Staatlichkeit als gewaltförmige Prozesse beschreibt, war auch die Durchsetzung der bürgerlichen Herrschaft, die zum modernen neoliberalen Kapitalismus führte, ein solcher gewalttätiger Prozess mit zu jedem Zeitpunkt unklarem Ausgang. Zuerst die Subsistenz und später die Kollektivität auch der Arbeiterschaft mussten immer wieder zerschlagen werden, um das Funktionieren des Kapitalismus zu garantieren. Dieser Zerstörungsprozess zeigte sich auch auf einer ideologischen Ebene durch die Entwicklung des Liberalismus, dessen Wurzeln tief in der protestantischen Ethik vergraben liegen. Insbesondere die calvinistischen Kirchen waren keine Orte zur Rettung von Seelen, sondern Disziplinaranstalten von Gottes Staatsräson – der vorherbestimmten Entscheidung über Verdammnis oder Erlösung.[10] So wird das Individuum immer mehr durch die protestantische Ethik in die Verantwortung für seine eigene soziale Position gebracht. Reich zu sein, rationales, methodisches, erfolgsorientiertes Handeln bezeugten die Gnade Gottes. Eine brutale Ideologie, die sogar die Legitimierung des Genozids an der indigenen Bevölkerung Nordamerikas erlaubte. So argumentierten Puritaner, dass ihr Völkermord an der indigenen Bevölkerung Nordamerikas »manifest destiny«, also manifestierte Vorhersehung sei – ganz dieser Logik folgend fand daher auch keine Missionspolitik statt. Die Puritaner sahen sich auf der Gewinnerseite und die indigene Bevölkerung auf der Ver-

> Nur wenn Staatsmacht als Nationalstaat organisiert ist, kann die kapitalistische Moderne und insbesondere ihre Profitmaximierung und Kapitalakkumulation durch die Ökonomie realisiert werden

6 Karl Marx/Friedrich Engels – Werke, Band 8, »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, S. 115.

7 Vgl. Goertz, Hans Jürgen, Thomas Müntzer, Revolutionär am Ende der Zeit.

8 Linebaugh & Rediker, S. 50

9 Ibd.

10 Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 913.

liererseite, weil Gott dies schon lange entschieden habe.[11] Die bürgerliche Klasse mit ihrem weltweiten Sendungsbewusstsein erschuf sich den christlichen Gott nach ihrem Ebenbild – weiß, männlich und weltbeherrschend.

## Protestantismus und Liberalismus

Wir können also eine deutliche Verschränkung zwischen dem Denken der kapitalistischen Moderne und protestantischer Ethik feststellen, die bis ins Familiäre, in die patriarchale Kleinfamilie als Reproduktionskern von Arbeitskraft und Herrschaft im Gegensatz zum mittelalterlichen Großfamilienverband dient. Im Kapitalismus, wie auch in der protestantischen Ethik, wird der Wert einer Person an ihre Produktivität geknüpft. Diese Denkschule bildet die Basis für die Entwicklung liberaler Theorien von Adam Smith bis Thomas Malthus. Adam Smith entwickelte in seinem Werk »Wohlstand der Nationen« das Konzept, in dem das Ausleben des individuellen Profitinteresses auf einem unregulierten Markt die beste Form sei, Wohlstand zu generieren. Seine Theorie basierte darauf, das Konzept des Tauschwerts auf die ferne Vergangenheit zu projizieren. Bis jetzt gibt es keinen einzigen archäologischen oder ethnologischen Beleg dafür – im Gegenteil, wir sehen in nichtkapitalistischen Gesellschaften, dass statt des Tauschwertes der Gebrauchswert im Mittelpunkt steht und Ökonomieformen durch Schenken, Redistribution und Reziprozität und andere Mechanismen organisiert sind.[12] Smith´ Konzept atmet den Geist des Individualismus – die Summe der Eigeninteressen würde das Gesamtinteresse ergeben. Hier werden Grundsteine für zentrale Widersprüche des Kapitalismus gelegt – Gewinnmaximierung auf Kosten von Mensch und Natur mag kurzfristig profitabel sein, langfristig bedeutet es jedoch Vernichtung. Während Smith protestantische Ethik auf die Ökonomie anwendet, greift Malthus in die Trickkiste der Bevölkerungspolitik. Sein Konzept der Armutsbekämpfung war es, die Zahl der Armen durch Hunger zu reduzieren. »Manifest destiny«, Prädestination, die Bestrafung der Armen für ihre selbstverschuldete Armut; Malthus ist immer noch angesehen, wenn es ums Thema Bevölkerungspolitik geht.

## Positivismus – die Methode des Liberalismus

Die Theoretiker des Liberalismus zeigen offen, dass alles quantifiziert und rationalisiert werden kann. Der frühbourgeoise Rationalismus grenzt sich bewusst vom katholischen Mystizismus ab und gibt dem Patriarchat einen neuen Schub. Im Rationalismus, der ebenso weiß wie männerdominiert ist, ist kein Platz mehr für Frauenfiguren wie Maria – der Himmel entvölkert sich, dort befinden sich nun nur noch Gott, Jesus und der Heilige Geist – zumindest vorläufig. Denn der Positivismus reduziert die Welt, die Natur, die Menschheit, das Denken und Fühlen auf »erwiesene Fakten« – alles wird vermessen und kategorisiert. Das »objektive« analytische Denken wird als frei von Ideologie und sozialen Bedingungen dargestellt. Wissenschaftliche Objektivität selbst stellt aber in diesem Zusammenhang die Transformation von Diskurs und Ideologie in »Fakten« dar. So wie die Sumerer in ihren ersten Berufslisten gesellschaftliche Hierarchie für Jahrtausende festschrieben, ja essentialisierten, versucht die Objektivität dies mit der herrschenden Gesellschaftsordnung als Ausgangspunkt der »Objektivität« zu tun. Denn die positivistische Klassifizierung, Aufspaltung und Strukturierung ist nichts anderes als die Methode des Liberalismus. Der Positivismus reduziert die Menschheit auf nur nach eigenem Vorteil handelnde Singularitäten und die Natur auf passive Materie, die es zu beherrschen gilt. Religion wird in diese Richtung rationalisiert und auf die Konzepte des Menschen im »Kampf ums Dasein« reduziert. So wurde im 19. Jahrhundert Darwins Evolutionstheorie im Sinne des Nationalstaats auf die Gesellschaft übertragen – und so dem Nazi-Terror der Weg geebnet. Die Machtinteressen der Nationalstaaten wurden durch Rassentheorien in die Form vermeintlich objektiver Notwendigkeiten gegossen.

Der biologistische Rassismus und die Pathologisierung von Frauen unter der Diagnose »Hysterie« im 19. Jahrhundert sind Ecksteine dieser neuen Form der Macht. Das dichotome Denken in Gegensatzpaaren, die Kategorisierung von allem auf der Welt durch ein »objektives« Äußeres (z. B. den Forscher) ist tief im christlich-jüdischen Glaubenssystem verwurzelt – im Buch Genesis der Bibel steht die bezeichnende Anweisung Jahwes an die Menschen »Seid fruchtbar und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch …«[13] Der Mensch ist Subjekt, die Erde ist Objekt. Die herrschenden Klassen sind Subjekt, während die Beherrschten im Kapitalismus auf Begriffe wie »Kräfte« oder »Humankapital« reduziert werden. Der Positivismus verschärft dieses Konzept noch, da er die Idee des Fortschritts mit der Herrschaft über die Natur verbindet. Wir könnten zugespitzt von einer neuen Form der heiligen Herrschaft sprechen, eine heilige Herrschaft durch das Bürgertum, deren Religionsersatz der Nationalismus ist und der Bürger deren Priester – mit oder auch ohne religiöse Verkleidung.

Aber nicht nur für die rassistische Aufspaltung der Gesellschaft und die Legitimierung von Kolonialismus wurde der Sozialdarwinismus benutzt. Sozialdarwinismus wurde eine der zentralen Säulen dessen, was wir heute als Neoliberalismus bezeichnen – und was konkreter als Klassenkampf der herrschen-

11 Vgl. Scott, Donald M., «The Religious Origins of Manifest Destiny" Divining America, National Humanities Center. 17.01.17 ESSAY.<http://nationalhumanitiescenter.org/tserve/nineteen/nkeyinfo/mandestiny.htm>

12 Vgl. Graeber, David, »Debt – the first 5 000 years«.

13 Bibel, Gn 1:28.

den Klassen bezeichnet werden sollte. Herbert Spencer, der immer wieder als »Vater« des Neoliberalismus bezeichnet wird, benutzte in seinen Darlegungen Kategorien des Sozialdarwinismus, um kapitalistische Ausbeutung und Akkumulation zu erklären. Seine Studien waren von John D. Rockefeller und Thomas Edison bezahlt worden und so stellte er fest, dass soziale Ungleichheiten »natürlich und notwendig« seien.[14]

## Liberalismus und Nationalismus

Die Symbiose zwischen Liberalismus und Nationalismus mag widersprüchlich erscheinen, ist aber heute so relevant wie selten zuvor. Insbesondere die neoliberale Ideologie des Standortnationalismus zeigt dies deutlich, indem der Staat immer mehr als eine Institution um die Gunst des internationalen Kapitals wetteifert. Der »nationale Wettbewerbsstaat«[15] wird als ein politisch-ökonomisches Projekt des Neoliberalismus definiert, durch das alle Teile der Gesellschaft dem Paradigma der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unterworfen werden.[16] Das Hauptziel des Liberalismus ist es, den Staat vollkommen unter die Kontrolle des Kapitals zu bringen.[17] Während sich der Liberalismus einen antistaatlichen Anschein gibt, ist ein starker Staat seine Existenzgrundlage. Adam Smith definierte den Schutz des Privateigentums als Kernaufgabe des Staates – also den Staat als Verteidiger des Klassensystems. Während der Liberalismus die Gleichheit aller behauptet, konserviert und verschärft er die Ungleichheit auch dadurch, den gesellschaftlichen Widerspruch von Kollektiven und Klassen in einen Widerspruch zwischen Individuen zu transformieren. Dies wirkt sich so aus, dass in Deutschland beispielsweise kaum ein Bewusstsein darüber besteht, dass es ein Problem mit patriarchaler Gewalt gibt und das trotz der Tatsache, dass in Deutschland 2014 35 % der Frauen angaben, Opfer solcher Gewalt geworden zu sein. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.[18] Patriarchale Gewalt und Feminizid werden als singuläre Familiendramen bezeichnet, wenn sie in der »eigenen« Gesellschaft stattfinden, während patriarchale Gewalt beim »anderen« verortet wird.

14 Comp. Monbiot, George (2016): How did we get into this mess? Politics, equality, nature. London, New York NY: Verso. Pos. 92.

15 Hirsch, Ludwig, »Der nationale Wettbewerbsstaat«.

16 Comp. Hirsch, 1995, S. 13.

17 Comp. Smith, 1974, S. 106.

18 https://www.frauen-gegen-gewalt.de/eu-weite-erhebung-gewalt-gegen-frauen-fra-2014.html

## Der Individualismus im Kontext liberalen Denkens

Wie wir gezeigt haben, produziert der Liberalismus Individualismus oder besser Egozentrismus, der die Gesellschaft in isolierte, konkurrierende Kleinsteinheiten aufspaltet. Liberalismus kann deswegen niemals Freiheit bedeuten, sondern stellt nur das Gegenteil von Kollektivität dar. Ihm wohnt das Paradoxon inne, dass er einerseits viel Wert auf individuelles Verhalten legt, andererseits aber dieses Konzept durch eine Form von Fatalismus »manifest destiny« abrundet: Konkret heißt das, das Individuum jeglicher Kollektivität beraubt bekommt die Haltung, nur ein kleines Sandkorn zu sein, ein kleines Subjekt, das vor der gewaltigen Maschinerie des Staats nur resignieren kann. Freiheit wird unter dem Paradigma versprochen »das Individuum ist alles, die Gesellschaft ist nichts«, dieses führt interessanterweise zum selben Ergebnis wie seine Antithese, »die Gesellschaft ist alles, das Individuum nichts«. Beides beraubt die Gesellschaft und damit das Individuum ihrer Macht, seiner Fähigkeit, die Realität zu gestalten. Diese Form des Absolutismus führt automatisch zu gespaltenen Individuen – Spaltung zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen Dienst und Freizeit, zwischen der Mentalität eines politischen Menschen und eines Arbeitsmenschen, zwischen der Tätigkeit eines Vollstreckers von Abschiebungen und eines liebenden Familienvaters …

Die Gesellschaft besteht aus Kollektiven und Individuen – der Liberalismus greift genau diese Struktur der Gesellschaft an und schafft Charaktere, wie sie für die kapitalistische Moderne passend sind. Die Verantwortung für den Status quo wird dem Staat übergeben und gerne von ihm genommen – ein Leben ohne Staat wird unvorstellbar. Die Individuen in ihrer Angst voreinander sehen sich gegenseitig als Wölfe, sie können nur durch Staatsmacht einander »Gott werden«.[19] Hobbes schrieb diese Sätze Anfang des 16. Jahrhunderts, als sich der Kapitalismus und der moderne Staat zu entwickeln begannen – wenn wir uns die folgenden Jahrhunderte betrachten, dann haben die kapitalistische Moderne, der Nationalismus und der Etatismus mehr »menschliche Wölfe« hervorgebracht als je zuvor. Ein Hinweis am Rande, Hobbes tut den Wölfen unrecht, sie sind gewiss nicht so grausam – das Hobbessche Axiom des Etatismus ist zur selbsterfüllenden Prophezeiung geworden. Durch die Naturalisierung von Staatsmacht werden alle Formen von Staatsräson akzeptabel. Aber dennoch existiert die demokratische Moderne überall und in uns allen, sie zeigt sich in historischen Momenten wie der Revolution von Rojava, aber auch in all den kollektiven und solidarischen Handlungen überall auf der Welt. ♦

19 Hobbes, 1966, Widmung 59.

Debatte

# Der Wind weht auch zu uns

Fabienne Zdenka

Der erfolgreiche Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung und die gesellschaftlichen Entwicklungen in Rojava haben weltweit nicht nur zu einem Erstarken der Solidaritätsbewegung geführt, sondern auch dazu beigetragen, die Suche nach einer revolutionären Perspektive in den kapitalistischen Zentren wieder zu beleben. Die Berichte über die gesellschaftliche Basisorganisierung in Kommunen und Stadtteilräten und den revolutionären Aufbruch in Nordsyrien erreichten die hiesige Linke in einer Zeit, in der die eigene gesellschaftliche Wirkungslosigkeit angesichts wachsender rechter und rassistischer Mobilisierungen einmal mehr schmerzhaft spürbar geworden war und eine neue Phase der Selbstkritik eingeleitet hatte. Im Mittelpunkt stand die Frage, warum es der außerparlamentarischen Linken in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen war, an Aufwind zu gewinnen. Und dies, obwohl sich der Kapitalismus heutzutage – anders als noch in den 1990er Jahren, als er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seinen ideologischen Siegeszug feierte – gesellschaftlich durchaus in einer Legitimationskrise befindet. Immer offensichtlicher tritt die enorme Zerstörungskraft des entgrenzten, globalisierten Strebens nach Profit in den letzten Jahrzehnten zutage, sei es in der zunehmenden ökologischen Krise, der Ausbreitung von äußerster Armut und Elend im globalen Süden oder der Ausweitung von imperialistischen Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Folgen der neoliberalen Umstrukturierung und globalen Wirtschaftskrise haben dabei längst die kapitalistischen Zentren erreicht. In den Randstaaten der EU hat die eisern durchgesetzte Austeritätspolitik bereits zu einer weitreichenden Aufkündigung all jener gesundheits-, bildungs- und sozialpolitischen Ausgleichs- und Sicherungssysteme geführt, welche seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs den tragenden Sozialkompromiss der europäischen, parlamentarisch regierten Nationalstaaten begründet hatten. Aber auch in den Kernländern, wie der BRD, finden sich immer mehr Menschen in prekären Arbeits- und Lebenssituationen wieder und verarmen. Gleichzeitig macht sich in der Gesellschaft auch der Unmut gegenüber einer politischen und wirtschaftlichen Machtelite breit, die – weit entfernt von jeglicher gesellschaftlichen Kontrolle – einseitige Interessenpolitik betreibt und mit der Realität der allermeisten Menschen nichts zu tun hat. In vielen der sozialen Proteste Europas (aber auch in den rassistischen Mobilisierungen von PEGIDA & Co) brachten Slogans wie »Sie vertreten uns nicht mehr« diese Grundstimmung zum Ausdruck. Zudem wächst auch die emotionale Unzufriedenheit, hinterlässt die Welt des Spektakels und der Lügen doch ein überdauerndes Gefühl der Sinnlosigkeit und Leere, das sich in der Zunahme von Depressionen und der Suche nach kollektiven Identitäten Ausdruck verschafft.

Die Anzahl derjenigen, die ein existentielles Interesse an der Veränderung der Verhältnisse haben könnten, wächst also – auch in der BRD – beständig und es gäbe genug Gründe, dass antikapitalistisch und global ausgerichtete, radikal emanzipatorische Vorschläge Zulauf oder zumindest Interesse gewinnen könnten. Trotzdem kanalisiert sich die Unzufriedenheit momentan v. a. in einem Erstarken autoritärer, rechter, rassistischer oder religiös fundamentalistischer Bewegungen und Parteien. Die außerparlamentarische Linke in der BRD konnte ihren gesellschaftlichen Einfluss dagegen nicht ausweiten und war nicht in der Lage, eine radikale emanzipatorische Alternative zu formulieren. Hat sie selbst den Glauben an die Machbarkeit solcher Entwürfe und damit Anspruch und Vorstellung einer revolutionären gesellschaftlichen Veränderung doch längst selbst verloren. Ungeachtet der oft radikalen Rhetorik hat sie sich folglich schon seit Jahren faktisch mit der Rolle der Protestbewegung und des Korrektivs der schlimmsten Auswüchse von Kapitalismus und Nationalstaat begnügt. Gesellschaftliche Basisarbeit und der Aufbau sozialer Kämpfe von unten sind einem machtpolitischen »Abwehr-Realismus« samt Bündnissen mit Repräsentant_innen und Institutionen des bestehenden Systems gewichen. Durch den jahrzehntelangen Rückzug aus dem gesellschaftlichen Raum und das Misstrauen gegenüber einem gesellschaftlichen Potential zur Veränderung hat die radikale Linke so selbst mit dazu beigetragen, sich in

die gesellschaftliche Marginalität und politische Sackgasse zu manövrieren.[1]

Die globale Wirtschaftskrise von 2009 und die ihr folgenden weltweiten sozialen Proteste und Aufstände setzten jedoch auch hierzulande zögerlich neue Diskussionen in Gang. Spätestens seit 2012 wurde wieder intensiver über die Frage diskutiert, mit welchen politischen Ansätzen die radikale Linke aus ihrer gesellschaftlichen Marginalität ausbrechen und auf die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren könne. Allerdings wurden diese Auseinandersetzungen anfangs eher defensiv geführt und waren von einer unübersehbaren Ohnmacht geprägt. War die Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Wandel, die mit den weltweiten sozialen Erhebungen neu aufgekeimt war, doch mit den reformistischen bis autoritären Wendungen von Syriza bis al-Sisi nach nur kurzer Zeit wieder begraben worden. Viele Zusammenhänge der außerparlamentarischen Linken reagierten auf diese Entwicklungen mit einer Intensivierung jener Mischung aus Ohnmacht und Trotz, die ihre Politik des »business as usual« bereits zuvor Jahr um Jahr von Kampagne zu Kampagne getragen hatte.

Die Erfolge der kurdischen Bewegung in Nordsyrien und das im Konkreten erlebbare Gesellschaftsprojekt von Rojava wirkten insofern wie ein Befreiungsschlag und führten zu einem regelrechten Aufflammen der Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen der eigenen Politik und politischen Konstituierung. Dies zeigt sich u. a. an den zahlreichen Analysen und Strategiepapieren, die seit 2014 veröffentlicht wurden.[2] Während sich die Diskussionen anfangs nur auf einige Kreise beschränkten, hat diese Tendenz inzwischen spürbar an Kraft und Zulauf gewonnen, was sich dieses Jahr u. a an der großen Beteiligung an überregionalen Zusammenkünften wie der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III« in Hamburg oder dem Kongress »Selber machen – Basisorganisierung, Gegenmacht und Autonomie« in Berlin zeigte. Hinzu kommen verschiedene konkrete Initiativen und neue praktische Ansätze, so dass sich ohne Übertreibung von einem Aufbruch eines Teils der außerparlamentarischen Linken sprechen lässt.

Nun könnte man dagegenhalten, dass Phasen intensiverer Diskussionen über Strategie und Praxis innerhalb der außerparlamentarischen Linken grundsätzlich nichts Neues sind. In regelmäßigen Abständen werden seit den späten 1980ern immer wieder ähnliche Diskussionen geführt und auch in den letzten 15 Jahren gab es Versuche, solche Auseinandersetzungen in Gang zu bringen – allerdings ohne dass sich merklich etwas an der Praxis der meisten Zusammenhänge geändert hätte. Neu an den aktuellen Auseinandersetzungen ist jedoch, dass sich in ihnen eine neue Kraft und Hoffnung artikuliert, eine erstaunliche Ernsthaftigkeit sowie die Rückkehr zum Fundament jeglicher emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung: der Anerkennung des gesellschaftlichen Potentials zur emanzipatorischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Verankerung der eigenen Praxis von unten her. Die lähmende Ohnmacht der letzten Jahrzehnte ist damit ins Wanken geraten und das Ziel einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung wieder spürbarer geworden.

Dennoch liegen noch eine Reihe von Herausforderungen und Hindernissen vor uns. So haben sich neoliberale und individualistische Konzepte und Denkweisen tief in Theorie und Form unserer Organisierung eingeschlichen und erschweren eine inhaltliche, praktische wie organisatorische Neuausrichtung. Politik ist für die allermeisten nach wie vor ein Zusatzprojekt, eine unverbindliche Möglichkeit für eine bestimmte Zeit. Die notwendige Bereitschaft, tatsächliche persönliche und politische Konsequenzen aus den Diskussionen zu ziehen, ist nach wie vor gering. Auch haben die Diskussionen auf den Kongressen gezeigt, dass es insbesondere in Bezug auf die Frage, welche Rolle der radikalen Linken im Prozess der Gesellschaftsveränderung zukommt, noch sehr unterschiedliche Standpunkte mit weitreichenden inhaltlichen und organisatorischen Konsequenzen gibt. Ein Teil der Aktivist_innen sieht sich selbst als (teilweise neu entdecktes) Subjekt und damit Ausgangspunkt und Ziel der eigenen Politik. Damit rückt die Selbstorganisierung im jeweils eigenen Alltag in den Mittelpunkt der politischen Praxis. Gesellschaftlicher Basisarbeit mit dem Ziel, breitere Prozesse politischer Bewusstseinsbildung und Organisierung von unten anzustoßen, wird skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden. Denn eine Rolle als Initiativkraft für emanzipatorische gesellschaftliche Organisierung und Kämpfe wird von ihnen ebenso abgelehnt wie die Notwendigkeit einer verbindlichen Organisierung revolutionärer Kräfte und damit strategischen Entwicklung der eigenen politischen Praxis auf Basis der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und Potentiale.

Neben diesen inhaltlichen Unterschieden steht eine Vielzahl offener Fragen hinsichtlich der Form revolutionärer Basisarbeit, die einer tieferen und kollektiven Auseinandersetzung wie auch geeigneter Räume dafür bedürfen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, mit welchen konkreten Praktiken erreicht werden kann, dass sich mehr Menschen eine kritische

---

1 Sicherlich ist es zu einfach, den Verlust der gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit nur als Folge falscher politischer Ansätze der Linken zu erklären und den Einfluss von Unterdrückung und Hegemonie des herrschenden Systems sowie autoritäre und rassistische Tendenzen in der Gesellschaft kleinzureden. Dennoch sind die Wahlerfolge von Trump, den Brexit-Befürworter_innen bis AfD nicht nur Ausdruck gefestigter rechter Ideologien, sondern auch eines breiten Protestes, der sich gegen das politische Establishment und die Arroganz der Macht richtet und mangels einer klar formulierten emanzipatorischen Alternative in den rechten Parteien den einzigen vermeintlichen Bruch mit diesen vermutet.

2 Hier findet sich ein unvollständiger Überblick über in den letzten Jahren veröffentlichte Strategiepapiere: https://www.selbermachen2017.org/deu#auswertung

Denkweise aneignen und die Motivation entwickeln, sich an einem Kampf gegen das herrschende System zu beteiligen. Das schließt u. v. a. die Fragen mit ein: Wo gibt es in dem durch und durch sozialstaatlich strukturierten Alltagsleben überhaupt Nischen, um ein Bedürfnis nach Selbstorganisierung zu entwickeln? Wie könnte so eine Organisierung im Konkreten aussehen? Wie können wir verhindern, dass Prozesse der Selbstorganisierung und emanzipatorische Kämpfe vom herrschenden System vereinnahmt werden? Und wie vermeiden wir es, in der Basisarbeit zu Sozialarbeiter_innen zu werden?

Bei dem Versuch, den Wind des revolutionären Aufbruchs von Rojava auch in die Herzen der kapitalistischen Zentren zu tragen, reicht es sicherlich nicht aus, sich enthusiastisch, aber blind in eine neue politische Praxis zu stürzen. Vielmehr müssen wir uns intensiv mit den offenen Fragen beschäftigen und die eigene Praxis entsprechend strategisch konzipieren und kontinuierlich analysieren und reflektieren. Auch wird es uns nicht helfen, Konzepte, die von kämpfenden Bewegungen in anderen Ländern aus einer Analyse der dortigen gesellschaftlichen Bedingungen und jahrelanger Basisarbeit entwickelt wurden, einfach nach hier zu kopieren. Zwar ist die Entwicklung zu begrüßen, dass die eurozentristische Überheblichkeit gegenüber außereuropäischen revolutionären Bewegungen innerhalb der westlichen Linken ab- und die Bereitschaft, selbstkritisch von diesen zu lernen, wieder zunimmt. Denn insbesondere von der kurdischen Bewegung und den Zapatist_innen lassen sich im Hinblick auf Methoden, Organisierung, revolutionäre Ethik, Analyse und Praxis wichtige (Selbst-) Erkenntnisse für die Entwicklung eines ernsthaften revolutionären Kampfes gewinnen. Um diesen hier auf eigene Füße zu stellen, ist es aber notwendig, eigene Strategien und Formen der Organisierung zu entwickeln, die auf einer umfassenden Analyse der hiesigen gesellschaftlichen Bedingungen und zentralen Unterdrückungsmechanismen basieren. Denn anders als in Rojava und Chiapas haben wir es in der BRD mit einer Gesellschaft zu tun, die sich seit mehr als 200 Jahren im Zentrum der kapitalistischen Entwicklung befindet und strukturell und ideologisch wesentlich davon geprägt wurde. Widerständige kollektive oder kulturelle Identitäten sowie Formen kommunalen Lebens wurden in diesem Prozess weitgehend zerschlagen und das kulturelle Bewusstsein ist – anders als in Kurdistan oder Chiapas – kein Ausdruck einer unterdrückten Identität, sondern Folge eines nationalen Herrschaftsprojektes von oben. Auch ist der Nationalstaat mit seinem Konzept der individualisierten Staatsbürger_innen und entfremdeten Verwaltung formal und ideologisch viel tiefer in das Zusammenleben und gesellschaftliche Bewusstsein eingedrungen, als es in irgendeiner Gesellschaft des Mittleren Ostens der Fall ist. Die Unterschiede müssen bei der Frage, ob und wie das Konzept des demokratischen Konföderalismus auf hier übertragbar ist, ebenso mit berücksichtigt werden wie eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Rätemodellen und deren Implikationen. Für die Analyse und Entwicklung einer erfolgreichen Strategie und Perspektive für die hiesige Gesellschaft braucht es deshalb eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen emanzipatorischen Theorien, welche die Geschichte hervorgebracht hat. Dazu gehört auch ein tieferer Austausch zwischen marxistischer Theorie und apoistischer Ideologie, der auf oberflächliche Vorurteile verzichtet.

Als Symbol und Ort der Erfahrung ist Rojava für die Linke weltweit von großer Bedeutung und braucht eine starke internationale Solidarität. Internationalismus ernst zu nehmen, heißt jedoch darüber hinaus, eine revolutionäre Praxis in der hiesigen Gesellschaft zu entwickeln. Die aktuellen zaghaften, aber bemerkenswerten Entwicklungen sind hierfür ein hoffnungsvolles Zeichen. ♦



Mit Schaufel und Hacke – Internationalist*innen bei der Aufbauarbeit in Rojava. Foto: Internationalist Commune of Rojava

Filmkollektiv Komîna Fîlm a Rojava

# Revolutionärer Realismus und Charlie Chaplin

Susanne Roden

Am 28.03.2017 folgte ich einer Einladung zum Werkstattgespräch mit Kollegen vom Filmkollektiv »Komîna Fîlm a Rojava« (»Filmkommune Rojava«) in die Lausitzer Straße 10. Ein altes Industriegebäude, Torbogen unbeleuchtet, auf beiden Seiten viele ältere und neuere Firmenschilder, zum Teil überdeckt von Kundgebungsplakaten, Antifa-Aufklebern und anderen gesprayten Ankündigungen.

Wir befanden uns zur Vorführung in den Räumlichkeiten einer Schule im ersten Stock, die seit 1990 u. a. Deutsch für unbegleitete Jugendliche auf der Flucht anbietet. Das Gebäude, ursprünglich für drei Millionen Euro gekauft, sollte für rund zwanzig Millionen weiterverkauft werden, um Luxuswohnungen entstehen zu lassen. Kreuzberg ist bekannt für seine Alternativkultur und auch in den Häusern Lausitzer 10 und 11 befinden sich verschiedene Initiativen, Medienmacher, Künstler, Politikaktivisten und das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin – kurz apabiz. Nach der Protestaktion der Hausgemeinschaft »Lause bleibt«, gerichtet an die dänische Eigentümergesellschaft Jørn Tækker, wurde der Verkauf durch Verstreichenlassen einer Frist quasi rückgängig gemacht und der Weg für eine Rückübertragung an das Land Berlin ermöglicht. In jedem Fall aber gab es zum April 2017 eine Mieterhöhung für die Schule ohne Zusage von Sanierungen und das nach über 25 Jahren Aussitzen. Die Fenster zum Teil mit dicker Pappe anstelle von Fensterglas vernagelt, die Heizungen liefen nur im Sommer, im Winter hingegen waren die Heizkörper kalt – ein nicht unerheblicher Mangel. Spekulantentum vom Feinsten.

Dann geht es zum eigentlichen Thema des Abends über. Im Jahr 2014 gründeten Filmschaffende aus verschiedenen Ländern in der kurdischen Stadt Dirbêsiyê (Al-Darbasiyah, im Kanton Cizîrê in der autonomen Region von Rojava) das Filmkollektiv »Komîna Fîlm a Rojava«. Eine Plattform für Filmschaffende und Filmkunst wollten sie schaffen, einen Ort, an dem alternative und revolutionäre kurdische Filme entstehen sollen. Kurz danach entstand die Kultur- und Kunstakademie, an der dann 12 Studierende im Bereich Film ausgebildet werden sollten.

Die Gründung der Filmkommune Rojava erfolgte am 14. Juli 2015 im Gedenken an den Beginn des Hungerstreiks der Genossen Kemal Pir, Mehmet Hayri Durmuş, Akif Yılmaz, Ali Çiçek im Gefängnis von Amed (Diyarbakır) 1982, der dann zu ihrem Tod führte.

Önder Çakar, türkischer Filmschaffender, berichtet gemeinsam mit dem Musiker Mustafa Şahin von dem Projekt. Als Übersetzer fungiert ein gemeinsamer Freund.

Zunächst erläutert Önder Çakar, dass es in Rojava keine Kinotradition gibt. Es kam 1960 zu einer Tragödie, bei der 249 Kinder bei einer Filmvorführung im Kino von Amûdê verbrannten. Die Kurden gehen davon aus, dass es vom Staat organisiert worden war. Seitdem halten sich keine Menschenansammlungen mehr in großer Zahl in geschlossenen Räumen auf. Eigentlich auch nicht im Freien bei Veranstaltungen wie Hochzeiten.

Der Aufbau eines Kulturzentrums wurde beschlossen mit den Bereichen Kunst, Film und Theater. Es dauerte zwei bis drei Jahre, im Fachbereich für Film gab es im ersten Jahr zwölf Studenten, vier Frauen und acht junge Männer zwischen 16 und 24 Jahren. Es wurde Unterricht angeboten in Theater, Film, Tanz, Malerei und eine einjährige Filmausbildung. Einige Personen aus dem Filmbereich und internationale Artistenfreunde waren Lehrer in der Akademie.

Die Schüler hatten alle keine Ahnung vom Film. Nur einer hatte mal einen Film gesehen. Es galt eine Menge Hürden zu nehmen. Kurdische und arabische Schrift, die Teilnehmer waren völlig unbeleckt und unbelesen. Es musste geübt werden. Sprache. Computer. Es gab in der Praxis keinen Plan. Die Schüler wussten überhaupt nicht, was Information ist.

Die Aufgabenstellung war klar: Alle sollten einen eigenen Film drehen. Regie, Drehbuch, Kamera, alle Rollen mussten besetzt werden, und somit hat jeder dem anderen ausgeholfen und verschiedene Positionen besetzt. Sie waren bekümmert, dachten, sie können es nicht, konnten manchmal ein Wort nicht finden. Die Studenten hatten Sorge, wie sie einen Film drehen sollten. Sie hörten die Kampfgeräusche von der Front, Freunde starben und sie sollten einen Film drehen. Rojava war umzingelt, keine Filter für die Kamera, es gab kein Geld und viele Versorgungsengpässe. Der Respekt vor Märtyrern war immens, man hatte Angst, einen schlechten Film zu zeigen. Das ging natürlich nicht. Manchmal mussten sie eine Auszeit nehmen. Wo wir gedreht haben, so Önder Çakar, hatte der ISIS ein Selbstmordattentat verübt. Die Explosionsgeräusche aus Qamişlo (Al-Qamischli) waren während der Dreharbeiten zu hören. Störung. Wir mussten neu drehen. Menschen sind gestorben, die wir kannten. Zwei Jugendliche wollten ihre Filme nicht zeigen, sie fanden sie zu schlecht. Aber es wurden alle Filme beendet. Das war wichtig.




Von diesen ersten Filmen aus der Filmakademie in Rojava sollen uns zwei Werke gezeigt werden. Es sind die ersten Filme auf Kurdisch aus dem befreiten Rojava.

**Film 1: Deng (The Sound), von Osman**

Es geht um einen Jungen, der nichts richtig mit sich anzufangen weiß und den Tag verbummelt, auf dem Lager liegt und schläft. Sein bester Freund hatte ihm erklärt, dass er kämpfen werde. Dann kommt eines Tages die Nachricht von dessen Tod. Der Junge ist schockiert, die Gespräche, die sie einst geführt haben, kommen ihm in Erinnerung. Und dann entscheidet er, auch an die Front zu gehen und dem Vorbild seines Freundes zu folgen. Am Ende ist zu sehen, wie er eine Gruppe befehligt und so das Andenken an den gefallenen Freund aufrechterhält. Denn es geht um die Freiheit, für die es sich zu kämpfen lohnt.

**Film 2: Rastya Wenda (Ahmed lost Reality), von Necla Elî, 23 Jahre alt**

Die Rolle der Frau in der Tradition. Die junge Mutter sitzt mit Kindern zu Hause auf der Decke zum Abendbrot. Eine Szene weiter sitzt sie auf einer Bank mit dem Bild von ihrer Hochzeit mit Ahmed. Die Kinder fragen, kommt Papa. Sie ruft mit dem Mobiltelefon an. Man sieht den Ehemann mit einem anderen Mann im Auto, sie fahren. Er antwortet nur knapp: nein. Männergespräche über Geschäfte. Ahmed geht mit dem Mann zu einer Feierabendgesellschaft. Es wird getrunken. Sehr viel. Er ist sturzbetrunken und wird von dem Mann nach Hause gebracht. Dieser muss für Ahmed die Haustür aufschließen. Er schafft es kaum in die Wohnung und wird vom Kumpel auf sein Lager gelegt. Die Frau auf ihrem Lager im Erdgeschoss, das sie mit den Kindern gemeinsam hat, wird wach von den Geräuschen. Die Kinder weinen. Der Kumpel betritt den Raum, sieht sie und will etwas von ihr. Sie hat ein Messer bei sich, droht ihm, verlasse mein Haus. Der Mann nähert sich. Der betrunkene Ehemann kommt etwas zur Besinnung, versucht aufzustehen, schafft es aber kaum. Inzwischen kommt es zum Handgemenge am Schlaflager der Frau. Sie hat das Messer fest in der Hand und hält es dem Mann entgegen, dann sackt sie zusammen. Ahmed erscheint irgendwann im Türrahmen, der andere Mann entweicht. Es ist zu spät. Dann sieht man eine Hochzeitsgesellschaft, die aus einem Haus kommt, in Zeitlupe. Die Menschen tanzen, lachen und singen. Die Brautleute strahlen. Dazu hört man aber sehr traurige Musik. Ahmed läuft unbeteiligt an der Szene vorbei; die Musik unterstreicht die Tragik. Er hatte auch eine Hochzeit und seiner Frau damals erklärt, sie sei sein Augenlicht und etwas Besonderes. Er hat alles verloren ohne Not. Nun geht er allein durch das Leben, vorbei an der fröhlichen Gesellschaft, Richtung Friedhof, der im Hintergrund zu sehen ist.

Önder Çakar kommentiert: die Tradition der Rolle der Frau. Dies ist wichtig für uns alle. Erstens, ein Fundament, auf dem wir aufbauen können, zweitens, nur im privaten Bereich kommt man der Kultur nach.

Frage aus dem Publikum: Die Bedeutung der Musik im Film, hat es Hilfestellungen oder Anregungen gegeben bei der Umsetzung in den Filmen?

Mustafa Şahin erklärt, dass sich die Studenten die Musik alle allein ausgesucht hätten. Nur ein paar Mal gab es Fragen an ihn, als Musiker.

Frage aus dem Publikum: Wurde der Film in Rojava gezeigt und wie hat das Publikum reagiert?

Önder Çakar: In vier Ländern war die kurdische Sprache verboten. Millionen lebten ohne eigene Sprache. Kino ohne eigene Sprache existierte nicht. In Rojava hat sich gezeigt, dass das Publikum reagiert. Dann die kurdische Befreiung in Rojava. Es herrschte eine große Spannung zur Filmvorführung. Und dann ein riesiger Applaus. Es war ein sehr emotionaler Moment. Fast stärker noch, als zur Befreiung von Kobanê.

Die Postproduktion, der cineastische Sound, wurde auch in Rojava durchgeführt, man wollte es nicht im Westen machen. Es sollte hundertprozentig Rojava sein.

Seit 1960. Das Publikum hat keine Erfahrungen, sie haben sich nicht getraut zu kritisieren. Alle Aspekte des Kinos waren unbekannt, die Zuschauer müssen erst Potential bilden.

Es gab das Vorbild von Yılmaz Güney. Es gab Synchronisation im Radio auf Kurdisch für sieben, acht Filme.

Zur Kinovorstellung wurden Theatersäle, Konferenzsäle u. a. einmal die Woche in einen Kinosaal umgebaut.

Damit wir einen Eindruck davon gewinnen, wird uns dann ein zehnminütiger Kurzfilm über die Vorbereitungen zu den Filmvorführungen gezeigt. Und das ist wirklich sehr beeindruckend.

Önder Çakar berichtet: Um die Zuschauer zu aktivieren, haben wir mit den Kindern angefangen. Die erste Vorführung an allen Orten war ein Stummfilm von und mit Charlie Chaplin, »The Kid« aus dem Jahr 1921 mit kurdischen Untertiteln. Zunächst wurden Plakate erstellt. Dann gingen Gruppen von Freiwilligen lange Wege zu den verschiedenen Orten (Amûdê, Rimêlan, Koçeran, Dêrikê (Al-Malikiya), Serê Kaniyê (Ras al-Ayn), Dirbêsiyê usw.), wo Vorführungen stattfinden sollten. Die Parole lautete: Comrade Charlie.

Sie sprachen die Menschen persönlich an, auf dem Feld, in den Straßen, an den Haustüren. Sie erklärten, worum es geht, und übergaben Plakate, die weitergegeben oder aufgehängt werden sollten, um so die Informationen über die geplanten Filmaufführungen zu verbreiten. Am Tag der Vorführung wurden im Eingangsbereich dann Süßigkeiten und Limonade an jedes Kind überreicht. Und dann hieß es: Film ab. Die Spannung war groß.

Es gibt zu jeder Aufführungsstätte dann auch eine ausführliche Dokumentation, die auf der Website des Filmkollektivs angesehen werden kann: https://www.kominafilmarojava.org/english/, z. B. Charlie Chaplin in Rojava (https://youtu.be/CnsdLdCAt8A) oder in Amûdê (https://youtu.be/uMFKxpfmEI8).

Außerdem findet sich auch Filmmaterial vom Kinderfestival, eine Şengal-(Sindschar-)Dokumentation, Bilder vom Training an der Filmakademie und zum Thema Graffiti für Comrade Charlie.

Ferner gibt es eine Dokumentation mit dem Titel »Form=Ideology« von Jonas Staal vom Januar 2016 in englischer Sprache. Dort führt er auch ein Gespräch mit einem der Hauptorganisatoren der Filmkommune Rojava, dem Filmemacher und Lehrer Diyar Hesso, über den Aufbau der Kommune, den revolutionären Realismus bezogen auf die Filmkommune Rojava und den Effekt der Rojava-Revolution, die den Durchbruch brachte zugunsten der demokratischen Ordnung weg vom Nationalstaat. Revolutionärer Realismus – der eine und einzig wahre Realismus – gedeiht und das Rezept, das die Paradigmen einer neuen Welt strukturiert, buchstabiert sich wie folgt: Ideologie=Form.

So sein Fazit.

Önder Çakar: Es hatte schon zuvor Bestrebungen für Kultur und Kunst gegeben. Es ging nicht um die Volksverteidigungseinheiten (YPG), sondern um zu große kulturelle Unterschiede unter ihnen, und die Assimilation war der schwerste Angriff.

Die Frauen in der Klasse sagen, dass es ihr Ziel sei, durch den Film die Rojava-Revolution zu dokumentieren und zu teilen. Lara Elî, eine der Studentinnen, erklärt: »Durch Kultur wird ein Volk sichtbar. Ich habe Kino als Fach besonders deswegen gewählt, weil ich Menschen zu Rojava und zur Frauenrevolution einladen will. Kurdische Kunst und Kultur wurden lange ignoriert; wir wollen mit dem Geist der Revolution darauf antworten.«

»Wir, die Filmkommune Rojava, versuchen die Träume und Imaginationen dieser Revolution zu repräsentieren. Wir glauben an eine Kunst, die die historische Kultur der Gesellschaft mit der neuen revolutionären Moral und Politik verbindet. Unser Grund ist der Grund der Gesellschaft; aber nicht die Gesellschaft, die bereits präsent ist, sondern die Gesellschaft, die wir formen, indem wir sprechen«, so Diyar Hesso im Interview mit Jonas Staal in der Filmkommune Rojava in Dirbêsiyê am 30. Oktober 2015 (aus »IDEOLOGY = FORM« © Jonas Staal, Januar 2016: http://www.e-flux.com/journal/69/60626/ideology-form/). ♦

Widerstand in der Hölle

# Juli 14

Filmbesprechung von Diljin

Man nannte es auch »die Hölle von Diyarbakır« oder »Hölle Nr. 5«: Das Gefängnis in Amed (Diyarbakır), auf Türkisch Diyarbakır Cezaevi, auf Kurdisch Zîndana Amedê, ist der Dreh- und Angelpunkt des Films »Juli 14«, wo die brutalen Foltermethoden gegen die kurdischen politischen Insassen im Jahr 1982 Anwendung fanden. Im Zuge dessen begann das sogenannte »Todesfasten« der Häftlinge, die in Form eines Hungerstreiks gegen die unmenschlichen Haftbedingungen protestierten und Widerstand leisteten.

»Jeder, der kurdisch spricht, wird bestraft. Jeder, der sich der kurdischen Identität annimmt, wird bestraft. Wir werden euch noch von Kopf bis Fuß zu richtigen Türken machen!«, in etwa so klingt in diesem Film die Begrüßung der neuen Häftlinge durch die Wärter in den Gefängnistrakten Ameds. Nach dem Militärputsch 1980 weht ein grausamer Sturm der Unterdrückung und Verfolgung durch die Türkei und unzählige Kurden, die noch immer für ihr Recht auf Leben und Freiheit revoltieren, werden festgenommen. Sie werden Zeugen einer Reihe barbarischer und erbarmungsloser Abläufe an Gewalt, Torturen, Misshandlungen und Erniedrigungen, um sie systematisch ihrer kurdischen Ideologie und Gesinnung zu entwurzeln, ihren unermesslichen Kampf um die Bewahrung ihrer ethnischen Identität zu zerschlagen und sie mit zwangsassimilierenden Maßnahmen wie dem Verbot ihrer Sprache nach türkischem Nationalbild zu formen. Viele geben auf, aber einige wehren sich, so zum Beispiel die Gefangenen Mazlum Doğan, Kemal Pir, Mehmet Hayri Durmuş, Ali Çiçek und Akif Yılmaz. Vor dem türkischen Gericht scheitern sie mit ihren Erklärungen und Bedingungen und so entscheiden sie sich am 14. Juli 1982 für einen Hungerstreik, nicht nur, um die Zustände in den Gefängnissen anzuprangern, sondern auch, um ein revolutionäres Zeichen zu setzen an die Dörfer, die Städte und über das ganze Land und die linken Bewegungen und Massen aufs Neue zum Kampf gegen das Unterdrückungsregime der Türkei anzufeuern.

Das Filmbild ist sehr düster gehalten, grau-dunkelgrün. Die Nahperspektive der Wärter versetzt den Zuschauer in




die Position eines Häftlings, wie er bedroht, beleidigt, angebrüllt oder sogar auch geschlagen wird. Der Film ist ebenfalls sehr realitätsnah und wirkt thematisch nicht gespreizt oder gekünstelt. Man hat nicht das Gefühl, es spiele ein klischeehafter Hollywood-Streifen, der sich bewusst nur an die Emotionen und Empfindungen des Zuschauers richtet. In der Tat ist der Film äußerst nervenzerreißend, schon fast »unerträglich anzusehen«, weil die Brutalität nicht zensiert oder verharmlost wird. Sie löst häufig Trauer aus und die Tränen sind nur schwer zurückzuhalten. Auch die beinahe realitätsgetreue Darstellung der Protagonisten in den Gefängnistrakten erweitert die bis dato nur entferntesten Vorstellungen von den Geschehnissen im Gefängnis von Amed.

Zeitlich passender hätte der Film nicht produziert und fertiggestellt werden können: Gerade in dieser schweren Phase, in der die in der Türkei lebenden Minderheiten wie die Kurden in ihren Heimstätten erneut gewaltsame Repressalien durch das AKP-Regime erleiden und der revolutionäre Geist dadurch immer wieder bedroht scheint zu erliegen, sendet uns »Juli 14« eine bedeutende und wichtige Botschaft. Dass der Aufstand nämlich nicht ausbleiben darf, solange der Zustand anhält. Und in Zusammenhang mit der immer weiter voranschreitenden Entdemokratisierung des Staates, hin zum Wandel zu einer Diktatur Recep Tayyip Erdoğans, und der Verfolgung und Unterdrückung der Minderheiten in der Türkei stellen wir fest, dass sich auch nach diesen Ereignissen vom 14. Juli 1982 nicht viel verändert hat, im Gegenteil: Es wird schlimmer. ♦

Orginaltitel: 14 Temmuz (14 Tirmeh)
Regie: Haşim Aydemir;
Drehbuch: Metin Ewr, İlham Bakır, Mehmet Emin Engizek;
Produktion: Multimedia, Yapim 13, Türkei/Kurdistan 2017, 140 min, mit Untertiteln

**Impressum**
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

**Redaktion:**
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

**Kontaktadresse:**
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

**Bankverbindung:**
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

**Preise:**
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

**Titelbild:**
Im Vordergrund die Mutter der in Raqqa getöteten Ayşe Deniz Karacagil auf der Beerdigung in Kobanê.

**Rückseite:**
Appell aus dem Krankenhaus in Binare Qandil.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.






**IN DIE HERZEN EIN FEUER**

Diese Broschüre entstand im Rahmen der Organisierung eines Gedenkfestes für die gefallenen Internationalist*innen, welches am 6. Mai 2017 in Celle stattfand. Sie ist den Genoss*innen gewidmet, die für den Traum von einer freien und neuen Gesellschaft jenseits von Krieg, Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung im Widerstand ihr Leben ließen.

Das Vorbereitungskomitee,
Mai 2017

Kampagne TATORT Kurdistan
Freundeskreis Ivana Hoffmann
Stiftung der freien Frau in Rojava
ISKU Informationsstelle Kurdistan
Kampagne Halim Dener

**Inhaltsverzeichnis:**

# Appell aus dem Krankenhaus in Binare Qandil

## Offizielle Anerkennung des Krankenhauses von Qandil soll entzogen werden

Medya Ayvan, Mitarbeiterin des Krankenhauses der Gemeinde Qandil, erklärt die derzeitige Lage: Seit 2006 sind wir in Qandil und Umgebung im Dienste der kurdischen Bevölkerung tätig. Zu Beginn war das Krankenhaus im Rahmen unserer Möglichkeiten ein- bis zweimal in der Woche geöffnet, ab 2009 dreimal und heute haben wir fünfmal in der Woche für die Bevölkerung geöffnet. In der Umgebung von Qandil liegen 62 Dörfer. Deren gesundheitliche Versorgung ist eingeschränkt. Auch darf nicht vergessen werden, dass diese Dörfer immer wieder von der Türkei oder Iran bombardiert werden; man kann sich vorstellen, wie problematisch die Folgen ohne Krankenhaus vor Ort werden können.

Eines muss betont werden: Die Bevölkerung hier erträgt viel. Die wenigen uns hier zur Verfügung stehenden Möglichkeiten versuchen wir deshalb bestmöglich einzusetzen. Dieses Gebiet leidet unter verschiedenen Problemen, sei es die Abwanderung, sei es die fehlende Unterstützung von außen. Wir, das Krankenhaus von Binare Qandil, unternehmen alles in unserer Macht Stehende, der Bevölkerung auch weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen. Wir führen Gesundheitskontrollen und -beratung durch, diagnostizieren Erkrankungen, beobachten Krankheitsverläufe und führen Behandlungen durch. Operationen können wir hier leider nicht ausführen. Aber darüber hinaus können wir hier alles anbieten. Als Arzt trifft man hier auf viele Hindernisse. Dieses Krankenhaus ist seit 2012 offiziell anerkannt, was nicht von selbst zustande kam, sondern mit viel Mühe und Arbeit und mehrmaligen Anläufen errungen wurde. Viel Unterstützung haben wir dabei von den örtlichen Verantwortlichen im Rathaus von Binare Qandil erfahren. Später, nachdem wir die offizielle Anerkennung hatten, bekamen wir einen Krankenwagen und Medikamente.

Aber vor acht Monaten begann es, dass wir keine Medikamente mehr erhielten. Man will hier auf die Gesundheitsversorgung Druck ausüben, sie zum Erliegen bringen. Wir sehen das als politischen Angriff und verurteilen es. Hier in Binare Qandil und Umgebung lebt Zivilbevölkerung. Diese benötigt gesundheitliche Versorgung an Ort und Stelle. Ihnen steht das Recht auf ein Krankenhaus und einen Arzt zu, der sich um ihre gesundheitlichen Probleme kümmert und bereitsteht.

Die Aufgabe der Regionalregierung und ihrer Behörden ist es, die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Seit etwa neun Monaten kommen sie ihrer Pflicht nicht mehr nach. Sie sollten sich schämen. Es ist nicht irgendwer, es ist die Zivilbevölkerung, der es dient. Es kommen auch Menschen von außerhalb hierher, aus Städten wie Ranya, Xanekan, Rewanduz, Qeladize, Qesre oder Diyana. Diese Menschen aus den Städten sind arm. Sie haben keine Möglichkeit, Medikamente zu kaufen. Hier hoffen sie auf eine Lösung für ihre Probleme. Auch sie sind also betroffen.

Deshalb appelliere ich an alle, ob direkt oder indirekt betroffen, ob Ihr Euch auch nur dafür aussprecht, dass hier vor Ort auch weiterhin ein Krankenhaus ist: Tut etwas, setzt Euch dafür ein!

Spenden erwünscht an:
Kurdistan Hilfe e.V.
Stichwort: KHQ
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPDEHHXXX

ISSN 0935-5375